

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

John H. Herz
Weltbild und Bewußtwerdung —
vernachlässigte Faktoren
beim Studium
der Internationalen Beziehungen

Gerhard Wettig
Entspannung und Sicherheit
Konzeptionelle Überlegungen
an einer kritischen Wegemarke

Stephan Tiedtke
Militärische Bündnisbeziehungen
in Osteuropa und die Entspannung

ISSN 0479-611 X

B 11/80

15. März 1980

John H. Herz, geb. 1908 in Düsseldorf, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; 1933 aus dem Staatsdienst entlassen; 1933—1938 Studium der internationalen Beziehungen in Genf; 1938 Auswanderung in die Vereinigten Staaten; dort an verschiedenen Universitäten tätig: 1952—1977 am City College der New Yorker City University; seit 1977 emeritiert; Gastprofessuren u. a. an der Philipps-Universität Marburg und an der FU Berlin.

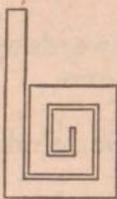
Veröffentlichungen u. a.: Die Völkerrechtslehre des Nationalsozialismus, Zürich 1938 (Pseud. Eduard Bristler); Political Realism and Political Idealism, Chicago 1951, dt. 1959; International Politics in the Atomic Age, New York 1959, dt. 1961; Staatenwelt und Weltpolitik, Hamburg 1974; The Nation-State and the Crisis of World Politics, New York 1976; Aufsätze und Buchbeiträge zu den Themengebieten: Völkerrecht, Rechts- und Staatstheorie, Außenpolitik und internationale Beziehungen und Komparatistik.

Gerhard Wettig, Dr. phil., geboren 1934; Wissenschaftlicher Referent und stellv. Leiter des Forschungsbereichs Außenpolitik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917 (= Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 12) Berlin 1967; Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943—1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967; Politik im Rampenlicht, Frankfurt 1967; [zus. mit Ernst Deuerlein, Alexander Fischer und Eberhard Menzel:] Potsdam und die deutsche Frage, Köln 1970; Europäische Sicherheit. Das europäische Staatensystem in der sowjetischen Außenpolitik 1966—1972, Düsseldorf 1972; Frieden und Sicherheit in Europa. KSZE und MBFR, Stuttgart 1975; Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965—1976, Stuttgart 1977²; Der Kampf um die freie Nachricht, Zürich 1977; Broadcasting and Détente, London 1977.

Stephan Tiedtke, Dr. phil., geb. 1942; Studium der Allgemeinen Geschichte, Osteuropäischen Geschichte, Slawistik und Politologie in Frankfurt und Wien; Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt.

Veröffentlichungen u. a.: Die Warschauer Vertragsorganisation. Zum Verhältnis von Militär und Entspannungspolitik in Osteuropa, München/Wien 1978; Rüstungskontrolle aus sowjetischer Sicht. Die Rahmenbedingungen der sowjetischen MBFR-Politik, Frankfurt 1980.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Weltbild und Bewußtwerdung – vernachlässigte Faktoren beim Studium der Internationalen Beziehungen

In diesem Beitrag geht es um die Frage, welche Faktoren bei der wissenschaftlichen Erforschung der „Außenpolitik“, d. h. der internationalen Beziehungen, grundsätzlich zu berücksichtigen sind. Geht man diesem Problem nach, so stellt sich heraus, daß bisher der wichtige Gesichtspunkt vernachlässigt worden ist, welche Vorstellungen sich Akteure und andere einflußreiche Persönlichkeiten wie auch die jeweilige „Öffentlichkeit“ von der Welt machen. Zwar haben sich Wissenschaftler, die sich mit Weltpolitik beschäftigen, schon öfters mit „Rezeptionen“, „Fehlrezeptionen“ und ähnlichem befaßt¹⁾, doch hat man dabei der Rolle von allgemeinen „Weltbildern“, d. h. wie sich die Welt in den Köpfen der Menschen abbildet und wie solche Bilder dahin gelangen, zu wenig Beachtung geschenkt; man hat sich zu wenig darum gekümmert, wie sich die Bewußtwerdung von Weltereignissen („awareness“) vollzieht, daß dieser Prozeß der Bewußtwerdung seinerseits auf „Information“ beruht.

Der Ausdruck „Bild“ oder „Weltbild“ („view“, „world-view“) soll hier in seiner allgemeinsten und umfassendsten Bedeutung gebraucht werden, d. h. als eines jeglichen „Sicht“ oder Vorstellung von der Welt, die ihn umgibt, von seiner „Welt-Anschauung“ also, was ja im wörtlichen Sinne die Art und Weise bedeutet, wie man die Welt „sieht“. Er darf also nicht mit „Ideologie“ verwechselt werden. Ideologien

(über die noch weiteres zu sagen sein wird) sind *spezifische* Weltbilder, aber nicht jedes Weltbild ist Ideologie oder beruht auf Ideologie.

Vorab ein paar Beispiele dafür, wie sich Bewußtwerdung, allgemeine Weltbilder, Information (bzw. deren Nichtvorhandensein) auf Menschen und Ereignisse auswirken.

a) Nach 1945 war es breiten Schichten des deutschen Volkes, die den Nationalsozialismus und den Krieg als Erwachsene erlebt hatten, gelungen, Ereignisse wie Angriffskriege und Greuelthaten zu vergessen bzw. aus ihrem Bewußtsein zu verdrängen; ihr „Bild“ dieses Vergangenheitsbereichs war leer oder entstellt²⁾. Es dauerte Jahrzehnte, bis eine neue Generation, die man in Schulen und auch sonst lange im Dunkeln, d. h. ohne Information gelassen hatte, anfang, die Älteren zu befragen, worauf dann Ereignisse wie die Massenvernichtung der Juden in ihrer ganzen Scheußlichkeit enthüllt wurden³⁾; bei dieser Enthül-

²⁾ In Mitscherlichs Worten hat ein Prozeß der „De-realisierung“ der gerade vergangenen Realität des Dritten Reiches stattgefunden (Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern*, München 1967, S. 40). Ich selbst hatte anlässlich einer Feldstudie von deutschen Einstellungen in den frühen fünfziger Jahren Gelegenheit festzustellen, daß für den größten Teil der Deutschen die jüngste Geschichte sozusagen 1945 begonnen hatte, während nur eine Minderheit die Zeitspanne von 1933 bis 1945 in ihre Erinnerungen miteinbezog (siehe meinen Aufsatz „German Officialdom Revisited“, *World Politics* Bd. 7 (1), Oktober 1954, S. 63ff.).

³⁾ Anmerkung der Redaktion:

In seinem Aufsatz „Der Verfall politischer Vernunft in Monarchie, Republik und Diktatur“ (Aus *Politik und Zeitgeschichte* B 2/80) stellte Manfred Funke fest: „Immerhin liegen laut NS-Spezialist Werner Maser inzwischen mehr als hunderttausend wissenschaftliche Untersuchungen über Hitler, das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg vor.“ Hierzu haben in nicht geringem Umfang auch die Institutionen der politischen Bildung beigetragen. Es kann daher wohl nicht von einem Informationsmangel die Rede sein; vielmehr stellt sich die Frage nach dem niedrigen Wirkungsgrad dieses immensen Angebotes, die Frage, wieso trotz umfangreicher Unterrichtsmöglichkeiten so erschreckende Wissensdefizite verbleiben konnten.

¹⁾ Lerntheorie und ähnliche Theorien beschäftigen sich hauptsächlich damit, *wie* die Dinge wahrgenommen werden, nicht damit, *wieviele* wahrgenommen wird; doch ist das Ausmaß des Wahrgenommenen grundlegend für die Analyse der internationalen Beziehungen. Aus der Fülle der Forschungen über das „Wie“ der Rezeption sei nur auf das umfassende und brillante Buch von Robert Jervis, *Perception and Misperception in International Politics*, verwiesen, das reichhaltig dokumentiert und sehr scharfsinnig diskutiert, wie die Rezeption Entscheidungen beeinflusst.

Übertragung aus dem Amerikanischen:
Lilli Faktor Flechtheim, Berlin.

lung spielte das Fernsehen (mit dem „Holo-caust“-Film) eine besonders wichtige Rolle.

b) Das Gefühl der Überraschung, das die irani-sche Revolution nicht nur in der amerikani-schen Öffentlichkeit, sondern auch bei den amerikanischen Politikern hervorrief, erklärt sich daraus, daß die Informationen über die in-nerne Situation im Iran sehr unvollständig und selektiv gewesen waren. Was nicht in das vor-gefertigte Bild eines stabilen Regimes paßte, durfte nicht in die Kanäle der Informationen über dieses Regime einfließen³⁾. Wie noch nä-her auszuführen sein wird, beruht eine derar-tige Selektion häufig auf generellen Vorprä-gungen in der Wahrnehmung und im Verhal-ten.

c) Selbst eine nur kurze Unterbrechung von In-formationenflüssen kann auf die Fähigkeit der Öffentlichkeit, bestimmter Ereignisse gewahr

zu werden, erheblichen Einfluß ausüben. erzeugte der New Yorker Zeitungsstreik, 1978 drei Monate lang drei große New York Zeitungen, darunter die New York Times, Erscheinen hinderte, eine an Furcht gr-zende Unsicherheit nicht nur bei der von Information ausgeschlossenen Öffentlichk-sondern sogar bei den Entscheidungsträ- in Washington, die viele ihrer Informati- über das Weltgeschehen aus der New York mes beziehen; dieses Gefühl der Unsicherh-wurde durch die mageren Informationen s-tens der übrigen Medien nur wenig gen- dert⁴⁾. Man wußte nicht mehr recht, wor- man seine politischen Ansichten und Einst-lungen gründen sollte. Der Vorfall mach-deutlich, daß in einer Epoche weltweiter In- dependenz die Medien zu den wichtigst- Fühlern gehören, durch die die Menschen z- gang zur Welt erlangen und mit deren Hi- sie ihre Weltbilder formen.

I. Die „Realität“ der internationalen Beziehungen

Bevor wir uns mit den Problemen der Gewahr- wendung oder Bewußtwendung, der Informa- tion usw. näher befassen, müssen wir fragen: Bewußtwendung wessen oder Informatione worüber? Worin besteht die internationale Realität? Ich klammere dabei die erkenntnis- theoretische Frage aus, wie Erkenntnis mög- lich sei. Unkritisch betrachten wir „Staaten“, „Nationen“, „Klassen“, „das Mächtegleich- gewicht“ usw. als Gegebenheiten, die in einer ob- jektiven Welt menschlicher und sozialer Be- ziehungen vorgefunden werden. Aber sie sind nur deshalb solche „Realitäten“, weil wir ge- wohnt sind, sie als „Gegebenheiten“ anzuse- hen. Für den kritischen Betrachter ergibt sich

die Welt der internationalen Beziehungen in ihren „Systemen“ und „Akteuren“, „Grupp- rungen“ und „Konflikten“ aus der Struktur od- Gestalt, die wir, die Beobachter und Teilne- menden, der Welt durch unsere Art und We- se, sie zu betrachten, verleihen. Diese „W- für uns“ ist der einzige zur Verfügung st- hende Gegenstand für eine wissenschaftlic- Theorie der internationalen Beziehungen.

Das soll nicht bedeuten, daß alles „subjekt- oder „relativ“ ist und daß es für die Bildu- persönlicher „Welt-Anschauungen“ keine g- meinsame Basis gibt. Ich habe die „Realit- der internationalen Beziehungen einmal in- einem Kunstwerk, etwa einer Kompositio- verglichen⁵⁾. Ein Musikstück wird vom Kon-

³⁾ Wie Berichterstattung, selbst seitens der CIA, über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, über Oppositionsströmungen, über Abweichler in der Führung usw. von der amerikanischen Botschaft in Teheran und von Washingtoner Politikern behindert wurde, siehe in entsprechenden Artikeln in der *New York Times* vom 21. Dezember 1978, 7. Januar 1979 und 25. Januar 1979, wie auch bei Richard Rovere, *Affairs of State*, in der Zeitschrift *The New Yorkervom* 22. Januar 1979, S. 107 ff. Ein CIA-Agent, der versuchte, kritischer über den Iran zu berichten und der daraufhin zurücktreten mußte, schloß dar- aus: „Die Politik bestimmt so ziemlich die Berichter- stattung, anstatt umgekehrt.“ Und so war es möglich, daß Präsident Carter dem Schah anlässlich eines Iran-Besuches noch Anfang 1979 folgendes sagen konnte: „Der Iran stellt unter der großartigen Füh- rung des Schah eine Insel der Stabilität in den unru- higeren Gegenden der Welt dar. Das ist Ihr Ver- dienst, Majestät, und zeugt für Ihre Führung und für die Achtung, die Bewunderung und die Liebe, die Ihnen von Ihrem Volke entgegengebracht wird.“

⁴⁾ Eine Ersatzzeitung, die dem Gannett-Zeitungs- konzern gehört und damals in meine in einem V- ort gelegene Wohnung geliefert wurde, erbrach- drastische Beweise dafür, wie wenig „Welt“ die durchschnittlichen amerikanischen Zeitungsles- zugänglich gemacht wird: Zeitungen dieses Ze- tungskonzerns widmen von ihren täglichen 110- 120 Spalten ganze vier der Berichterstattung üb- Ausland und Außenpolitik, während Nachrichten- aus der „Gesellschaft“ etwa 20 Spalten erhalten un- der Sport ungefähr 25. Dieser „Information“ selb- wäre ich mir nicht „bewußt“ geworden, hätte ic- nicht danach einen Artikel in der *New York Times* über den Gannett-Konzern gelesen (siehe N. Y. *mes Magazine* vom 8. April 1979, S. 41 ff.).

⁵⁾ John H. Herz, *The Nation-State and the Crisis of World Politics*, New York 1976, Einführung, S. 11. Dort auch eine Darstellung meines eigenen Weltbil- des in seinen verschiedenen Ausgestaltungen.

ponisten konstruiert (er bestimmt den Stil etc.), von den ausführenden Musikern rekonstruiert (wobei die Instrumente und die Schallwellen, die diese ausstrahlen, die ihm zugrunde liegende „äußere Realität“ verkörpern), dann nochmals von den Zuhörern rekonstruiert, in deren Empfinden das aufgeführte Werk eine wiederum andere „Existenz“ erhält. In jedem Fall nimmt die ursprüngliche Schöpfung verschiedene Gestalt an — und dennoch schafft die Identität des Kunstwerks eine Gemeinsamkeit des musikalisch Erlebten (es handelt sich um dies oder das, einen Beethoven oder einen Bach), eine „sich überschneidende Realität“. Ebenso steht es mit gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen. So mag die „äußere Realität“ aus „natürlichen“ Gegebenheiten wie Bevölkerungen verschiedenen Typs (Farbe, Alter, Geschlecht etc.) bestehen, die sich auf einem bestimmten Teil der Erde befinden, oder bestimmten Arten und Vorkommen von Rohstoffen oder Industrien, aus bestimmten, irgendwo installierten Waffen; diese Gegebenheiten werden dann z. B. von Politikern erfaßt, d. h. strukturiert, und die solchermaßen in ihren Köpfen entstehenden Vorstellungen von der Welt bestimmen ihr Handeln, wenn sie z. B. ein Abkommen treffen, ein Bündnis schließen oder einen Krieg vorbereiten. Ihre Handlungen erzeugen dann Gegen-Bilder von einer bestimmten Lage in den Köpfen anderer Politiker, insbesondere von „Gegnern“ (d. h. denjenigen, die sich selbst für Gegenspieler halten und von ihren „Gegnern“ für Gegenspieler gehalten werden), die zu einer Form der Aktion oder Reaktion führen kann, welche die „äußere Realität“ (durch Krieg z. B.) ändert, und so weiter *ad infinitum*⁶⁾.

Es besteht also eine Analogie, aber auch ein entscheidender Unterschied zwischen der „Realität“ eines Kunstwerks und der „Realität“ internationaler Beziehungen. Das erstere erscheint in stets variierenden Ausführungen,

aber die „ursprüngliche“ Komposition bleibt die gleiche. Zwischenmenschliche (einschließlich internationaler) Beziehungen ändern sich, weil die Aktionen und Reaktionen, die sich aus Wahrnehmungen und Interpretationen ergeben, die „reale“ Welt verändern, aus ihr etwas anderes machen als das, was sie vorher war. So veränderte zum Beispiel das Entstehen faschistischer Regime und der darauffolgende Weltkrieg das isolationistische Weltbild der Amerikaner, indem sie sie zu der Auffassung brachten, daß sich der Friede nur durch ein Kollektivsicherheitssystem mit starker amerikanischer Beteiligung verwirklichen lassen würde; diese Einstellungsänderung plus dem amerikanischen Atomwaffenmonopol nach dem Zweiten Weltkrieg erzeugte nun in den Sowjets ein „alarmierendes Weltbild“ und führte zu deren Blockbildung und zur Schaffung einer eigenen Nuklearrüstung, was wiederum zur Begründung eines Allianzsystems auf westlicher Seite führte, worauf dann auf beiden Seiten ein Weltbild entstand, in dem Weltpolitik im wesentlichen Machtkonkurrenz, Konfrontation, Rüstungswettlauf usw. bedeutete. Ein bipolares System des Kalten Krieges schien damit an die Stelle früherer Systeme getreten zu sein.

Solche Serien von Rezeptionen und Handlungen, Handlungen und neuen Rezeptionen machen das aus, was wir die Geschichte der internationalen Beziehungen nennen. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen beruhen auf solchem unaufhörlichen Wechsel von Sytolen und Diastolen. Somit ist „Geschichte“ die Gesamtsumme dessen, was sich aus diesen Prozessen von Wahrnehmungen und Handlungen im Laufe der Geschichte ergeben hat. Sie besteht aus dem Niederschlag vergangener Erkenntnisse und Verhaltensmuster. Im Gegensatz zur künstlerischen Schöpfung ist die Auswirkung von Weltbild und Interpretation kumulativ.

⁶⁾ Eine allgemeine Theorie der zwischenmenschlichen Beziehungen und Handlungsmuster wird hier nur gestreift. Was hier über internationale Beziehungen und Aktionen gesagt wird, gilt ähnlich für eine allgemeinere Theorie, die auch „innenpolitische“ Angelegenheiten mit einbezieht. Man betrachte z. B. die Beziehung zwischen „objektiven“ Phänomenen wie Einkommens- und Besitzstrukturen in einer bestimmten Gesellschaft und deren Interpretation seitens der Mitglieder dieser Gesell-

schaft als „Klassenstrukturen“ mit „Klassenbewußtsein“ und — möglicherweise — Klassenkampf, oder die Beziehung zwischen einer objektiv vorhandenen Sprachgruppe und der Interpretation ihrer Existenz als „Nationalität“ mit „Nationalbewußtsein“, was sodann zur Forderung nach „nationaler Selbstbestimmung“ führen kann. Das letztere Beispiel veranschaulicht die enge Verbindung zwischen „inneren“ Angelegenheiten und „internationalen“ Fragen.

II. Drei Dimensionen von Information und Bewußtwerdung

Wenn die Bewußtwerdung für die internationalen Beziehungen von so ausschlaggebender Bedeutung ist, so müssen wir nunmehr fragen, wie sie zustande kommt. Wie entstehen Weltbilder? Der zuerst zu untersuchende Faktor ist Information.

Wie wir gesehen haben, ist die Welt das, was wir über sie wissen. Während der gesamten Geschichte sind immer nur Fragmente der erkennbaren Welt gesehen und zur Kenntnis genommen worden. Als man noch nicht wußte, daß die Erde eine Kugel ist, konnte es noch keine „globalen“ Weltbilder geben. Als Weltregionen und ihre Kulturen noch kaum voneinander wußten, beschränkten sich „Welt“ und „Weltbilder“ auf den je eigenen Teil der Erde. So bedeutete seinerzeit der Mittelmeerraum für seine Einwohner „die Welt“ mit den ihr eigenen internationalen Beziehungen. Damals wie heute war man lokaler und regionaler Ereignisse besser gewahr als „internationaler“.

Im großen und ganzen lassen sich drei Dimensionen von Wissen und Information unterscheiden: eine räumliche, die sich vom Lokalen bis zum Globalen hin erstreckt; eine zeitliche, die rückwärts in die Geschichte und vorwärts in die Zukunft hineinreicht; eine dritte, die ich mangels einer besseren Bezeichnung die „soziale“ Dimension nennen möchte, und die alles das einschließt, was sich unter der Oberfläche der Weltereignisse auf demographischem und ökonomischem Gebiet, in bezug auf soziale und politische Schichtungen und Strukturen, bei Klassenkämpfen, ethnischen Konflikten usw. abspielt.

Räumlich gesehen ist mit der Erschließung der Erde die Information vom Provinziellen zum Weltweiten vorgestoßen; aber erst seit aus der Welt der Kolonialstaaten eine Welt unabhängiger Staaten entstand, ist die Information zumindest potentiell weltumfassend geworden. Ebenso wie die alten Griechen die Bewohner außerhalb ihrer Stadtstaaten als „nicht zugehörig“ betrachteten und auf sie herabsahen, hielten die abendländischen Kulturländer die Völker innerhalb ihrer Kolonialreiche kaum ihrer Aufmerksamkeit für würdig. Bis zum heutigen Tag werden viele Länder der Dritten Welt von westlichen Medien vernachlässigt; sie fordern zu Recht bessere Berichterstattung. Aber im Prinzip stellt heute auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen die ganze Erde die räumliche Informationsdimension dar.

Was die Zeitdimension betrifft, ist Kenntnis der Vergangenheit natürlich wesentlich für ein einigermaßen fundiertes Weltbild; jedoch kümmern sich die Praktiker in der Außenpolitik oft nur wenig darum. Henry Fords Ausspruch „Geschichte ist Quatsch“ galt lange Zeit als richtig, besonders bei Amerikanern, die in den Europäern Leute sehen, die sich ewig mit ihrer Vergangenheit abzulagen scheinen. Aber selbst den Amerikanern drängt sich nunmehr die Vergangenheit verstärkt auf, so etwa wenn Vietnam immer noch das amerikanische Image in der Welt beeinträchtigt (etwa wie die Nazivergangenheit Deutschland heute noch verfolgt). Mehr und mehr jedoch schauen Amerikaner und andere in die entgegengesetzte Richtung der Zeitdimension; ein durch die neue „Wissenschaft von der Zukunft“, die Futurologie, angefachtes „futuristisches“ Interesse wird erkennbar, das sich aus den sich uns aufdrängenden großen, globalen Überlebensfragen (Gefahr der atomaren Vernichtung, Zerstörung der Umwelt, weltweite Bevölkerungsexplosion, Erschöpfung der Rohstoff- und Energiequellen) ergibt. Hier nimmt die Information den Charakter der Prognose an, und die Voraussichten sind so diametral entgegengesetzt wie etwa die von Hermann Kahn beeinflussten optimistischen und die pessimistischen des Club of Rome⁷⁾.

Die entscheidende Dimension ist jedoch die dritte — die soziale oder Tiefendimension. Auch die beiden anderen Dimensionen können unter provinzieller Begrenztheit leiden, etwa wenn die westlichen Medien den geschichtlichen Hintergrund des asiatischen oder afrikanischen Geschehens vernachlässigen; aber selbst dort, wo die Berichterstattung in bezug auf Raum und Zeit umfassend ist, handelt es sich oft nur um Oberflächenberichte und oberflächliche Berichterstattung. Diplomatie mag global geworden sein, seitdem es 150 unabhängige Staaten auf Erden gibt, aber sie mag dennoch auf ganz oberflächlicher Information gründen, die gesellschaftlichen Wandel und ähnliches übersieht und dann Überraschungen von der Art der iranischen Revolution, von der bereits gesprochen wurde, hervorruft. Oder — ein anderes Beispiel — ein ökonomischer Determinismus übersieht ethnische Konflikte, obwohl solche die interna-

⁷⁾ Über Futurologie in all ihren Aspekten berichtet zusammenfassend Ossip K. Flechtheim, *Futurologie — Der Kampf um die Zukunft*, Köln 1970.

tionale Politik ebenso stark beeinflussen können wie ökonomische.

Machiavelli rät dem Fürsten, er möge sich für das, was sich auf der Piazza abspielt, ebenso interessieren wie für das, was im Palast vorgeht. Dieser Ratschlag gilt auch für ausländische Piazzen. Aber seit der Renaissance und dem Entstehen der ständigen Diplomatie sind die außenpolitischen Eliten geneigt, Informationen des „Piazza“-Typs zu übersehen und den Meinungsaustausch mit dem „gewöhnlichen Volk“ zugunsten der Ereignisse in Weißen Häusern, Casas Rosadas und anderweitig gefärbten Palästen der Gegeneliten zu vernachlässigen. Während sie sich mit Gebietsproblemen und Kriegsfragen, mit Absatzmärkten und Einflusssphären beschäftigen, neigen sie dazu, innenpolitischen Entwicklungen in anderen Ländern zumindest so lange keine Beachtung zu schenken, bis Unruhen und Aufstände, Revolutionen und sonstige spektakuläre Geschehnisse ihnen für solche „Realitäten“ die Augen öffnen.

Es stimmt zwar, daß in letzter Zeit Sachverständige für wirtschaftliche und innenpolitische Angelegenheiten in den herkömmlichen Stab der Auswärtigen Ämter und auch in jenes zweite „diplomatische Corps“, das sich Geheimdienst nennt, aufgenommen werden. Der Forscher auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen muß sich mit Ausmaß und Methode von Informationssammlung und Nachrichtenübermittlung beschäftigen. Er wird oft ein Paradox des Zuviel und Zuwenig vorfinden. Der technische Fortschritt ermöglicht es, in fast unglaublichem Detail zu ermitteln, was sich ganz gleich wo, auf der Erde abspielt — so z. B. durch elektronische Geräte, die fremdes Gebiet aus der Luft und vom Meere her beobachten, sowie durch das von Satelliten bewerkstelligte Aufstöbern und Absuchen aus der Ferne bis in die entferntesten Ecken der Erde. Aber während man auf diese Weise Truppenbewegungen auf dem Monitor festhalten und Raketenbasen ausfindig machen kann, gelingt es damit nicht, Dinge wie Unzufriedenheit in Slumvierteln oder Opposition zu bestehenden Regimen auszukundschaften. Dazu kommt der Faktor des „Rauschens“ in der Kommunikation, d. h. der Auswirkungen unverarbeitbarer Mengen von Computerinformation, die es oft unmöglich machen, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen. Auf diese Weise gehen Ermittlungen aus dem Bereich der dritten Dimension oft im Sammelurium der Informationen verloren.

Noch wichtiger ist die sogenannte kognitive Dissonanz. Was man nicht hören oder sehen will, übersieht man, oder man gewinnt davon nur ein verzerrtes Bild. In einem revolutions-trächtigen lateinamerikanischen Land mag der Pöbel einem Besucher wie Nixon ins Gesicht spucken, aber der Bericht über solchen Vorfall wird wahrscheinlich unter dem Stichwort „Kommunistische Agitatoren“ abgelegt. Spiegelbildhaft kommentiert die kommunistische Elite etwaige Protestbewegungen in ihren Ländern als Produkt imperialistischer Machenschaften. Carters Menschenrechtspolitik brachte sowohl amerikanische wie sowjetische, alliierte und neutrale Diplomaten in Verlegenheit, weil sie Zustände bewußt machte, von denen es den „establishments“ auf der ganzen Welt lieber gewesen wäre, wenn sie unentdeckt geblieben wären. Zu dem selektiven Hören dessen, was man hören will, kommt noch die Ideologie hinzu. Wer z. B. der Ideologie des Antikommunismus anhängt, kann sich nicht vorstellen, daß Länder, die zur „freien Welt“ gehören, ihre Bürger unterdrücken; umgekehrt schließt kommunistische Ideologie aus, daß sozialistische Brudervölker wirtschaftlich ausgebeutet werden.

Berichterstattung kann weiterhin Manipulierung, Schönfärbung oder Unterdrückung von Informationen bedeuten, wenn die Ereignisse nicht in das Weltbild passen, das die Entscheidungsträger der Öffentlichkeit innerhalb oder auch außerhalb ihrer Länder präsentieren wollen. Die Wissenschaft von den internationalen Beziehungen muß daher das Studium von Mediensystemen, von Zensur, von Meinungsbildung sowie das Problem der Geheimhaltung in der Außenpolitik wie auch in den Regierungen im allgemeinen einschließen. Hier nur ein paar Hinweise: Je mehr Information (im Prinzip) zur Verfügung steht, um so größer ist die Versuchung, „ungünstige“ oder dissonante Information der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Nicht nur totalitäre Systeme verstehen sich auf Gedanken- und damit Meinungskontrolle; auch Demokratien kranken an der Geheimhaltungspolitik ihrer Regierungen. Auch wenn in bestimmten Stadien diplomatischer Verhandlungen oder auf bestimmten Entscheidungsebenen Geheimhaltung unvermeidlich ist, bleibt als Ziel doch: So viel Kommunikation wie möglich!

Hätten die Deutschen im Herbst 1914 erfahren, daß die Marneschlacht verloren war (was den Sieg unerreichbar machte), so wäre die deutsche Regierung gezwungen gewesen,

nicht erst 1918, sondern schon 1915 Frieden zu schließen. Aber Kriege anzuzetteln oder zu verlängern, indem der Bevölkerung Informationen vorenthalten werden, ist nicht nur unter undemokratischen Regimen möglich. Wichtige Tatsachen über den Vietnam-Krieg wurden dem amerikanischen Volk (und sogar dem Kongreß — siehe den Tonkin-Golf-Zwischenfall) verschwiegen bzw. entstellt übermittelt, was den Krieg um Jahre verlängerte. Von seinem eigenen Gesandten manipulierte Informationen veranlaßten Präsident Johnson, in der Dominikanischen Republik zu intervenieren⁹⁾. Der Radius der Informationsverbreitung (der vielleicht in meinem obigen Informationsmodell eine vierte Dimension darstellen könnte) ist selbst in Ländern mit Pressefreiheit begrenzt, wenn die Medien einer Regierungskontrolle unterliegen oder Privatinteressen ausgeliefert sind (etwa Unternehmer- und Reklameinteressen).

In den Vereinigten Staaten ist das Fernsehen zur Domäne der „Händler“ (insbesondere der großen Konzerne) geworden, die die Reklame und damit die Programme kaufen. Nachrichten über Weltereignisse treten weit hinter der Sport- und Sensationsberichterstattung zurück. Kein Land hat eine bessere Truppe von Auslandskorrespondenten als die Vereinigten Staaten, aber der Einfluß der Presselords und deren Profitinteresse begrenzen ihre Möglichkeiten. Und so beschränkt sich das an Außenpolitik interessierte Publikum selbst im heutigen Stadium weltweiter Informationsverfügbarkeit auf jene Gruppe, die sich um Information intensiv bemüht, also auf die „aufmerksame Öffentlichkeit“. In Systemen, in denen Zensur ausgeübt und die Medien kontrolliert werden, ist es natürlich noch schlimmer: Da treten Gerüchte und Flüsterpropaganda an die Stelle von verlässlicher Information. Und in den Ländern der Dritten Welt mangelt es oft an Kommunikationseinrichtungen, so daß es selbst den Führungsschichten einschließlich

⁹⁾ Er hätte vielleicht seinem Gesandten nicht so bereitwillig geglaubt, wenn er nicht durch seine anti-kommunistische Ideologie prädisponiert gewesen wäre, in jeder Ecke Kommunisten zu sehen (eine ähnliche Voreingenommenheit wirkte sich auf die Vietnam-Situation noch viel ernster aus).

der Regierungen an Informationen fehlt. Teilweise mag dieses Manko durch ihre Mitgliedschaft in internationalen Organisationen abgewogen werden, wo ihnen Informationen zugänglich gemacht und Kommunikation ermöglicht werden.

In einer Welt, in der „das Staatsinteresse“ immer mehr mit den Überlebensinteressen der Menschheit verschmilzt (siehe meine Ausführungen weiter unten), kommt alles darauf an, daß so viele Menschen wie möglich so viele Tatbestände wie möglich gewahrt werden. Der Erfolg von Politik, die auf Lösung dieser Überlebensprobleme gerichtet ist, hängt davon ab, ob eine größere Öffentlichkeit und ein entsprechendes Gewahrwerden und Interesse geschaffen werden kann. Hier wird die „Dimension Zukunft“ lebenswichtig. Sorge um die Zukunft ist in der Geschichte eine verhältnismäßig neue Erscheinung. Aber Phänomene wie nukleare Bedrohungen, Gesundheitsgefährdung durch Chemikalien, Bevölkerungsexplosionen in Elendsgebieten, Zerstörung der lebenden Nahrungsreserven in Meeren durch Ölverschmutzung haben es an sich, daß sie breitere Bevölkerungsschichten beunruhigen, ob Regierungen oder sonstige Eliten dies gerne sehen oder nicht. Sicherlich wird die Bewußtwerdung erschwert, wenn sich die Gefahren nur langsam und allmählich entwickeln (Bevölkerungswachstum wird im allgemeinen nur bei je einem Baby spürbar, und Klimaveränderungen oder Wüstenbildung lassen sich nicht gleich erkennen) oder wenn Symptome nicht gleich erkennbar sind (Strahlenschäden, Asbestvergiftung mit den entsprechenden Krebserkrankungen, die oft erst 15 oder 20 Jahre später auftreten). Außerdem stimmt es auch, daß die Menschen sich hauptsächlich um die Gruppen Sorgen machen, zu denen sie selbst gehören, und besonders die größte Gruppe Menschheit, außer acht lassen. Man könnte wünschen, es gäbe statt der Milliarden mehr oder weniger wissender, mehr oder weniger beunruhigter Einzelwesen ein Weltgehirn, das als Zentralfühler einer sich als Gesamtorganismus fühlenden Menschheit dient. Das ist Science-fiction. Aber es zeigt die Dringlichkeit des Bewußtwerdungsproblems in einer Welt, in der das Überleben dieses Gesamtorganismus“ auf dem Spiel steht.

III. Wie Weltbilder entstehen

Informationsforschung, d. h. die Erforschung der Wirkung von Information auf Weltbilder und entsprechende Handlungen, ist wichtig, aber keineswegs ausreichend. Was Akteuren und der Öffentlichkeit übermittelt wird, trifft nicht auf eine *tabula rasa*, sondern auf Gehirne, die bereits durch das, was ihnen früher vermittelt wurde, vorgeformt sind. So müssen zur Informations- und Kommunikationstheorie noch all die Forschungswege hinzukommen, die sich mit Meinungsbildung und der Entstehung von Verhaltensmustern der Menschen befassen, insbesondere derer, die, sei es als Führer oder „Gefolge“, in Gruppen, die sich mit Außenpolitik beschäftigen, eine Rolle spielen. Diese Forschungswege umfassen eine Skala, die von Kinderpsychologie über politische Sozialisation bis zu Kultureinflüssen, Auswirkungen von ökonomischem und sozialem Status und Rang, dem Prozeß der Entscheidungsfindung und der Auswahl der sich mit Außenpolitik beschäftigenden Personen reicht. Wir werden uns im folgenden noch mit Begriffsbildungen und Ideologien beschäftigen. Hier nur ein paar Beispiele für die Notwendigkeit, sich mit ihnen wissenschaftlich auseinanderzusetzen.

Mit Kinder- und Jugendpsychologie sowie mit politischer Sozialisation hat man sich (wenn auch nicht gerade mit Bezug auf das Gebiet der internationalen Beziehungen) ausgiebig befaßt. Aber man muß schon ganz früh bei der psychischen Entwicklung des Kleinkindes ansetzen. Es reicht z. B. nicht mehr aus, von einem „angeborenen“ Aggressionstrieb zu sprechen; es muß nachgewiesen werden, was daran genetisch ist und was nicht. In der Kinder- und Jugendpsychologie scheint man zu einer Theorie zu neigen, die früheste Kindheitserlebnisse in den Vordergrund stellt. Wer in einer Atmosphäre von Wärme und in liebevoller Umgebung aufwächst, erlebt die Welt als einen eher freundlichen Ort, wo man einander hilft, während andere, die eine solche Umwelt entbehren müssen, ihre Welt eher als grundsätzlich feindlich erleben und daher ein Konkurrenz- oder Unterwürfigkeitsverhalten entwickeln. Dieser letzteren Gruppe erscheint die Welt — insbesondere die internationale Welt, die nicht als eine Gruppe organisiert ist — als ein Bereich ständiger Kämpfe und Konflikte, während die erstere selbst die weiteste Welt für harmonie- und kooperationsfähig hält. So ergeben sich entgegengesetzte Weltbilder und Handlungsmuster.

Aber man muß sich vor Determinismus hüten. Frühe Kindheitserlebnisse mögen *ein* ursächlicher Faktor sein; es gibt jedoch noch unzählige andere. Zum Beispiel die Sozialisation in der Familie und in der Schule; den gesellschaftlichen Status und die Religions- oder Volkszugehörigkeit; den Einfluß der Lebenserfahrung; vor allem die Verinnerlichung des kulturellen und historischen Erbes, das das Individuum als Mitglied einer bestimmten Gruppe beeinflusst. Man denke an den Einfluß magischer Begriffe auf Weltbilder, an den Einfluß von Auguren und Orakeln auf „außenpolitische“ Entscheidungen, an kambodschanische Handlungsmuster, die noch zur Zeit des Vietnam-Krieges von Astrologie und ähnlichem „Aberglauben“ bestimmt wurden, oder — noch allgemeiner — an den Glauben an Gott oder Götter und was sich daraus etwa für die Heiligkeit von Verträgen ergibt; weniger als man im allgemeinen annimmt, beruht in der Außenpolitik auf rationalen Weltbildern.

Es bilden sich „politische Kulturen“ als Systeme von Grundvorstellungen über das, was die eigene politische Einheit im Gegensatz zu anderen Gruppen charakterisiert, Vorstellungen, die als stereotype Bilder und Rezeptionen von einer Generation auf die andere übergehen. In den Beziehungen zwischen Staaten und Völkern haben nicht nur solche Selbstidentifizierungen, sondern vor allem auch die Vorstellungen, Bilder, die man sich von anderen Gruppen und besonders anderen Völkern macht und die sich oft als verwurzelte Vorurteile und Gemeinplätze manifestieren, eine ungeheure Rolle gespielt. Solche Vorurteile gehören zu den schädlichsten Motiven, die Gruppe gegen Gruppe und Volk gegen Volk setzen⁹⁾.

⁹⁾ Untersuchungen darüber, wie Länder andere Länder, wie Staaten andere Staaten sehen, gebührt Vorrang in der Erforschung der internationalen Beziehungen. Welches Bild haben sich z. B. die Deutschen von Amerika gemacht, vom 18. Jahrhundert bis heute? Das schließt das Amerikabild der politischen und kulturellen Eliten sowie das des „Durchschnittsbürgers“ ein, Stereotypen etc. Ebenso erhellend wäre natürlich eine entsprechende Untersuchung über das Bild, das Amerikaner von Deutschland hatten und noch haben. Oder das Deutschlandbild in den Augen von Franzosen, Engländern, Russen und umgekehrt. Eine interessante Sammlung und Analyse der wechselnden amerikanischen Rußlandbilder bietet Eugene Anshel, *The American Image of Russia 1775—1917*, New York 1974, und *American Appraisals of Soviet Russia 1917—1977*, Metuchen N. J. 1978. Aus solchen Untersuchungen geht der enge Zusammenhang zwischen nationalen Stereotypen und der Außenpolitik hervor.

Aber Weltbilder können sich in diesem Prozeß auch ändern. Eine Änderung überlieferter Weltvorstellungen vollzieht sich oft unter dem Einfluß von „Dissidenten“, oft von „Intellektuellen“ (früher hauptsächlich Philosophen oder Völkerrechtler, heute immer häufiger Sozialwissenschaftler), die entweder direkt als Entscheidungsträger oder Berater von Entscheidungsträgern oder indirekt als Lehrer oder Schriftsteller die politischen Führungsschichten oder die „aufmerksame Öffentlichkeit“ oder beide beeinflussen. Wenn sie in internationalen Organisationen tätig sind, sind sie hier und da imstande, nationalen Vorurteilen entgegenzuwirken oder sie gar zu ändern. Auf indirektem Wege können ihre Theorien (oft in verzerrter und übervereinfachter Form) nach „unten“ absinken, um dort einen historischen Rückstand von selbstverständlichen „Ansichten“ zu bilden¹⁰).

Ideologien spielen ihre vorzüglichste Rolle, wenn sie als mehr oder weniger logisches Ganzes von Weltbildern und Lebensauffassungen das Verhalten von Machthabern bestimmen. Hier braucht nicht näher ausgeführt zu werden, wie religiöse, politische und sonstige „Bewegungen“ die Welt auf ihre Weise gesehen und interpretiert und wie sie damit das Weltgeschehen beeinflußt haben (z. B. der frühe Islam durch seine „heiligen Kriege“, das Christentum durch die Kreuzzüge, der Marxismus durch seine Ideen von Klassenkampf und anti-imperialistischen Befreiungskriegen, der Imperialismus mit seinen Vorstellungen von Überlegenheit und Unterlegenheit von Völkern oder Rassen). Für unsere Zwecke ist es wichtiger zu verstehen, daß selbst weniger organisierte, sozusagen vortheoretische Auffassungen wie auch individuelle Weltbilder ebenfalls allgemeine Bewußtheitsmuster (oder Mangel an Bewußtheit) widerspiegeln können,

IV. Grundbegriffe, die Weltbilder widerspiegeln

Der tiefgreifendste Einfluß von Weltbildern (und auch von Ideologien im engeren Sinne) zeigt sich, wenn man die Begriffsbildung der internationalen Beziehungen untersucht. Hier beginnen die Theoretiker im allgemeinen mit der Ausarbeitung von „Systemen“. Sie unter-

¹⁰) Intellektuellenwanderungen wie etwa die der deutschen Emigranten der dreißiger Jahre tragen oft Begriffe in die neue Umgebung. Der „politische Realismus“ von Hans Morgenthau verwandelte sich auf diese Weise in die angeblich realistischen Einstellungen amerikanischer Politiker zum Kalten Kriege (wobei Morgenthau Ideen wesentlich entstellte wurden).

die die Welt zu der von Akteuren wahrgenommenen Welt machen und so deren Handlungen und Reaktionen auf der Bühne des Weltgeschehens motivieren. Solche vortheoretische Auffassungen fallen daher auch unter den Begriff „Ideologie“. Darauf, wie eine derartig individualisierte Ideologie auch die Begriffsbildung beeinflußt, wird weiter unten eingegangen. Hier dazu nur folgendes: Jeder hält allgemein seine Auffassung für die „Wahrheit“, während er die Auffassung des anderen (besonders die des Gegners) zur Ideologie im abwertenden Sinne des Wortes stempelt. Die eigene Ideologie nimmt oft die Form eines angeblichen Interesses an. So verbirgt sich hinter dem „Staatsinteresse“ oft eine Ideologie des expansiven Nationalismus. Andererseits tritt die Ideologie oft in den Hintergrund, wenn ihre Prinzipien mit den jeweiligen Staatsinteressen, wie die Führungsschicht sie versteht, kollidieren¹¹).

Oft beeinflußt die Skala der Rezeptionen das Zustandekommen einer Ideologie, so zum Beispiel, wenn Marxisten die Rolle von Volksgruppen oder nationalen Minderheiten vernachlässigen, weil sie ihr Hauptaugenmerk auf Klassen und Klassenbeziehungen richten. Andererseits kann Ideologie die Bewußtwertung beschränken, besonders bei einem Regime, das nicht nur den Informationsfluß zur eigenen Bevölkerung einschränkt, sondern selbst den Führern „unangenehme“ Tatsachenvorenthält. Als Beispiel gelte nicht nur der bekannte Fall, daß Hitler sich den Informationen über das amerikanische Kriegspotential verschloß, als er Amerika den Krieg erklärte, sondern auch die oben erwähnte mangelnde Bereitschaft der Amerikaner, Informationen über die internen Verhältnisse im Iran vor der iranischen Revolution zur Kenntnis zu nehmen.

scheiden Systeme multipolaren und bipolaren Gleichgewichts, Hegemonialsysteme usw. Zunächst einmal besteht aber ein Unterschied

¹¹) Eine kürzlich erschienene Studie über die Beziehung zwischen Ideologien und tatsächlicher Außenpolitik enthüllt, daß nur im Falle von Hitlers Rassentheorie dem ideologischen Ziel der Vorrang vor dem Nationalinteresse eingeräumt wurde; im Falle der Sowjets ist das zumindest zweifelhaft: George Schwab (Hrsg.), *Ideology and Foreign Policy*, New York 1978; siehe insbes. mein Kapitel: „Power Politics or Ideology?, The Nazi Experience“, S. 14–34 und Severin Bialer, „Ideology and Soviet Foreign Policy“, S. 76–102.

zwischen den Systemkonstruktoren einerseits und andererseits denen, die überhaupt kein System, sondern nur unstrukturierte Ereignisse wahrnehmen, für die die Welt nur aus chaotischen, stets wechselnden Beziehungen zwischen wechselnden Akteuren besteht: eine Welt des Kampfes und der Anarchie à la Hobbes, des Überlebens der Stärksten à la Darwin, einer „Freund-Feind“-Konstellation à la Carl Schmitt; eine Welt also, die sich, wie wir gesehen haben, aus den Weltbildern und Verhaltensmustern derer ergibt, die seit frühester Kindheit ihre Umgebung als feindlich und bedrohlich empfanden. Aber selbst wenn die Akteure die Welt als „System“ sehen, unterscheiden sie sich oft in der Art des Systems, das ihrer Welt angemessen ist. Ob z.B. ein System des Mächtegleichgewichts existiert, hängt davon ab, ob die betreffenden Beziehungen der Staaten untereinander als gleichgewichtig empfunden werden. Selbst auf dem angeblichen Höhepunkt der Gleichgewichtspolitik im 18. und 19. Jahrhundert existierte dieses System hauptsächlich für England und dessen Staatsmänner, die in der Kunst hervorragten, die Machtbalance aufrechtzuerhalten. Für die anderen europäischen Staatsmänner, die Friedrichs und die Bismarcks — von Ludwigs und den Napoleons ganz zu schweigen — handelt es sich mehr um einen Kampf um Vorherrschaft, Hegemonie, Imperium, während man unter Gleichgewicht nur eine momentane Konstellation im Fluß der Ereignisse verstand.

Was haben wir heute? Ein bipolares oder ein „tripolares“ Gleichgewicht, oder gar ein „Fünfeck der Macht“ oder was sonst? Oder handelt es sich um eine sich neu herausbildende Hegemonie (wie Teng und die westlichen „Falken“ in bezug auf die Sowjets glauben und was wahrscheinlich die Sowjets von den Vereinigten Staaten annehmen)? Gab es in der ersten Nachkriegszeit ein „imperiales“ System (mit amerikanischer Vorherrschaft)? Ähnliche Meinungsverschiedenheiten bestehen oft in bezug auf angebliche „Einkreisung“: Deutschland hielt sich vor 1914 von der Entente für eingekreist, während sich Frankreich, England und Rußland von einem „hegemonialen“ Reich bedroht fühlten. Die Sowjets, die in amerikanischer Perspektive nur „eingedämmt“ waren, hielten sich mindestens bis in die sechziger Jahre durch die westliche Blockbildung für eingekreist, und China glaubt sich heute von der sowjetischen Einkreisung bedroht.

Was hier „korrekte“ Rezeption und was „Fehlrezeption“ ist, zeigt sich im allgemeinen erst,

wenn es am Prüfstein der Ereignisse, wie etwa eines Krieges, gemessen wird. In Kriegen erweist sich, welches der verschiedenen Images der internationalen „Realität“ am nächsten kam. Das trifft besonders auf den Machtbegriff selbst zu, ein Begriff, den man oft für *den* grundlegenden Begriff der Außenpolitik hält, der aber praktisch ebenso vage und schwer zu definieren ist wie nur irgendeiner. Gleichgewichte hängen davon ab, wie Macht eingeschätzt wird, aber Macht selbst kann nur mit Hilfe von „Machtelementen“ eingeschätzt werden, als da sind Größe und Gestalt eines Territoriums, Größe und Art einer Bevölkerung, Besitz von Rohstoffen, Militärmacht (die wiederum mit gar nicht leicht vergleichbaren Begriffen geschätzt wird) und so weiter. Die bloße Tatsache, daß man von anderen für „mächtig“ oder weniger mächtig gehalten wird, daß man ein bestimmtes Image hat, ein bestimmtes Maß von „Prestige“ genießt, kann an sich schon ein Machtelement darstellen, d. h. zur Macht einer Macht etwas dazutun oder davon wegnehmen. Frankreich wurde in der Zwischenkriegszeit als Macht überschätzt, aber das zeigte sich erst 1940 und ermöglichte es Frankreich bis dahin, sich auf der internationalen Bühne „mächtiger“ zu gebärden. Dagegen wurde die Macht der Sowjets in dieser Zeit unterschätzt, was sich erst nach 1941 herausstellte, jedoch vor dem Kriege die sowjetische Manövrierfähigkeit einschränkte¹². Es hat also wenig Sinn, über Außenpolitik mit Begriffen wie „Machtpolitik“, „Kampf um die Macht“ allein zu diskutieren. Alles hängt davon ab, wie die Akteure die Macht einschätzen

¹² Der gesamte Komplex der „Beschwichtigungspolitik“ sollte in diesem Licht betrachtet werden. Daß es richtig war, Hitlers Politik als Hegemonialpolitik zu sehen, wurde erst durch die Ereignisse bewiesen. Aber es gibt gewöhnlich mehr oder weniger aufschlußreiche Indikatoren. Das trifft heute auf die sowjetische Politik zu, wo die Analogie „München“ wahrscheinlich falsch ist. Aber wir können nur sagen „wahrscheinlich“. Persönliche „Macht“ liegt ebenfalls im Auge des Betrachters. ... Ich habe Macht in dieser Stadt, weil die Leute denken, ich stehe dem Präsidenten nahe. Sie denken, ich sehe ihn fortwährend. Ich sehe ihn gar nicht so oft, aber die Leute glauben es, und das gibt mir Macht.“ (Robert Strauss, zitiert von Elizabeth Drew, in: A Profile of Strauss, *The New Yorker*, 7. Mai 1979, S. 50ff. (115). Das Wort „Macht“ ist wie viele andere politische Begriffe (Gleichgewicht, „Kalter Krieg“ usw.) eine Metapher. Das Studium der Rolle der Metapher wie auch ganz allgemein der Rolle der Sprache (Linguistik und Etymologie) sollte auch in das Forschungsgebiet der internationalen Beziehungen mit einbezogen werden. (Über Metaphern siehe den Artikel von Eugene F. Miller, Metaphor and Political Knowledge, in: *American Political Science Review*, Bd. 73 (1), März 1979, S. 155ff.)

— und nicht nur die Macht. Noch wichtiger sind ihre Vorstellungen von den Machteinheiten und ihren Repräsentanten.

Im europäischen Mittelalter konnte man kaum von inter,nationalen" Beziehungen sprechen, da sich die öffentliche Gewalt außer der vagen Universalmacht von Kaiser und Kirche in einem Wirrwarr von feudalen Zuständigkeiten verlor. Als die Territorialstaaten mit ihren Bürokratien „souverän" wurden, sah man in ihnen zuerst keine abstrakten, fiktiven juristischen Personen, sondern personifizierte Monarchien, deren „nationale Interessen" stark von der Tatsache beeinflußt waren, daß es sich um ganz bestimmte Dynastien (die Bourbonen, die Habsburger etc.) handelte, die die Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen repräsentierten und personifizierten.

Mit dem Siege des mechanistischen Weltbildes der Aufklärung wurden diese Einheiten als „juristische Personen", „Fiskus" usw. verdinglicht, und als sich dann das Prinzip der „freien Selbstbestimmung der Völker" (im Sinne von Demokratie im Innern und nationaler Unabhängigkeit nach außen) durchgesetzt hatte, wurden sie zu „Nationalstaaten", die die Gesamtbevölkerung vertraten. So hat man also den modernen Staat als Akteur auf der internationalen Bühne auf sehr unterschiedliche Weise als Herrscher, als herrschende Gruppe, als ethnische oder nationale Gruppe und schließlich als die gesamte „Nation" begriffen. Daher hat man unter „Staatsinteresse" je nachdem dynastische Interessen, Interessen vorherrschender ethnischer, religiöser, sozialer oder wirtschaftlicher Gruppen begriffen oder auch etwas, das man als Interesse der Gesamtbevölkerung wahrnahm. Als solches wahrgenommen von denen, die die Politik machen, was nicht unbedingt mit dem übereinstimmt, was sich die Bevölkerung unter „Gemeinwohl" vorstellt. Bei solcher Verdinglichung des Staatsbegriffs können subnationale Interessen wie etwa Wirtschaftsinteressen oder Interessen sonstiger Pressionsgruppen entweder übersehen oder aber zum Allgemeininteresse emporgehoben werden. Es bedeutet also nicht viel, wenn man Außenpolitik als Politik, die das „Staatsinteresse" vertritt, definiert. Alles hängt davon ab, was die Akteure als Staatsinteresse rezipieren¹³⁾.

¹³⁾ Hier zeigt sich die Wichtigkeit von Untersuchungen über den Entscheidungsprozeß (Graham Allison u. a.). Ein „politischer Realismus", der von der Annahme ausgeht, daß der politische Entschei-

Im Zeitalter nuklearer Durchdringbarkeit ist es schwer, das Staatsinteresse auch nur mit dem Mindestinteresse an Sicherheit und Verteidigungsmöglichkeit des Staatsgebiets und seiner Bevölkerung zu identifizieren, und es erstaunt nicht, daß selbst hier die Ansichten auseinandergehen. Das trifft vor allem auf die kleineren und schwächeren Staaten zu, deren Identität als „souveräne" Einheiten zweifelhaft wird, wenn sie strategisch von anderen abhängen und ökonomisch, finanziell usw. nicht nur von anderen Ländern, sondern auch von Wirtschaftsorganisationen wie internationalen Banken oder dem internationalen Währungsfonds sowie transnationalen Unternehmungen abhängig werden. Die letzteren ihrerseits werden immer „multinationaler", was ihr Kapital, ihre Angestellten, die Plätze ihrer Betätigungen betrifft, so daß zu den inter,nationalen" Beziehungen heute noch die „trans"nationalen zwischen unzähligen „funktionalen" Akteuren, Unternehmen und Organisationen hinzukommen. Sicherlich bemühen sich Nationalstaaten und ihre die Außenpolitik bestimmenden Führungsschichten noch immer darum, als Repräsentanten und Verteidiger nationaler Interessen zu erscheinen. Aber der Status des Nationalstaates als des Hauptträgers der internationalen Beziehungen wird selbst immer fragwürdiger. Seine Legitimität steht auf dem Spiel, besonders in den abhängigeren Ländern der Dritten Welt, wo oft zahlenmäßig kleine einheimische Eliten, die gemeinsam mit ausländischen Wirtschaftsgruppen (vor allem den multinationalen Unternehmungen) herrschen, selbst wenn sie von internationalen Bankinstituten gestützt werden, sich als immer unfähiger erweisen, auch nur die elementarsten Bedürfnisse ihrer Einwohner zu befriedigen. Gleichzeitig versuchen nicht nur öffentliche internationale Behörden wie das internationale Arbeitsamt oder die Weltgesundheitsorganisationen wie Kirchen oder Amnesty International mit Gruppen oder einzelnen in diesen Ländern direkten Kontakt aufzunehmen. In der Unzahl der verschiedenen Ansichten und Theorien über diese Dinge spiegelt sich die Kompliziertheit der tatsächlichen Lage wider.

—
dungsträger („der rationale Akteur") nichts weiter ist als *homo politicus*, der nach einem Maximum an Macht strebt, oder daß der Geschäftsmann nur *homo oeconomicus* ist, der Profitmaximierung anstrebt, ist sicherlich falsch. In beiden Fällen sind die Motive gemischt; die Mischung bestimmt im konkreten Fall die Entscheidung.

V. Imagepflege und Außenpolitik

Daß sich die Akteure der Rolle des Image bewußt sind, wird klar, wenn man bedenkt, daß ein Großteil der Staatskunst aus Imagepflege besteht. In dem Maße, wie die Öffentlichkeit in der Außenpolitik an Gewicht gewinnt, vergrößert sich die Rolle der Imagepflege, so daß es heute in der Außenpolitik fast nichts mehr gibt, das nicht irgend einen Propaganda- („Public Relations-“) Aspekt hat. Ein Großteil der sogenannten „Machtpolitik“ zielt darauf ab, in der Welt in günstigem Licht zu erscheinen: bei Verbündeten, Gegnern, Neutralen und last not least bei den Bürgern im eigenen Lande. Eine ganze Politik wird unter Umständen nur um der Imagepflege willen eingeleitet oder dient dazu, daß man „das Gesicht wahr“ oder seine „Glaubwürdigkeit“ aufrechterhält.

Die Politik der Vereinigten Staaten in Vietnam war in beträchtlichem Maße von dem Wunsch bestimmt, den Verbündeten gegenüber (Europäern, Südkoreanern, Israelis) nicht als „unzuverlässig“ zu erscheinen; ohne dies wäre der Krieg vielleicht viel früher beendet worden. Das gleiche gilt für die Unterstützung des Schahs bis zum Ende oder der Portugiesen (als Natoverbündete) bis zu deren Ende in Afrika, was allerdings für die Beziehungen der Vereinigten Staaten zum schwarzen Afrika das Gegenteil bewirkte. Andererseits ist die Opposition gegen die Apartheidpolitik Südafrikas ein Versuch, in Schwarzafrika, der Dritten Welt, und bei den Liberalen und Schwarzen im eigenen Lande das Image der Vereinigten Staaten aufzupolieren.

Ganze Bürokratien versehen heute Öffentlichkeitsarbeit, und zwar nicht nur Behörden, die eigens dafür geschaffen werden, Propaganda zu betreiben, sondern auch Nachrichtendienste, deren Einflußnahme auf die Meinungsbildung anderer Länder (und je geheimer, um so besser die Erfolgchancen) ebenso wichtig ist wie ihre Berichterstattungsrolle. Bei der Propagandatätigkeit haben die Medien, besonders Rundfunksendungen ins Ausland, einen entscheidenden Anteil. Und da sich (besonders in Demokratien) fast alle zur Teilnahme berufen fühlen, haben Regierungen konstant mit Koordinationsproblemen zu kämpfen: Wer ist befugt, was zu sagen, wenn es darum geht, den Standpunkt eines Landes in der Welt zu vertreten?

Symbole, Rangordnung, Zeremonie etc. sind äußere Zeichen dafür, welchen Wert man auf Status und Prestige legt. Welche Rolle Symbole in der Diplomatie immer gespielt haben,

ist hinreichend bekannt. Das gilt noch ganz unvermindert bis in unsere Tage. Man denke nur an offizielle Staatsbesuche mit ihrem ganzen Klimageschmack oder etwa an das Auftrumpfen des ehemaligen Schahs, der behauptete, sein Land würde demnächst im Rang den „Übermächten“ gleichkommen (und der für diesen Zweck eine hypermoderne Militärmacht aufbaute und in Städten, denen es an Kanalisation mangelt, goldene Paläste errichtete), oder an Entwicklungsländer, die sich, hauptsächlich aus Prestigegründen die modernsten Düsenflotten und Düsenflughäfen zulegen oder den Rang einer Atommacht anstreben. Oder man denke an den früheren Herrscher eines der ärmsten afrikanischen Länder, der sich den Titel Kaiser zulegte und dabei das bißchen Reichtum, das sein neues „Kaiserreich“ besaß, für seine Krönung ausgab.

Anerkennung und Anerkennungspolitik werfen ein besonderes Licht auf die Imagerolle. Obwohl Anerkennung im Völkerrecht — und immer stärker auch in der Praxis — kaum mehr bedeutet als die Aufnahme und Aufrechterhaltung offizieller diplomatischer Beziehungen (im Falle einer Verweigerung der Anerkennung lassen sich tatsächliche Beziehungen leicht herstellen, indem man einfach Ausdrücke wie „Gesandtschaft“ durch „Verbindungsstelle“ oder ähnliches ersetzt), kann die Gewährung oder Verweigerung der Anerkennung von Staaten oder Regierungen in gewissen Fällen den Unterschied zwischen Stärke und Schwäche, ja gegebenenfalls zwischen Existenz und Nichtexistenz bedeuten.

Im 19. Jahrhundert und bis ins 20. Jahrhundert hinein hat die Anerkennungspolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika Regime ins Leben gerufen bzw. zugrunde gerichtet. Die sofortige Anerkennung durch die Großmächte war wahrscheinlich entscheidend für das Fortbestehen des Staates Israel. Die „Anerkennung“ der PLO durch die Vereinten Nationen hat den Status dieser Gruppe gefestigt (das gleiche bewirkte in der Zwischenkriegszeit die Anerkennung der Jewish Agency für den Zionismus). Ganz allgemein ist Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen und anderen Weltorganisationen oder ähnliche „Anerkennung“ durch diese Behörden ein von allen Staaten der Welt erstrebtes Statussymbol geworden: sie bedeutet Kollektivlegitimierung. Selbst mikroskopisch kleine Einheiten bestehen auf „souveräner Gleichheit“ mit allen anderen; damit wird sich die Welt abgele-

ner Regionen und Randbevölkerungen be-
wußt, doch hat diese Entwicklung auch fast
unüberwindbare Probleme für die Weltorgani-
sation geschaffen (z. B. die Bildung großer
Stimmblöcke, die meist wenig Reales vertre-
ten, jedoch das Image einer Welt „gleichbe-
rechtigter“ Völker stärken).

Zuweilen bewirkt Anerkennung, daß Staaten
und Völker, die „außerhalb“ der Welt und der
Weltbeziehungen gelassen waren, plötzlich
Zugang finden. Ein Fünftel der Weltbevölke-
rung blieb „im Dunkel“ (dieses Fünftel in bezug
auf die Welt außerhalb, und die Welt wieder-
um in bezug auf alles, was sich innerhalb
dieses Fünftels abspielte), bevor China von
den Vereinten Nationen und den wichtigsten
Staaten anerkannt wurde; dasselbe galt für
den zweiten deutschen Staat, bevor er vom
Westen und besonders von der Bundesrepu-
blik Deutschland anerkannt wurde. Das be-
deutete mehr als den bloßen Namenswechsel
vom „besetzten Gebiet“ (wie die arabischen Ex-
tremisten Israel noch heute nennen) zur Be-
zeichnung als souveräner Staat mit dem dazu-
gehörigen Status, oder wie im Falle Chinas,
von der Bezeichnung „Banditengang“ zur
„Volksrepublik“.

Anerkennung oder Nichtanerkennung haben
eine tiefere Bedeutung. Der Mensch wird zum

wahren Menschen durch Kommunikation mit
anderen Menschen. „Homo communicans“
(und damit auch *zoon politikon*) trifft seinen
Charakter als Mensch besser als etwa die Be-
zeichnung „homo faber“ oder „homo oeconomicus“.
Von anderen anerkannt zu werden, ist für
ein erfülltes Leben wesentlich. Völlige Isola-
tion kann zum Selbstmord führen; Verban-
nung ist eine der grausamsten Strafen. Mangel
an Kommunikation kann Identitätsverlust be-
deuten. Die Isolierung einer Gruppe kann zu
ähnlichen Ergebnissen führen. Die Gruppen-
mitglieder werden möglicherweise entfrem-
det und fallen der Verzweiflung anheim. Die
Führung einer solchen Gruppe, die sich zu-
tiefst verwundbar fühlt, wird möglicherweise
aggressiv. Daß Israel von den meisten seiner
Nachbarn nicht anerkannt wird, ist die
schwerste Bürde, die dieser Staat zu tragen
hat; ebenso ergeht es den palästinensischen
Arabern, die ihre Gruppenidentität als Nation
suchen. So mag sich im Symbolismus, in der
Imagepflege, im Prestige mehr verbergen als
oberflächlich-äußerliches Gehabe oder (mehr
oder minder) lächerliches Getue. Diese Er-
scheinungen betreffen einen wesentlichen
Aspekt menschlicher und damit internatio-
naler Beziehungen: „Wer erscheint als was in
den Augen anderer“ gehört zu den Grundele-
menten bei der Formung der Weltbilder, die
das Handeln bestimmen¹⁴⁾.

VI. Auf dem Wege zu einem einheitlichen Weltbild der Zukunft

Seit das moderne Staatensystem Normen ent-
wickelt hat, die die zwischenstaatlichen Bezie-
hungen rechtlicher Regelung unterwerfen
sollten, ist die Rolle des Völkerrechts in den
internationalen Beziehungen strittig und häufig
Gegenstand heftiger Auseinandersetzun-
gen gewesen. Ob sich diese Normen, Regeln

und Prinzipien mit Normen innerstaatlicher
Rechtssysteme vergleichen lassen, sei hier da-
hingestellt. Interessant für eine Untersuchung
von Bewußtwerdung, Weltauffassung usw. ist
vielmehr, daß eine rechtliche Interpretation
der Welt eine mögliche Art und Weise ist, in-
ternationale Beziehungen zu „sehen“. Eine sol-
che Sicht betrachtet die Welt als ein in sich ge-

¹⁴⁾ Als Beispiel für die Funktion von Symbolismus
und Imagepflege können die Verhandlungen zwi-
schen Israel und Ägypten dienen. Die Führungsspi-
tzen beider Länder wußten genau, daß der Friedens-
vertrag auf einen Separatfrieden zwischen Israel
und Ägypten hinauslaufen würde, und dennoch
fühlte sich Sadat verpflichtet, dauernd seine Rolle
als Vertreter weiterer arabischer Interessen zu be-
tonen, während Begin das Bild eines Mannes erhal-
ten mußte, der niemals die israelischen Lebensinter-
essen durch eine Anerkennung einer palästinensi-
sch-arabischen Nation — und sei sie noch so indi-
rekt — aufs Spiel setzen würde. Ein noch zwingen-
deres Beispiel für die Rolle von Rang, Status und
Prestige lieferte China mit seinem jüngsten Einfall
in Vietnam. Es gab dort weder einen Grenzkonflikt
noch ein sonstiges substantielles Problem. Aber
China fand, es müsse sein Image als Großmacht

durch einen Kraftakt aufrechterhalten, um jegliche
negative Rückwirkung auf sein Ansehen, die durch
den von den Vietnamesen bewerkstelligten Sturz
des von China gestützten Pol-Pot-Regimes in Kam-
bodscha hätte ausgelöst werden können, auszumer-
zen. Man stelle sich vor, daß die Sowjets, um das ne-
gative Image ihrer Macht auszumerzen, das durch
die Invasion Chinas in das Land ihres vietnamesi-
schen Verbündeten geschaffen worden war, es nun
ihrerseits für nötig befunden hätten, in China einzu-
fallen, woraufhin die Amerikaner, um ihr Image als
das eines verlässlichen Freundes von Dengs China
zu verteidigen, Maßnahmen gegen die Sowjetunion
ergriffen hätten ... So kann das Schicksal der Welt
— wie einst während der Kuba-Krise — von der Bil-
dung, Wiederherstellung oder Zerstörung von Im-
ages abhängen.

geschlossenes Normensystem, in dem alle Verhaltensmuster und Aktionen an Rechtsnormen gemessen werden, so daß jegliches Geschehen entweder als legal oder illegal erscheint. Das ist natürlich das Gegenteil von einem Weltbild, in dem die Welt als Arena unregelmäßig Machthandelns erscheint. Aber in einem Zeitalter, in dem eine Weltorganisation gegründet wurde, um selbst Machtbeziehungen rechtlichen Grundsätzen zu unterwerfen (wie dies in der Charta der Vereinten Nationen geschieht), ist es vielleicht nicht mehr so „unrealistisch“ wie vordem, die Welt als juristischen Kosmos zu begreifen.

Nationen einschließlich der Großmächte waren schon immer damit einverstanden, gewisse Bereiche der internationalen Beziehungen rechtlicher Regelung zu unterwerfen (Vertragsrecht, Schiedsgerichtsbarkeit, Regelung von Ansprüchen mehr technisch-ökonomischer Natur usw.), und die Tatsache, daß sie heute wenigstens zu vermeiden suchen, als „Angreifer“ abgestempelt zu werden oder ein Gebiet „widerrechtlich“ erworben zu haben, deutet darauf hin, daß sie trotz des Nichtvorhandenseins einer Zwangsorganisation „glaubwürdig“ zu handeln versuchen, d. h. im Einklang mit selbstauferlegten Rechtsnormen. Auch ist es vielleicht bezeichnend, daß sich die mit den Vereinten Nationen gekoppelten Weltbehörden bemühen, den Ländern der Welt die Dringlichkeit der großen Weltprobleme klarzumachen und sie dazu zu bringen, die zur Lösung dieser Probleme erforderlichen Regeln anzuerkennen.

Es könnte also eine Chance bestehen, daß trotz aller partiellen, provinziellen, oft miteinander in Widerspruch stehenden Weltbilder der Vergangenheit (und der Gegenwart) Völkerrecht und internationale Organisation dazu beitragen, daß man sich in bezug auf die Zukunft der Aufgaben bewußt wird, die nur gemeinsam durchgeführt werden können. Tatsächlich zwingt sich in großen Teilen der Welt, besonders der Dritten Welt, die ja einen immer größeren Teil der Menschheit umfaßt, ständig mehr die Erkenntnis von der entscheidenden Wichtigkeit der Weltprobleme — wie des Welternährungsproblems oder des Weltbevölkerungsproblems — auf, insbesondere bei den Menschenmassen, die von Armut geschlagen sind, keine sinnvolle Beschäftigung haben und deren Jugend in den Elendsvierteln der wachsenden Riesenstädte ohne Hoffnung aufwächst. Zwar sind Armut und die damit verbundenen Probleme so alt wie die Geschichte der Menschheit, aber in einer Zeit, in

der sie allen Gesellschaftsformen ihren Stempel aufdrücken und sich über alle Kontinente ausbreiten, nehmen sie einen qualitativ anderen Charakter an, dies insbesondere, wenn man bedenkt, was für einen Lebensstandard Technik und „Modernisierung“ bewirken können — ein Gegensatz, der unverhüllt ans Licht kommt, wo Slums und hochmoderne Wohnbauten in wörtlichem Sinne „Seite an Seite“ beieinanderliegen. Wir haben gesehen, wie die Bedingungen in den „Entwicklungs“-Ländern deren Regierungen und die von ihnen verfolgten „Staatsinteressen“ in den Augen der Massen ihrer Legitimität berauben. Man kann annehmen, daß der Aufstand dieser Massen ein Weltbild entstehen lassen wird, das jenen Weltproblemen, die mit ihrer Unglückslage zusammenhängen, Vorrang einräumt.

Das Bild, das wir von der Zukunft haben, wird die Zukunft gestalten. Wir haben gesehen, daß die Weltbilder und Erwartungen, die die Zukunft betreffen, noch sehr unterschiedlich sind. Futurologie beschäftigt sich mit Zukünften im Plural. Aber es scheint, daß heute zum ersten Mal ein wahrhaft planetares Weltbild plausibel erscheint. Es ergibt sich aus der Sicht der Astronauten von der kleinen bläulichen Kugel Erde, der Bewußtwerdung von ihrer Einzigartigkeit, ihrer Begrenztheit und ihrer Verletzlichkeit. Heute können ihre Bewohner noch ihre Zahl planen — und begrenzen, damit für alle Platz bleibt, können sie ihre Rüstungen planen und begrenzen, ihre knappen Rohstoffe planmäßig aufteilen und dahin wirken, daß ihre zerbrechliche Biosphäre erhalten bleibt. Dieses Weltbild „von außen“ ist natürlich auch nur eines von vielen Weltbildern. Doch die anderen sind provinziell, antagonistisch und tragen unter den neuen Bedingungen weltweiter Interdependenz das Risiko der Zerstörung, wenn nicht gar der Auslöschung der Menschheit in sich. Und so stellt sich selbst dem Wertrelativisten das globale Weltbild deshalb fundamentaler dar als alle anderen, weil es dem Wert des Überlebens der Menschheit, ohne den alle anderen Wertmaßstäbe bedeutungslos werden, den Vorrang einräumt.

Eine Ethik, die auf Menschheitsüberleben abstellt¹⁵⁾, kann Weltbild und Aufmerksamkeit

¹⁵⁾ Die ontologisch-philosophische Grundlegung einer solchen Minimum-Ethik der Verantwortung für die Bewahrung einer Zukunft, überhaupt für die Erde und eine auf ihr weiterlebende Menschheit (im Gegensatz zu aller bisherigen Ethik, die die Fortdauer der Menschheit als solcher „unbesehen“ annahm und annehmen durfte) liegt nunmehr vor. Siehe Hans Jonas, *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technische Zivilisation*,

der Menschen und ihre Handlungen auf zwei Hauptgebiete lenken: auf das der „Sicherheit“ und „Konfliktlösung“ und auf die weniger machtbezogene und allgemeinere globale Ebene, auf der es darum geht, einen begrenzten Planeten und seine Ressourcen für eine wachsende Weltbevölkerung zu erhalten. Was das erstere Gebiet anlangt, so gewinnt hier die sogenannte Konfliktforschung besondere Bedeutung. Wie bereits ausgeführt, stellt sich gewissen Weltbildern und Ideologien die Welt (und besonders eine Welt nuklearer Übermächte) als antagonistisch dar. Der „Kalte Krieg“ brach aus als Ergebnis bestimmter gegenseitiger Fehlrezeptionen von Aggressivität. Höchstwahrscheinlich waren beide Seiten „in Wirklichkeit“, d. h. in ihrer Eigeninterpretation, verteidigungsorientiert. Aber das Sicherheitsdilemma, das ihnen Wachsamkeit gegenüber den scheinbaren Angriffsabsichten des Gegners gebot, erlaubte es ihnen nicht, für den „Ernstfall“ unvorbereitet zu sein. Wenn man jedoch seine Rezeptionsbereitschaft ausweitet, und zwar so, daß man die Befürchtungen und die darauf beruhenden Erwägungen der anderen Seite zur Kenntnis nimmt, d. h. sich in den anderen hineinversetzt, so kann das den Antagonismus abschwächen und Entspannung, Rüstungskontrolle und ähnliche Methoden der „Konfliktlösung“ möglich machen. Im Augenblick gleiten wir wieder in eine Lage ab, die an die Frühzeit des Kalten Krieges erinnert; und zumindest auf amerikanischer Seite ist die imageproduzierende Propagandamaschine, in der sich antikommunistische Ideologie und die Interessen des „militärisch-industriellen Komplexes“ vereinigen, dabei, das „Freund-Feind“-Bild von zwei sich tödlich bekämpfenden Welten neu aufzupolieren¹⁶). Auf diesem

Frankfurt/M. 1979; für die Probleme der internationalen Beziehungen besonders wichtig die beiden ersten Kapitel (S. 15—102), die man allen, die sich mit Überlebensproblemen befassen, zur Pflichtlektüre machen möchte.

¹⁶) Das Obige wurde vor der durch die afghanische Krise hervorgerufenen Entfaltung des „zweiten Kalten Krieges“ geschrieben. Die nunmehr verschärfte Gefahr nuklearer Allvernichtung (des „Omizids“) beleuchtet in krasser Weise die Auswirkungen des beiderseitigen Unvermögens, sich in die „Sicht“ des „Gegners“ zu versetzen. Die Sowjets übersehen (oder minimisierten) die amerikanische Furcht vor gewaltsamer kommunistischer Expansion, während die amerikanische Führungsschicht, in plötzlicher Verkenning der Detente-Notwendigkeiten, die durch „Strafmaßnahmen“ nur noch gesteigerte sowjetische Furcht vor westlich-chinesischer „Einkreisung“ nicht in Rechnung stellt: Zwei Fehlrezeptionen, die die Welt wiederum in den Teufelskreis oder vielmehr die Teufelsspirale des Rüstungswettlaufs und der politischen und militärischen Konfrontationen zu führen droht.

Wege liegt das Ende der Menschheit. Aber es gibt zumindest *ein* ermutigendes Zeichen des Fortschritts: Da beide Seiten sich der Gefahr gegenseitiger Vernichtung bewußt sind, stimmen sie wenigstens (noch!) darin überein, daß ein totaler Atomkrieg „unannehmbare“ Folgen hätte. Nur wenn Politik und Strategie weiterhin auf dieser Einsicht basieren, gibt es noch Überlebenschancen.

Die andere Ebene — die der demographischen, ökologischen und Ressourcenprobleme — erfreut sich wachsender Bewußtheit in der Öffentlichkeit. Und dies nicht nur bei den Völkern der Dritten Welt, sondern bei den Menschen überall. Wenn eine explodierende mexikanische Bevölkerung tagtäglich auf die amerikanisch-mexikanische Grenze drückt und droht, die westliche Hälfte der Vereinigten Staaten zu überschwemmen, kann man selbst mit einem engstirnigen nationalistischen Weltbild dem entsprechenden Weltproblem nicht mehr ausweichen; wenn die Kontrollen der OPEC oder eine Revolution im Iran die industriellen Länder von ihren lebenswichtigen Energiequellen abschneiden, so kommt die öffentliche Meinung in diesen Ländern nicht mehr um die Überlegung herum, daß man Rohstoffe erhalten und das, was vorhanden ist, gerecht verteilen muß; wenn Riesentanker ihre Ladung ins Meer schütten und Ozeane und Küsten verpesten, wenn die Luft nicht mehr einzuatmen, das Wasser nicht mehr zu trinken ist und der Boden (ja selbst der menschliche Körper) mit Chemikalien verseucht wird, dann können die Menschen allmählich dessen gewahr werden, daß eine Globalpolitik und globale Kontrollen im Interesse jedes einzelnen Menschen liegen und daß „nationale Interessen“ dem universalen Interesse an einer lebenserhaltenden Umwelt weichen oder mit ihm verschmelzen müssen. Dennoch kann es sein, daß hier, wie auf dem Macht- und Sicherheitssektor, das engstirnige Weltbild überwiegen wird. Anstatt daß man vernünftige Lösungen aushandelt, maßvoll und im Bewußtsein, daß Opfer nötig sind, scheint die Flucht nach vorn um Öl, um Land, um alles, was noch zu haben ist, in vollem Gange zu sein.

Hier liegt die Herausforderung für Intellektuelle, insbesondere für Forscher auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen. Intellektuelle sind berufsmäßig Theoriebildner, d. h. Imageproduzenten. Ideen und Ideologien, Bewußtsein und Weltbilder sind stets zuerst von „Philosophen“ entwickelt worden. Diejenigen unter uns, die der Notlage der

Menschheit gewahr geworden sind, müssen ihre Elfenbeintürme verlassen und alles daransetzen, ihre Forschungsergebnisse den Nichtfachleuten (sowohl den einfachen Menschen als auch den politischen Führungsschichten) zu vermitteln. Wir müssen versuchen, die Bewußtseinsbildung zu gestalten und darlegen, was geschehen *muß* (z. B. Begrenzung des Bevölkerungswachstums), was geschehen *kann* (auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle z. B., oder der Erhaltung der Rohstoffe, oder der Bekämpfung

¹⁷⁾ „Philosophie der Praxis“ ist ein marxistischer Begriff. Marx, dessen Zukunftsvision einer klassenlosen Gesellschaft unter dem Kommunismus utopisch war, war ein Genie, wenn er „kritische Aufklärung“ über Vergangenheit und Gegenwart betrieb, besonders wenn er „falsches Bewußtsein“, das sich in „Ideologien“ (im negativen Sinne des Wortes) widerspiegelt, anprangerte, wie etwa die Ideologie der Gleichheit in bürgerlichen Demokratien, hinter der sich Klassenherrschaft verbarg. Am Ende dieses Artikels folgt der Verfasser dieser Form „praktischen Philosophierens“, indem er versucht, die selbstzerstörerische Wirkung eines Nichtgewahrwerdens von globalen Bedrohungen aufzudecken, die von engstirnigen Weltbildern und Verhaltensmustern ausgeht. Aber es wäre ebenso utopisch wie die Zukunftserwartungen von Marx, wollte man einem unkritischen „Globalismus“ verfallen und die ungeheueren Schwierigkeiten auf dem Wege zu globalen Zielen unterschätzen. Wie soll man zu einer gemeinsamen weltumspannenden Politik gelangen, wenn Milliarden von Menschen, die in über 150 staatlichen Einheiten organisiert sind, unzählige widersprüchliche Weltbilder, Bedürfnisse und Interessen haben und daher gar nicht umhin können, über die möglichen Zukünfte der Welt, sowohl was die Ziele als auch was die Mittel anlangt, verschiedener Meinung zu sein? Einige Voraussetzungen für Lösungen und einige Vorschläge finden sich oben, und mit einigen anderen habe ich mich in einem ande-

ren Aufsatz befaßt (siehe: Legitimacy, Can we Retrieve it?, in: *Comparative Politics*, Bd. 10 (3), April 1978, S. 317 ff.). Aber man darf nicht vergessen, daß radikale Veränderungen sowohl der Einstellungen wie der Politik und sowohl innerhalb der Länder (der industriellen wie der Entwicklungsländer) wie auch in bezug auf ihre Souveränität, die zwischen Staaten und internationalen Organisationen aufzuteilen wäre, Voraussetzungen für jegliche globale Lösung sind. Und in diesem Zusammenhang möchte ich nochmals die vorrangige Funktion von Information und Bewußtwerdung für die Herausbildung einer globalen Einstellung betonen. Allen, die durch Beteiligung an Wahlen oder sonstige politische Betätigung Stellung nehmen können, muß Gelegenheit gegeben werden, das umfassende Weltbild von der Dringlichkeit der Weltprobleme zu gewinnen, denen vor allen scheinbar näherliegenden, begrenzten Problemen Vorrang eingeräumt werden muß. Die Entstehung von Umweltschutzbewegungen in der ganzen Welt ist ein ermutigendes Zeichen für wachsende Bewußtheit. Man darf aber gerade hier den Einfluß engerer Interessen und Interessenvertreter auf Medien, auf Schulen etc. nicht unterschätzen. Deshalb habe ich in diesem Artikel die Wichtigkeit unzensurierter Medien so stark betont, die von äußeren Einflüssen so frei wie möglich sein müssen und deren Personal aus aufgeschlossenen Journalisten bestehen sollte, ausgebildet von welt-offenen Spezialisten auf den Gebieten der dreidimensionalen Informationen, die in diesem Aufsatz beschrieben worden sind.

ren Aufsatz befaßt (siehe: Legitimacy, Can we Retrieve it?, in: *Comparative Politics*, Bd. 10 (3), April 1978, S. 317 ff.). Aber man darf nicht vergessen, daß radikale Veränderungen sowohl der Einstellungen wie der Politik und sowohl innerhalb der Länder (der industriellen wie der Entwicklungsländer) wie auch in bezug auf ihre Souveränität, die zwischen Staaten und internationalen Organisationen aufzuteilen wäre, Voraussetzungen für jegliche globale Lösung sind. Und in diesem Zusammenhang möchte ich nochmals die vorrangige Funktion von Information und Bewußtwerdung für die Herausbildung einer globalen Einstellung betonen. Allen, die durch Beteiligung an Wahlen oder sonstige politische Betätigung Stellung nehmen können, muß Gelegenheit gegeben werden, das umfassende Weltbild von der Dringlichkeit der Weltprobleme zu gewinnen, denen vor allen scheinbar näherliegenden, begrenzten Problemen Vorrang eingeräumt werden muß. Die Entstehung von Umweltschutzbewegungen in der ganzen Welt ist ein ermutigendes Zeichen für wachsende Bewußtheit. Man darf aber gerade hier den Einfluß engerer Interessen und Interessenvertreter auf Medien, auf Schulen etc. nicht unterschätzen. Deshalb habe ich in diesem Artikel die Wichtigkeit unzensurierter Medien so stark betont, die von äußeren Einflüssen so frei wie möglich sein müssen und deren Personal aus aufgeschlossenen Journalisten bestehen sollte, ausgebildet von welt-offenen Spezialisten auf den Gebieten der dreidimensionalen Informationen, die in diesem Aufsatz beschrieben worden sind.

Gerhard Wettig

Entspannung und Sicherheit

Konzeptionelle Überlegungen an einer kritischen Wegemarke

Das Ausgangsproblem

Der Prozeß der Ost-West-Entspannung hat früher akute Konflikte eingedämmt und so zu einer zwischenstaatlichen Stabilisierung in Europa beigetragen. Zwei Bereiche blieben jedoch aus dem Fortschritt auf ein friedlicheres Zusammenleben hin ausgespart. Die politisch-militärische Zurückhaltung im Verhalten beider Seiten blieb auf die Ebene der unmittelbaren Ost-West-Beziehungen im entwickelten Norden, vor allem in Europa, beschränkt (ungelöstes Problem der „Unteilbarkeit von Entspannung“). Auf militärischem Felde änderte sich nichts am Antagonismus und am damit verknüpften wechselseitigen Aufschaukeln der Rüstungen (ungelöstes Problem einer „Entspannung im militärischen Bereich“). Beide Entspannungsdefizite können sich zu fatalen Folgewirkungen summieren, wie die Verschärfungen der Ost-West-Spannung, die nach dem NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 über eine eurostrategische Nachrüstung und vor allem nach der sowjetischen Militärintervention in Afghanistan eingetreten sind, deutlich demonstrieren. Die Warnung, die aus diesen Vorgängen resultiert, sollte um so ernster genommen werden, als der Fall Afghanistan das Ost-West-Verhältnis objektiv ungleich weniger berührt als manche anderen denkbaren Krisenfälle: Wenn die Ost-West-Entspannung sich schon da als so krisenanfällig erweist, wie kann dann eine vorstellbare Situation, welche die Sicherheit einer der Seiten oder auch beider direkt und massiv zu bedrohen scheinen würde, noch erfolgreich gemeistert werden? Offensichtlich reichen die bisherigen Vorkehrungen von Entspannung nicht aus, um ernste Ost-West-Krisen mit der daraus resultierenden Gefahr eines beide Seiten vernichtenden Krieges zuverlässig zu verhindern.

Diese Tatsachenfeststellung verlangt eine Analyse dessen, worin das Krisen- und Kriegsrisiko besteht, die Herde akuter Spannung sind an den Punkten unmittelbarer Ost-West-Berührung abgebaut worden. Sie sind jedoch im Bereich der Dritten Welt keiner kanalisierenden Konfliktregelung unterworfen worden.

Eher im Gegenteil: Die Rivalität zwischen den beiden Weltmächten und teilweise auch ihren Verbündeten hat sich — insbesondere seit Mitte der siebziger Jahre — zunehmend nach Afrika und Asien verlagert. Lokale militärische Auseinandersetzungen werden ermutigt und unterstützt; sie erhalten vielfach verschleiert die Funktion von „Stellvertreterkriegen“; militärische Positionen und Präsenzen werden angegriffen, behauptet und neu begründet mit der Folge strategischer wie wirtschaftlicher Bedrohungsängste auf seiten des Zurückgedrängten. Die Abhängigkeit Westeuropas und teilweise auch der USA von überseeischen Zufuhren läßt die westliche Seite als überwiegend verwundbar und damit als potentiell bedroht erscheinen. Eine Krise, welche die Öl- und Rohstoffversorgung der NATO-Länder und Japans gefährden würde, wäre daher geeignet, in noch ungleich größerem Ausmaße als die Ereignisse um Afghanistan Nervosität — und damit die Neigung zu angstvoll-kurzschlüssigem und für die Gegenseite nicht mehr kalkulierbarem Verhalten — hervorzurufen. Aus der Geschichte ist derartige als die Psychologie der zum Kriege führenden Krise nur allzu wohlbekannt. In einer solchen akuten Krise kommt alles darauf an, daß sich beide Seiten zu einer de-eskalierenden Folge von Handlungen veranlaßt sehen. Ein solcher Anreiz, der herkömmlicher Krisenpsychologie entgegenwirken würde, kann nur von einem entsprechend geregelten militärischen Kräfteverhältnis ausgehen, das beiden Seiten die Angst vor übermächtiger feindlicher Bedrohung nimmt und damit ein ungeängstigtes Bemühen um Friedenswahrung ermöglicht. Eine derartige Regelung der militärischen Relation zwischen Ost und West steht bisher noch aus.

Einen ersten Anfang hierzu hat SALT I mit der Anschlußregelung SALT II (die freilich im Gefolge der Ost-West-Spannungen um Afghanistan vorerst keine Aussicht mehr auf Bestätigung durch den amerikanischen Senat hat) gemacht: Es wurde ein Verhältnis der militärischen Parität auf der global-strategischen

Ebene zwischen den beiden Weltmächten festgelegt. Das löst jedoch keineswegs alle Probleme der Friedenssicherung und Rüstungszügelung. Vor allem zwei Gründe sind hierfür verantwortlich: Der qualitative Aspekt der Rüstungskonkurrenz bleibt von den Vereinbarungen weithin unberührt; die notwendige Regelung der kontinental-strategischen Kräfteverhältnisse ist, von einigen einseitigen Ansätzen abgesehen, unterblieben. Die MBFR-Verhandlungen, die einen ersten Schritt zu einem Ost-West-Einvernehmen über die Truppen- und Rüstungsstärken auf dem europäischen Schauplatz erbringen sollten, sind festgefahren. Die Fortschritte, welche die Entspannung in politischer Hinsicht gemacht hat, drohen durch die nicht beigelegten Gegensätze auf militärischem Gebiet beeinträchtigt, vielleicht sogar in Frage gestellt zu werden.

Das militärische Kräfteverhältnis hat sich nicht zuletzt darum als bisher nicht regelbar erwiesen, weil es kein einheitliches Konzept gibt, welches das angestrebte Arrangement im militärischen Bereich mit den Aufgaben der Friedenssicherung zwischen Ost und West und der Sicherheit aller beteiligten Staaten verknüpfen würde. Überdies weichen die Auffassungen darüber, was militärische Parität auf den einzelnen militärischen Ebenen konkret bedeutet, auf bisher nicht miteinander zu vereinbarende Weise voneinander ab. Daher ist zu fragen:

1. Nach welchen Kriterien sollte das militärische Kräfteverhältnis auf den verschiedenen Ebenen strukturiert werden, um zum einen dem Erfordernis der wechselseitigen Zurückhaltung im Krisenfälle (Schaffung eines wechselseitigen Anreizes zu de-eskalatorischem politisch-militärischen Vorgehen) und zum anderen dem Erfordernis einer wechselseitigen Rüstungsbeschränkung im Friedensfälle (Eliminierung des Anreizes zu permanent neuen Sicherheitsvorkehrungen mittels eskalatorisch wirkenden Rüstens) gerecht zu werden?

2. Ist das hinsichtlich seiner praktischen Anwendung strittige Prinzip der militärischen Parität ein notwendiges und geeignetes Leitbild, um diesen Erfordernissen zu entsprechen?

Eine Diskussion über diese Fragen könnte in der gegenwärtig kritischen Situation die Überlegungen über Wahrung und Weiterentwicklung der Entspannung voranbringen, indem sie die Defizite, welche die Entspannung insgesamt gefährden, zum Objekt kritischen Nachdenkens und politischer Erwägung macht. Daraus könnte dann vielleicht auch der weithin abgebrochene Ost-West-Dialog über die Entspannung im militärischen Bereich neue Nahrung schöpfen. Als erster Versuch in dieser Richtung sind die folgenden Ausführungen gedacht.

Kriterien des Friedens und der Sicherheit

Das überragende Interesse der Staaten in Ost und West geht dahin, einen Krieg gegeneinander zu vermeiden. Eine derartige militärische Auseinandersetzung wäre durch das ungeheure Ausmaß an Zerstörung, das vor allem von dem dann zu erwartenden Einsatz nuklearer Kampfmittel zu erwarten wäre, auch für die beiden Supermächte objektiv unannehmbar. Darüber hinaus ist es das lagebedingte Interesse der kleineren europäischen Länder, daß es auch nicht zu geographisch oder waffenmäßig beschränkten Militärationen in Europa kommt. Soweit das Risiko der Kriegführung mit dem Risiko eines nuklearen Schlagabtauschs zwischen den Supermächten verknüpft erscheint, sehen die europäischen Mittel- und Kleinstaaten eine objektiv verlässliche Grundlage für die Wahrung des Friedens gegeben. Zugleich bemühen sie sich darum, alle in Europa präsenten Mächte — vor allem

aber die beiden Weltmächte — auf eine Politik der ausnahmslosen und unbedingten Kriegsvermeidung festzulegen. Die Bundesrepublik Deutschland gehört aufgrund ihrer exponierten Lage zu denjenigen Ländern, die das Prinzip der Kriegsabstinenz am entschiedensten und konsequentesten verfechten.

Dementsprechend haben die Länder in Ost und West dem Grundsatz des Gewaltverzichts in ihren Verträgen und in der KSZE-Schlußakte einen zentralen Platz eingeräumt. Die Staaten begeben sich demnach des Rechts, militärische Gewalt gegeneinander anzuwenden, anzudrohen und zu manifestieren. Die allseitige Akzeptierung dieser Verhaltensregel kann als ein wichtiger völkerrechtlicher Fortschritt auf eine Friedensordnung in Europa hin gelten. Das Bekenntnis zum Gewaltverzicht bedeutet freilich noch nicht, daß die

Kriegsverhütung auch praktisch gewährleistet wäre. Es genügt nicht, das Recht auf Gewaltgebrauch durch feierliche Erklärungen und Verpflichtungen abzuschaffen. Mindestens ebenso wichtig ist, daß in den zwischenstaatlichen Beziehungen die Anreize für einen Gewaltgebrauch entfallen. Mehr noch: Es sollte darüber hinaus Anreize geben, die den Mächten unter allen denkbaren Umständen die Vermeidung jeden Gewaltgebrauchs nahelegen.

Ein häufig gebrauchtes Argument lautet, daß die Entspannung den Frieden sicherer gemacht habe. Das ist richtig, gilt aber nur für einen Teil der Probleme. Eine der großen Errungenschaften des bisherigen Entspannungsprozesses besteht darin, krisen- und kriegsträchtige Spannungsherde (wie beispielsweise die Berlin-Frage) eingegrenzt, geregelt und damit entschärft zu haben. Auch wenn es dabei nicht gelungen ist, die bestehenden Konflikte durch ein völliges Einvernehmen zu lösen, so haben sich doch die streitenden Seiten zumindest auf Verfahrensweisen geeinigt, wie sie die Konflikte künftig so handhaben wollen, daß sie den Frieden und das Auskommen zwischen Ost und West nicht gefährden. Auf diese Weise ist ein dauerhafter Modus vivendi entstanden, der die Funktion einer vorbeugenden Konfliktentschärfung hat und so dem Frieden in Europa ebenso dient wie der Sicherheit der beteiligten Staaten vor Unruhe und Gewalt in ihrem wechselseitigen Verhältnis.

Diese Fortschritte, die uns die Entspannung gebracht hat, gewährleisten jedoch den Frieden und die Sicherheit nicht unter allen Umständen. Das Entstehen von Krisen läßt sich unter den gegenwärtig herrschenden Bedingungen nicht mit hundertprozentiger Zuverlässigkeit ausschließen. Wer etwa die Ost-West-Auseinandersetzungen in Berlin seit Inkrafttreten des Vier-Mächte-Abkommens verfolgt hat, weiß nur zu gut, wie kontrovers viele der wechselseitigen Standpunkte in Theorie und Praxis sind und daß es schon wiederholt Ansätze zu einer Eskalation der Gegensätze gegeben hat. Es besteht keine völlige Gewißheit, daß die Beteiligten stets, wie es bisher die Regel war, bei kritischen Zuspitzungen wieder zur Vernunft der Mäßigung zurückfinden werden. Weitere Krisengefahr könnte bei unglücklicher Verknüpfung der Umstände von der Auseinandersetzung in und um sogenannte „Grauzonen“ zwischen NATO und Warschauer Pakt ausgehen, in denen die beiden Bündnisse ihre Interessen und Verantwortlichkeiten nicht klar gegeneinander abge-

grenzt haben. Als wahrscheinlichstes Friedensrisiko muß freilich die Möglichkeit gelten, daß eine Krise von der Dritten Welt, in der die Regeln wechselseitiger Zurückhaltung von Ost und West bisher noch keine Geltung erlangt haben, auf Europa übergreift. Solange und soweit die Sowjetunion mit ihren Verbündeten im Nahen Osten, in Afrika und in Südostasien die bewaffnete Austragung lokale Konflikte ermutigt, unterstützt und machtpolitisch ausnutzt, besteht die Gefahr einer ernstlichen Bedrohung vitaler westlicher Interessen und damit die Gefahr der Transformation in einen direkten Ost-West-Konflikt.

Das alles bedeutet: Der sachliche Umfang und die geographische Reichweite der Entspannung sind bislang beschränkt geblieben, viele der grundlegenden Gegensätze zwischen Ost und West konnten noch nicht ausgeräumt werden — und daher bleibt, ungeachtet des gegenteiligen Bemühens beider Seiten, der Ausbruch von Krisen eine Möglichkeit im Ost-West-Verhältnis, auf die man gefaßt sein muß, um notfalls deren Transformation in eine Kriegssituation verhüten zu können. Gerade wenn man eine bewaffnete Konfrontation stets zuverlässig vermeiden will, kann man den Eventualfall eines Krieges nicht ignorieren, sondern muß Vorkehrungen für friedliche Regelungen treffen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines militärischen Kräfteverhältnisses, das den beteiligten Mächten bzw. Bündnissen im Falle einer akuten Krise die Wahl des Friedens — und nicht etwa die des Krieges — nahelegt. Das militärische Kräfteverhältnis muß so beschaffen sein, daß beide Konfliktparteien unter allen Umständen ein überwiegendes Interesse an der Wahrung des Friedens und an der Vermeidung des Krieges haben. Auf diese Weise würde der Gewaltgebrauch in den zwischenstaatlichen Beziehungen, der aufgrund des allseits beschworenen Prinzips des Gewaltverzichts keine rechtliche Basis mehr besitzt, auch in seiner praktischen Möglichkeit eingeeengt. Um dies zu erreichen, müßte das militärische Kräfteverhältnis unter dem Gesichtspunkt der Stabilität strukturiert werden. Stabilität ist nicht mit Parität gleichbedeutend. Als entscheidendes Erfordernis gilt vielmehr, daß diejenige Seite, die sich im Krisenfall zurückhält und auf die Initiative des militärischen Erstschlages verzichtet, davon keinen Nachteil haben darf. Mit anderen Worten: Wer sich zu einem ausschließlich defensiven und abwartenden Verhalten entschließt, darf, wenn es dann trotzdem zum Kriege kommen

sollte, deswegen nicht schlechter dastehen als der Angreifer.

Die Überlegung dabei ist, der Logik der De-eskalation den Vorrang gegenüber der Logik der Eskalation einzuräumen. Wer sich nicht in die militärische Konfrontation drängen läßt, soll auch für den Fall, daß er trotzdem in einen Krieg verwickelt werden sollte, keinen Nachteil zu befürchten haben. Das würde zugleich bedeuten, daß er für den Fall, daß seine abwartende Haltung zur Kriegsverhütung führt, den Bonus des bewahrten Friedens einstreichen kann. Das Streben nach Kriegsverhütung ist dann also nicht mit dem Risiko eines Nachteils im Kriegsfall belastet. Diese Logik muß für beide Seiten gelten, die dann vernünftigerweise die Optionen der militärischen Zurückhaltung gegenüber denen der kriegerischen Initiative bevorzugen werden. Wenn beide Seiten von dieser ihrer Interessenlage wissen, werden sie daraus überdies die Zuversicht schöpfen, daß auch der Gegner sein Verhalten gleichermaßen auf Kriegsverhütung abstellen wird.

Bei instabilen Lagen dagegen droht sich eine gefährliche, eskalatorische Eigendynamik zu entwickeln, die sich selbst gegen den grundsätzlichen Friedenswillen beider Seiten durchsetzen kann. Staatsführungen, deren Lebensinteressen während einer Krise hart aufeinanderstoßen, haben die ebenso natürliche wie fatale Neigung, ihre Lage als maximal bedrohlich anzusehen und vom Gegner das schlimmstmögliche Verhalten zu erwarten. Die eigene Situation erscheint dann extrem gefährdet. Daher gelten dann äußerste Sicherheitsvorkehrungen als geboten, damit man der Bedrohung, so wie man sie zu erkennen glaubt, überhaupt noch mit Aussicht auf Erfolg entgegenwirken kann. Diese Vorkehrungen jedoch signalisieren der anderen Seite, daß die — auch von ihr befürchtete — äußerste Bedrohung Gestalt annimmt. Dementsprechend erfolgt eine entsprechende Reaktion, die zwar abwehrend gemeint ist, aber auf der anderen Seite wieder als aggressiv aufgefaßt wird. Auf diese Weise eskalieren die Beziehungen immer weiter von militärischer Reaktion zu militärischer Gegenreaktion, bis schließlich eine Seite den Krieg für unausweichlich hält und ihn daher anfängt, um sich wenigstens den Vorteil des Überraschungseffekts zunutze zu machen. Unter diesen Umständen muß es das notwendige Bestreben der anderen Seite sein, diesem zu erwartenden Ereignis rechtzeitig durch einen eigenen Erstschlag zuvorzukommen. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges

kann als traurige Illustration dafür dienen, wie die Logik der kriegerischen Eskalation Regierungen in ihren Bann schlagen kann, die eigentlich viel lieber den Krieg vermieden hätten.

Derartige Instabilität beruht auf der Voraussetzung, daß das bestehende militärische Kräfteverhältnis derjenigen Seite, die den militärischen Erstschlag führt, einen wesentlichen Kriegführungsvorteil einräumt. Das konfrontiert die konfligierenden Seiten im Krisenfall mit der mißlichen Wahl zwischen einem Verhalten der militärischen Zurückhaltung, das zwar mit größerer Wahrscheinlichkeit die angestrebte Kriegsvermeidung nach sich zieht, aber zugleich bei einem Scheitern der Kriegsvermeidungspolitik mit ernstlichen Risiken für die Sicherheit des eigenen Landes belastet ist, und einem Verhalten des militärischen Draufsatteln, das zwar die Friedenswahrung gefährdet, aber im Kriegsfall vorteilhaft ist. Je wahrscheinlicher der Krieg nach Ansicht der Entscheidungsträger ist, desto mehr wächst deren Neigung, für den Kriegsfall vorzusorgen und dementsprechend den Erfordernissen der Kriegsvermeidung entgegenzuhandeln. Es verschärft die Situation, wenn ein Gefühl eigener militärischer Schwäche gegenüber der anderen Seite vorhanden ist: Eine beim Gegner angenommene Überlegenheit nährt die Meinung, daß dieser sich Siegesaussichten ausrechnet und daher vielleicht nur wenig gegen den Ausbruch eines Krieges habe.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt auch die Forderung nach einer Ausgewogenheit des militärischen Kräfteverhältnisses einen Stellenwert. Keine der Seiten, so ist die Logik, soll sich im Kriegsfall Hoffnungen auf einen Sieg machen können, der sie möglicherweise in erheblichem Umfang für die drohenden Zerstörungen „entschädigen“ oder ihr den Eindruck eines relativ geringeren Kriegsrisikos vermitteln könnte. Stabilität beruht demnach auf zwei Faktoren. In einer Krisenlage dürfen militärische Vorkehrungen und militärisches Dem-anderen-Zuvorkommen keine Prämie abwerfen; ein akuter Spannungszustand pendelt sich daher wieder in die Ruhelage allseitiger militärischer Zurückhaltung ein. Zugleich muß die Kriegsaussicht für beide Seiten gleichermaßen — und das heißt auch ohne jeden „Trost“ schließlichen Oberhandgewinns für einen der Beteiligten — mit der Folge unerträglichen Schadens verknüpft sein, damit das Interesse an der De-eskalation eines drohenden militärischen Konflikts allseits unge-

mischt ist. Unter solchen Bedingungen werden die konfligierenden Seiten auch im Fall einer akuten Krise alle Möglichkeiten der Kriegsvermeidung auszuschöpfen suchen: Einen zusätzlichen Schaden hat keine Seite, wenn der Krieg trotzdem ausbrechen sollte; dagegen erlangen alle Beteiligten einen unschätzbaren Vorteil, wenn der Friede gewahrt werden kann. Eine derartige Versicherung gegen die Kriegsgefahr bedeutet für alle Staaten eine gleich gute Sicherheit.

Die Logik der Stabilität gilt auf weniger dramatische Weise auch in der Situation des Wettrüstens, die uns leider so vertraut ist. Die Rüstungsdynamik in beiden Bündnissen nährt sich heute glücklicherweise nicht mehr durch die akute Erwartung, daß die jeweils andere Seite einen Angriff vorbereitet, den man akut abschrecken und notfalls abwehren müsse. Aber darum fühlt sich noch keine Seite sicher. Ost und West sind nach wie vor durch vielfältige machtpolitische und ideologische Konflikte voneinander getrennt, deren friedliche Austragung nicht automatisch gewährleistet ist. Der Ost-West-Krieg stellt daher eine zwar nicht gewollte, wohl aber mögliche Eventualität dar. Im Blick darauf treffen die Staaten militärische Vorsorge: Sie rüsten, um sich im Falle eines zwar nicht gewollten, aber für möglich gehaltenen Krieges behaupten zu können. Dabei verhalten sie sich grundsätzlich genau so wie in einer Krise: Sie tendieren dazu, die militärischen Fähigkeiten des anderen zu übertreiben und entsprechend große Gegenanstrengungen für erforderlich zu halten — und das wiederum fordert auf der Gegenseite in dem Gefühl latenten Bedrohtheits zu weiterer Rüstung heraus.

Dieses wechselseitige Hinaufschaukeln hat keinen Endpunkt. Keine der Seiten kann al-

lein von sich aus anhalten, weil sie fürchten muß, daß sich der Gegner erst bei einer eindeutigen militärischen Überlegenheit hinreichend „sicher“ fühlen wird. Kein Staat oder Staatenverband jedoch wird bereit sein, generell und langfristig seine militärische Unterlegenheit zu akzeptieren. Relative militärische Ohnmacht ist in einer Welt, in der Kriege geführt werden können, ein untragbares Risiko — und zwar auch dann, wenn es nicht zu einem militärischen Konflikt kommt. Wer im Gegensatz zum anderen die Option der Kriegführung besitzt, kann unter bestimmten Umständen von Konfliktgegnern Anpassung oder sogar Unterwerfung verlangen. Das Erfordernis politischer Selbstbehauptung setzt daher den direkten oder indirekten Rückgriff auf ausreichende militärische Macht voraus. Daher kann die Situation des Wettrüstens genau wie eine akute Krise in den zwischenstaatlichen Beziehungen nur gemeinschaftlich von allen Beteiligten gemeistert werden.

Der Festlegung eines stabilitätswahrenden militärischen Kräfteverhältnisses kommt dabei die entscheidende Bedeutung zu. Wäre dies erst einmal erreicht, dann wäre die Senkung des Rüstungsniveaus kein größeres Problem mehr. Wenn erst einmal der Umfang der militärischen Kapazitäten im Verhältnis zu den potentiellen Gegnern so festgelegt wäre, daß die Sorgen um die eigene Sicherheit entfallen könnten, dann besäße jede Seite das natürliche Interesse, daß die festgelegte Relation der Kräfte mit möglichst wenig Aufwand hergestellt werden würde. Unter solchen Voraussetzungen erschiene es denkbar, zu einer kooperativen Sicherheitswahrung zu gelangen, bei der die Logik des militärischen Antagonismus — die Logik des „Wer besiegt im Kriegsfall wen?“ — überwunden werden würde.

Modelle des Friedens und der Sicherheit

In der öffentlichen Diskussion ist immer wieder von Modellen der Wahrung von Frieden und Sicherheit die Rede, die auf anderen Überlegungen als denen der Stabilität beruhen. Eine Vorstellung geht dahin, daß die Verwirklichung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung die Probleme lösen könnte. Alle Staaten, so heißt es, sollten sich in ihrem wechselseitigen Verhältnis total ihrer militärischen Bedrohungsfähigkeiten begeben. Meistens wird dann erläuternd hinzugefügt, bewaffnete Kräfte sollten nur noch zwecks Aufrechterhaltung der inneren Ordnung in den

einzelnen Ländern bereit stehen. Mangels militärischer Bedrohungskapazitäten würden dann die Staaten genötigt sein, ihre Konflikte mit anderen — nämlich mit friedlichen — Mitgliedern auszutragen.

Das klingt plausibel und verführerisch zugleich. Bei genauerer Betrachtung jedoch treten die Schwächen dieses Denkansatzes hervor. Wo liegen denn die Grenzen zwischen dem Umfang an bewaffneter Macht, die zur Wahrung der innerstaatlichen Ordnung erforderlich ist, und derjenigen militärischer Stär-

ke, die darüber hinausgeht und die daher für den Gebrauch nach außen hin frei ist? Überzeugende Kriterien dafür lassen sich nicht finden, und es läßt sich unschwer voraussehen, daß die einzelnen Staaten hierfür höchst unterschiedliche Größenordnungen in Ansatz bringen werden. Wie läßt sich gewährleisten, daß bewaffnete Macht, die für innenpolitische Zwecke bereitgestellt ist, nicht auch zu außenpolitischen Pressionen und Aktionen Verwendung findet? Auch wenn die Bewaffung auf das für polizeiliche Zwecke Geeignete beschränkt würde, böte dies keine ausreichende Garantie, weil in einer sonst entwaffneten Welt diese heutzutage militärisch bedeutungslosen Kampfmittel eine entscheidende Bedeutung erlangen würden.

Wie soll sichergestellt sein, daß keiner der rund 150 Staaten unseres Erdballs heimlich Waffen und Kämpfer zurückbehält bzw. hervorbringt, die über die vereinbarten quantitativen und qualitativen Begrenzungen hinausgehen? Das Beispiel der Weimarer Republik, die als Staatswesen mit einem hohen Grad an Demokratie, Pluralität und Transparenz und als ein gezielter ausländischer Kontrolle ausgesetztes Gebiet denkbar günstige Voraussetzungen für eine wirksame Überwachung bot, gibt da zu wenig Optimismus Anlaß. Wer hätte schließlich den Willen und die Macht, vertragsbrüchige Staaten zur Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen zu zwingen? Internationale Organisationen einschließlich Völkerbund und UNO haben in solchen Fragen bisher selten einmütige Geschlossenheit produziert; sie sind überdies durch den fehlenden Willen ihrer Mitgliedsstaaten, ihnen ein exekutives Mandat zu übertragen, im Zweifel jeder Durchsetzungsfähigkeit beraubt. Zu all dem kommt schließlich noch der Umstand, daß Länder, die einmal das für militärische Organisation und militärische Technik erforderliche Können erworben haben, dieses auch nach langer Zeit im Bedarfsfall sehr schnell wieder praktizieren können. Je niedriger der allgemeine Rüstungsstand ist, desto leichter und schneller läßt sich dies bewerkstelligen. Die Versuche der Siegermächte von 1945, den Deutschen durch eine totale „industrielle Entwaffnung“ (bis hin zu einer Reagrarisierung Morgenthauischer Prägung) dauerhaft jede objektive Fähigkeit zu militärischer Machtentfaltung zu nehmen, machen die innere Unmöglichkeit solchen Beginnens deutlich.

Ein anderes Modell, das allseits Frieden und Sicherheit gewährleisten soll, ist das eines kollektiven Sicherheitssystems. Demnach hat je-

der Teilnehmerstaat, der Opfer eines Angriffs werden sollte, das Recht auf den Beistand aller übrigen. Auf diese Weise soll die angegriffene Seite immer die überwältigende Mehrheit aller Länder und folglich auch eine überlegene militärische Stärke für sich beanspruchen können. Das würde darauf hinauslaufen, daß der potentielle Angreifer keinen Erfolg zu erwarten hat und daher von vornherein von einer Ausführung seiner Absichten abgeschreckt wird.

Das Funktionieren eines solchen Systems hängt davon ab, daß die nicht-betroffenen Staaten im Krisen- und Kriegsfall augenblicklich die Zusammenhänge erkennen können und nach dieser Einsicht unter Einsatz ihrer gesamten Existenz zu handeln bereit sind. Gerade dies aber ist nach allen historischen Erfahrungen — beispielsweise mit der Untätigkeit des Völkerbundes gegenüber den Aggressoren Mussolini und Hitler — nicht anzunehmen. In einer Krise ist die Schuldsituation oft genug unklar, und dort, wo sie eigentlich klar sein könnte, ziehen es die Staaten nur zu gerne vor, sich der angebotenen Vernebelungen als Ausreden zu bedienen, um ausschließlich nach ihren jeweiligen Interessen handeln zu können — nicht selten bis hin zur Unterstützung des Angreifers. Ein kollektives Sicherheitssystem wird daher seinem Anspruch nicht gerecht und bietet seinen Teilnehmerstaaten nichts weniger als die Gewähr einer Sicherheit vor militärischem Gewaltgebrauch.

Ein jahrhundertealtes Modell der Wahrung von Frieden und Sicherheit beruht auf dem Gedanken der gewährleisteten Verteidigungsfähigkeit. Gegenüber einem möglichen gegnerischen Angriff erscheint die Verfügung über militärische Kapazitäten notwendig, die den Erfolg von Abwehr und Vergeltung garantieren. Die eigene Stärke soll den Angriff des Gegners, der drohen könnte, zunichte machen. Die Maxime lautet: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.“ Dieses Konzept läßt ein gewisses Ausmaß an militärischer Überlegenheit gegenüber dem potentiellen Angreifer geboten erscheinen. Nur wenn man als Verteidiger dem anderen, der als der zu zügelnde Aggressor gilt, ein hinreichendes Kriegsrisiko — nämlich nicht nur die Zurückweisung seines Angriffs, sondern auch eine nachfolgende Niederlage — glaubhaft machen kann, hat er die militärische Auseinandersetzung wirklich zu fürchten und wird daher von ihr unbedingt Abstand nehmen. Die Problematik dieser Form von Kriegsverhütung liegt

darin, daß die Logik einer wechselseitigen Eskalation obwaltet. Die Tendenz geht dahin, daß beide Seiten einander als Bedroher ansehen und dementsprechend um militärische Überlegenheit konkurrieren. Krisenhafte Konfrontationen und Wettläufe im Rüstungsbereich sind damit vorprogrammiert.

Einen Ausweg bietet das Modell der wechselseitigen Fähigkeit zur „Bestrafung“. Mit der Metapher der Strafandrohung wird hier die Aussicht bezeichnet, die der einen wie der anderen Seite winkt, falls sie in einen Krieg eintreten sollte. Wenn beide Seiten jeweils die andere vernichten treffen können und diese Fähigkeit nicht wesentlich davon beeinflusst wird, inwieweit sie selbst bereits zuvor angeschlagen worden sind, dann kann militärische Macht im Krisen- und Kriegsfall nicht mehr dazu gebraucht werden, um befürchteten Schaden vom eigenen Land abzuwenden und die andere Seite in eine relativ unterlegene Position zu versetzen. Der Ausbruch eines Krieges bedeutet dann für die Beteiligten nur noch das Eintreten katastrophaler Folgen, die auch dadurch nicht verringert werden können, daß man selbst losschlägt. Unter diesen Umständen können die Gegner auch in einer Situation akuter Krise vernünftigerweise nur ein Maximum an Abwarten und Zurückhaltung zeigen, um auch die kleinste Chance der Kriegsverhütung zu nutzen. Dies aber gibt beiden Seiten die bestmögliche Gewißheit, daß der Konfliktgegner an einer Kriegsinitiative gehindert ist. Die wechselseitige Fähigkeit zur „Bestrafung“ unabhängig von den Modalitäten der Kriegseinleitung führt dazu, daß man wechselseitig den Willen bekundet und demonstriert, vom Gebrauch militärischer Gewalt Abstand zu nehmen. In der französischen

Sprache gibt es für diesen Prozeß die treffende Bezeichnung „dissuasion“, d.h. Vorgang des Überzeugens, etwas (nämlich die Initiierung eines Krieges) zu unterlassen.

Die Verwirklichung eines solchen Konzepts würde auch das Problem des Rüstungswettlaufs lösen. Es geht dann nicht mehr darum, die andere Seite durch das Vorweisen überlegener Abwehr- und Vergeltungskapazitäten vom Krieg abzuschrecken. Vielmehr besitzt jeder — gemäß dem Prinzip der gleich guten Sicherheit für die Beteiligten — ausschließlich die Fähigkeit, dem anderen die Eventualität des Krieges zu einem Fall unabgeschwächter Verneinung zu machen und ihn damit von der uneingeschränkten Unannehmbarkeit dieser Eventualität zu überzeugen. Dabei wird dem anderen eine gleichartige Fähigkeit zur „Bestrafung“ der eigenen Seite zugestanden, falls man den Krieg beginnen sollte. Die in Aussicht gestellte „Bestrafung“ bedeutet aber für niemanden eine Drohung, weil sie nur dazu bestimmt ist, wechselseitig einen unwiderstehlichen Anreiz zur Kriegsverhütung zu schaffen. Dabei ist die „Strafandrohung“ so gewaltig und so zuverlässig, daß mit ihrer Ausführung nicht gerechnet zu werden braucht. Solange die wechselseitige Fähigkeit zur „Bestrafung“ (vor allem durch die Waffen des weitreichenden nuklearen Zweitschlags) gewährleistet ist, können beide Seiten auf militärische Überlegenheit gegeneinander verzichten und sich mit einem Mindestmaß an Rüstung begnügen: Es geht nicht mehr um Sieg oder Niederlage im Kriegsfall, sondern allein noch um die Verhütung des Krieges. Damit ist die Logik des Antagonismus überwunden. Auf dieser Basis wird kooperative Sicherheitswahrung zur konkreten Möglichkeit.

Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West im Lichte der vorgetragenen Überlegungen

Das militärische Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt hat mehrere verschiedene Ebenen. Da ist zunächst die globalstrategische Ebene, zu der die interkontinentalen Trägerwaffen der beiden Weltmächte zählen. Darunter liegen die kontinentalstrategischen Ebenen mit den sogenannten Mittelstreckensystemen, die sich in den Händen der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Chinas befinden. Für das Ost-West-Verhältnis in Europa ist speziell die euro-strategische Ebene wichtig. Als unterster Bereich ist die Gefechtsfeldebene mit ihren

nuklearen und konventionellen Komponenten anzusehen.

Die Situation der beiden Bündnisse im Verhältnis zu diesen drei militärischen Ebenen ist ungleichartig. Die östliche Seite bildet — im Gegensatz zu den NATO-Staaten — eine geopolitische Einheit. Daher erscheint es von vornherein undenkbar, daß das Gebiet, das unter dem Schutz exklusiv sowjetischer Waffensysteme steht, nicht die kleineren Warschauer-Pakt-Länder als das unmittelbare Vorfeld der UdSSR mit umfassen könnte.

Demgegenüber wäre es im westlichen Bündnis theoretisch vorstellbar, daß die amerikanische Führungsmacht sich nur für Belange der nationalen Sicherheit einsetzt. Daher müssen spezielle Vorkehrungen — die Stationierung amerikanischer Truppen und auch Nuklearwaffen auf europäischem NATO-Territorium — gewährleisten, daß die Sicherheit Westeuropas mit derjenigen der USA zuverlässig gekoppelt ist. Dieser Umstand konvergiert mit den Erfordernissen des Konzepts wechselseitiger „Bestrafung“: Der Zusammenhang der unteren Ebenen mit der obersten Ebene ist demnach notwendig, weil nur „oben“ ein unannehmbarer Schaden für die beiden Supermächte entstehen kann.

Eine weitere Differenz betrifft die Vorbereitungen für den Kriegsfall. Die sowjetische Praxis geht dahin, daß eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Westen auch allein auf unteren Ebenen ausgetragen werden kann, auch wenn ein solcher Fall als wenig wahrscheinlich gilt. Die NATO-Strategie dagegen beruht auf der Einschätzung, daß die Verteidigungsfähigkeit in Europa auf allein den unteren Ebenen nur bedingt vorhanden ist und daß daher auf längere Dauer wahrscheinlich ein Ausgleich durch den Rückgriff auf höhere Ebenen notwendig werden würde. Der Unterschied führt dazu, daß die UdSSR auch im Falle eines langdauernden Krieges nicht notwendigerweise nukleare Gefechtsfeldwaffen, kontinental-strategische Systeme oder gar Interkontinentalraketen einzusetzen braucht, während sich im westlichen Lager voraussichtlich bald die Frage nach dem Gebrauch zumindest von taktischen Kernwaffen stellen würde. Das vitale Interesse der Westeuropäer daran, daß die beiden Supermächte jedweden Krieg auf dem europäischen Schauplatz für nicht führbar erachten, verstärkt darüber hinaus die Neigung auf seiten der NATO, das qualitative und geographische Ausweitungsrisko eines solchen Krieges hervorzuheben.

Auf der global-strategischen Ebene lassen sich das Postulat der Stabilität und das Modell der wechselseitigen Fähigkeit zur „Bestrafung“ am reinsten darstellen und verwirklichen — mittels des Konzepts der wechselseitig gewährleisteten Zweitschlagsfähigkeit. Das besagt: Die USA und die UdSSR können mit ihren interkontinentalen Trägern die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Organisation des anderen Landes jeweils zerstören, und dabei macht es keinen wesentlichen Unterschied, ob die Träger vor oder nach einem gegnerischen Erstschlag auf den Weg gebracht

werden. Dies ist möglich, wenn die Trägermittel einen feindlichen Angriff weitgehend unbeeinträchtigt überdauern können, weil sie entweder nicht mit hinreichender Genauigkeit getroffen oder aber nur in allzu geringer Zahl geortet werden können.

Die Sorge vieler Amerikaner im Zusammenhang mit SALT II geht dahin, daß qualitatives Nachziehen zusammen mit vorhandenen quantitativen Überlegenheitsmomenten der UdSSR in den achtziger Jahren eine Erstschlagsfähigkeit verschaffen könnte, d.h., daß dann ein sowjetischer Raketenangriff den amerikanischen Vergeltungsschlag wesentlich abschwächen würde. Betrachtet man die Situation aus der sowjetischen Perspektive, dann lassen sich gleichartige Befürchtungen hinsichtlich eines möglichen amerikanischen Erstschlages formulieren. Wenn beide Thesen richtig sind, dann bildet sich eine Lage wechselseitiger Erstschlagsfähigkeit mit dem Resultat wechselseitig gefährdeter Zweitschlagsfähigkeit heraus — also Instabilität auf der Grundlage von Parität. Allerdings läßt sich bezweifeln, ob angesichts der katastrophalen Wirkungen auch eines abgeschwächten Zweitschlages die — theoretisch vorhandene — Instabilität praktisch durchschlägt. Es erscheint schwer vorstellbar, daß für die eine oder andere Seite der Umstand einer zwar ungeheuerlichen, aber im Vergleich zum Gegner reduzierten Verwüstung im eigenen Land den nuklearen Erstschlag attraktiver machen könnte.

Auf der euro-strategischen Ebene bilden die nuklearen Träger der USA, Großbritanniens und Frankreichs in und um Westeuropa nach den Erkenntnissen der amerikanischen Satellitenaufklärung kein ausreichendes Gegengewicht gegen die sowjetischen Mittelstreckensysteme. Die Situation erscheint noch zusätzlich verschärft durch den Qualitätsvorsprung, den sich die UdSSR mit der SS-20 verschafft. Vor allem die fortschreitende Dislozierung dieser Rakete läßt der NATO eine Abhilfe durch eigene Nachrüstung immer dringlicher erscheinen. Die euro-strategische Stabilität gilt als bedroht, weil vermutet wird, die sowjetischen Raketen könnten in absehbarer Zeit einen so vernichtenden Erstschlag gegen westeuropäische Ziele führen, daß ein nachfolgendes Eingreifen der in den USA stationierten strategischen Träger sinnlos werden würde. Von sowjetischer Seite wird dieser Einschätzung des euro-strategischen Kräfteverhältnisses nachdrücklich widersprochen: Es bestehe, so heißt es, eine mit großer Mühe

schließlich erreichte „annähernde Parität“. Anders als die westlichen Angaben wird diese Aussage nicht näher spezifiziert, so daß sie sich der Diskussion und Nachprüfung entzieht. Nach sowjetischen Andeutungen zu urteilen, spielen bei der unterschiedlichen Situationsbewertung differierende Kriterien eine wesentliche Rolle.

Seit den Anfängen von SALT I kommt die sowjetische Seite immer wieder auf das Problem der sogenannten „vorne stationierten Systeme“ in Europa zu sprechen. Welche Waffen unter diesen Begriff fallen sollen, ist nie eindeutig abgegrenzt worden. Erläutert wird freilich, daß es sich um alle Kernwaffen handle, mit denen die Amerikaner und ihre Verbündeten sowjetisches Territorium erreichen könnten. Nach sowjetischer Ansicht ist die strategische Gleichung so zu definieren, daß die Waffen, die sich gegen sowjetische Ziele richten, gegen die die USA bedrohenden Interkontinentalraketen der UdSSR aufgerechnet werden. Die Frage der Reichweiten sei dabei unerheblich, denn schließlich komme es nicht auf die Art des Transports, sondern auf die im Endergebnis hervorrufbare Wirkung an. Die Amerikaner erscheinen, solange sie die Einbeziehung ihrer entsprechenden weniger weitreichenden Träger (bis hin zu denen taktischer Art) verweigern, der Inanspruchnahme exklusiver Sondervorteile im Kräfteverhältnis zwischen den beiden Supermächten verdächtig.

Die sowjetische Argumentation klingt überzeugend, solange man einen entscheidenden Gesichtspunkt außer Betracht läßt. Ginge es nur um die strategische Relation zwischen USA und UdSSR, dann ließe sich gegen die sowjetischen Darlegungen nichts einwenden. In den sowjetischen Thesen kommt Westeuropa nur als Stationierungsbasis amerikanischer Kernwaffen vor — ganz so, als ob sich damit seine Funktion in den Ost-West-Beziehungen erschöpfe und als ob es ansonsten eine unbewohnte Region ohne eigene Rechtsansprüche wäre. In Wirklichkeit jedoch besitzt Westeuropa ein erhebliches politisches und wirtschaftliches Gewicht mit allen daraus resultierenden Sicherheitsbedürfnissen. Wenn man dies berücksichtigt, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Die „vorne stationierten Systeme“ auf dem europäischen NATO-Territorium haben primär und wesentlich die Funktion, die gegen dieses gerichteten sowjetischen Mittelstreckenwaffen zu konterkarieren, d.h. für den Schutz Westeuropas da zu sein. Gäbe es sie nicht oder würden sie gegen die sowjetischen

Interkontinentalraketen aufgerechnet, würde jedes Gegengewicht gegen die auf Westeuropa zielenden sowjetischen Mittelstreckenraketen entfallen.

Daher erscheint es sinnvoll, die Träger gleicher Reichweite in eine Beziehung zueinander zu setzen: die Interkontinentalwaffen als die das militärische Verhältnis zwischen beiden Supermächten bestimmenden Faktoren und die Mittelstreckenwaffen als die für die strategische Kräfterelation in Europa (zu dem schließlich auch die UdSSR gehört) maßgeblichen Elemente. Es geht nicht an, den Westeuropäern gegenüber der kontinental-strategischen Bedrohung seitens der Sowjetunion entweder jedes Gegengewicht zu verweigern oder aber dieses durch Doppelzählung in global-strategischem wie in kontinental-strategischem Kontext illusorisch zu machen. Der Grundsatz der gleich guten Sicherheit für alle Seiten besitzt auch im Blick auf Westeuropäische Gültigkeit.

Auf der Ebene des europäischen Gefechtsfeldes bestehen nach den Erkenntnissen der NATO Aufklärungs starke Unausgewogenheiten, welche die Stabilität gefährden. Quantitative Vorteile, die der Warschauer Pakt seit jeher besessen hat, sind demnach seit Ende der sechziger Jahre weiter ausgebaut und durch qualitative Verbesserungen ergänzt worden. Besondere Sorge rief im Westen hervor, daß vor allem die Mittel des Angriffs ausgebaut wurden — zumal es zu den sowjetischen Einsatzprinzipien gehört, im Kriegsfall offensiv an der europäischen NATO-Front vorzugehen. Einer derartigen Einschätzung des Kräfteverhältnisses wird von östlicher Seite widersprochen. Auch für die Gefechtsfeld-Ebene wird die Existenz einer „annähernden Parität“ behauptet. Seit 1976 liegen auch östliche Zahlen auf dem Tisch, welche diese Version erhärten sollten. Es hat sich jedoch noch nicht klären lassen, wie die Differenz zu den Feststellungen der NATO zu erklären ist.

Daher bestehen die Sorgen in den westeuropäischen Ländern unvermindert fort. Die Befürchtungen gehen vor allem dahin, daß die östliche Seite in baldiger Zukunft die Option eines überraschenden Angriffs — d.h. der Möglichkeit, ohne klar erkennbare Vorbereitungen die NATO-Verteidigungslinien anzugreifen und dabei die Chance eines raschen Durchbruchserfolgs zu haben — erlangen könnte. Der UdSSR eine derartige Fähigkeit in Mitteleuropa zu verwehren, kann als vernünftiges Ziel bei den MBFR-Verhandlungen gelten. Da die NATO in der Rolle des Verteidigers

gers grundsätzlich nicht ganz so starke Kräfte benötigt wie ein hypothetischer Angreifer, braucht sie im Sinne eines solchen Stabilitätskonzepts nicht auf voller militärischer Parität zu bestehen. Tatsächlich bedeutet die geforderte Gleichheit der Personalstärken in der Praxis, daß sich das westliche Bündnis mit weniger Verbänden und mit weniger Feuerkraft zufrieden gibt, als sie dem Warschauer Pakt zugestanden werden. Das Resultat einer solchen Übereinkunft wäre lediglich eine Einschränkung des östlichen Übergewichts an der Nahtstelle von Ost und West.

Auf diese Weise, so ist die Überlegung, würde im mitteleuropäischen Raum eine gewisse Stabilität entstehen: Im Krisenfall würde auch der östlichen Seite nicht die Hoffnung winken, durch rasches militärisches Handeln den Gegner vielleicht überrumpeln zu können und so einen Ost-West-Krieg (der sich den Entscheidungsträgern in Moskau bei einer Krise möglicherweise als unausweichlich darstellen könnte) mittels Prävention gleich zu Anfang durch einen raschen Sieg in Europa günstig zu eröffnen. Niemand weiß natürlich, ob die sowjetische Führung unter einem Eindruck, daß westliche Krisenvorkehrungen den Krieg wahrscheinlich machen, die Nerven verlieren und ein entsprechendes Vorgehen beschließen würde. Es würde jedoch im Krisenfall die Nervosität in den NATO-Ländern wesentlich reduzieren, wenn die objektiven Voraussetzungen für derartige Befürchtungen durch ein geeignetes Ost-West-Arrangement beseitigt wären.

Eine beruhigende psychologische Wirkung wäre auch zu erwarten, wenn die sowjetische Seite mit dem Doppelstandard, den ihre Außen- und Sicherheitspolitik vielfach erkennen läßt, Schluß machen würde. Im direkten Ost-West-Verhältnis gelten demnach die Spielregeln der „friedlichen Koexistenz“, insbesondere auch das Gebot des Gewaltverzichts. Bei den Konflikten in der Dritten Welt dagegen wird der „nationale Befreiungskrieg“ als Handlungsnorm proklamiert und bei Bedarf auch praktiziert. Die Sowjetunion geht mit der Unterstützung einiger ihrer Verbündeten daran, Konflikte außerhalb Europas zu verschärfen und einer gewaltsamen Regelung zuzuführen. Das steht in diametralem Gegensatz zu allem, was der Warschauer Pakt als Entspannung zwischen Ost und West postuliert und im europäisch-atlantischen Rahmen realisiert sehen will.

Die militärische Intervention der UdSSR in Afghanistan hat in diesem Zusammenhang

eine besonders ominöse Bedeutung. In einem Land, das zu den neutralen und nicht-gebundenen Staaten zählt, hat die Sowjetunion direkt mit starker Waffengewalt eingegriffen, um ein ihr mißliebig werdendes Regime politisch und physisch auszuschalten, eine von ihr abhängige Regierung einzusetzen und einen Bürgerkrieg in ihrem Sinne zu entscheiden. Die sowjetische Macht, die bis dahin bereits durch zahlreiche Zivil- und Militärberater fast überall in Afghanistan präsent war, nahm die Form einer regelrechten Besatzungsherrschaft an. Damit wurde eine Expansion mittels gewaltsamer Satellisierung zum Abschluß gebracht. Das läßt sich in keiner Weise mit den Erfordernissen der Entspannung und Friedenswahrung in Einklang bringen und unterstreicht, daß eine Spannungspolitik ohne eine gleichzeitige Sicherung der globalen wie regionalen Stabilität (die in Mittelost seit dem Ende der amerikanisch-iranischen Zusammenarbeit und seit der innenpolitischen Auflösung des Iran nicht mehr besteht) nicht möglich ist. Gelegentliche Argumentationen, die darauf hinauslaufen, eine ausschließlich auf Europa bzw. auf das direkte Ost-West-Verhältnis beschränkte Entspannung zu befürworten, mißachten nicht nur die Unabhängigkeits-, Friedens- und Entwicklungsinteressen der neutralen und nicht-gebundenen Staaten, sondern verkennen auch die potentielle Ost-West-Explosivität von militärischen Konflikten in der Dritten Welt, an denen sich eine Seite beteiligt und an denen dann auch die andere Seite im Gefühl der machtpolitischen Konkurrenz — wenn nicht gar aus direktem vitalen Betroffensein heraus — ein Interesse nimmt.

Der Widerspruch zwischen sowjetischer Spannungspolitik in Europa und sowjetischem Spannungs- und Konfrontationsverhalten in anderen Teilen der Welt liegt nicht nur darin, daß in dem einen Fall der Gewaltverzicht und in dem anderen der Gewaltgebrauch zur Maxime erhoben wird. Inkonsequent ist auch, daß in den Ost-West-Konflikten hier die Lebensinteressen der anderen Seite in gewissem Umfange respektiert werden, während sie dort vielfach wenig zurückhaltend behandelt werden. Ist denn, so muß man fragen, die Ost-West-Entspannung teilbar? Daraus resultieren zwei Gefahren: Die Bedrohung westlicher Lebensinteressen auf indirektem Wege kann unter bestimmten Voraussetzungen zu krisenhaften Lagen führen, die auch das direkte Ost-West-Verhältnis berühren. Zugleich wird das Bild, das Regierungen und Öffentlichkeit der westlichen Länder von der östlichen Politik

gewinnen, durch die Aktivitäten in der Dritten Welt wesentlich mitgeprägt, so daß an dieser Stelle über das Klima des Vertrauens oder Mißtrauens in Europa mitentschieden wird.

Ausblick auf künftige Ost-West-Verhandlungen

Auf vielerlei Ebenen stehen Staaten der beiden Bündnisse in Verhandlungen über Sicherheitsprobleme bzw. scheinen auf solche zuzugehen. Das Interesse daran, zu einem Einvernehmen über immer weitere Fragen zu gelangen, ist wechselseitig vorhanden.

Die Auffassungen sind jedoch noch unendlich weit voneinander entfernt. Nach Ansicht der NATO-Staaten kommt einer Wiederherstellung des verlorenen militärischen Gleichgewichts auf den beiden europäischen Ebenen vorrangige Bedeutung zu. Das sowjetische Streben ist demgegenüber darauf gerichtet, das bestehende Kräfteverhältnis möglichst weitgehend vertraglich abzusichern. Diese Politik ist dem westlichen Verdacht ausgesetzt, daß zwar nicht dem Namen, wohl aber der Sache nach Momente einer starken östlichen Überlegenheit festgeschrieben werden sollen. Dem steht der östliche Vorwurf gegenüber, die NATO-Staaten wollten unter der Parole einer Parität erneut militärische Übergewichte zu ihren Gunsten etablieren. Dieser Kontroverse gemäß tendieren die westlichen Verbündeten dazu, der Entschlossenheit zum Nachrüsten zeitliche Priorität einzuräumen und Verhandlungen über ein ausgewogenes Kräfteverhältnis vielleicht erst zu einem späteren Zeitpunkt zu beginnen. Die sowjetische Führung dringt demgegenüber darauf, daß die westlichen Rüstungspläne bedingungslos aufgegeben werden und daß es dann auf dieser Grundlage zu sicherheitspolitischen Ost-West-Verhandlungen kommt.

Hinsichtlich des global-strategischen Kräfteverhältnisses haben die USA und die UdSSR mit dem SALT-II-Vertrag (dessen Ratifizierung und Inkrafttreten freilich noch ausstehen) ein Einvernehmen erzielt, das grundsätzlich auf dem Grundsatz der Parität basiert. Damit ist jedoch erst ein Anfang gemacht. Dringliche Aufgaben harren noch der Lösung bei SALT III. Die Rüstungsbegrenzung in qualitativer Hinsicht ist bislang dürftiges Stückwerk geblieben; daraus resultiert ein Wettlauf nach verbesserten Waffensystemen. Zusammen mit den unzureichenden qualitativen Beschränkungen sorgt die Höhe des vereinbarten global-strategischen Rüstungsniveaus beider Sei-

Eine überall geübte Politik der Kriegsverhütung wäre ein hervorragendes Mittel, den Argwohn, der noch zwischen Ost und West besteht, fortschreitend abzubauen.

ten dafür, daß die Parität nicht mit Stabilität einhergeht: SALT schließt keineswegs aus, daß sich ein überraschender Erstschlag künftig vorteilhaft für den Initiator auswirken könnte (so relativ der dadurch erzielte Gewinn auch sein mag). Dies ist eines der wesentlichen Bedenken, das in den USA gegen den SALT-II-Vertrag geltend gemacht wird.

Noch weitaus problematischer ist die Lage auf der euro-strategischen Ebene. Dort gibt es bislang keinerlei vereinbarte Rüstungsbegrenzung, und die Ansichten darüber, wie eine derartige Übereinkunft aussehen müßte, gehen prinzipiell auseinander. Soll der bestehende Zustand als ein paritätisches Kräfteverhältnis auf wechselseitig reduziertem Niveau festgeschrieben werden (wie die UdSSR verlangt), oder muß dieser Zustand als eine zunehmend ungleichgewichtige Relation zunächst durch einseitigen Abbau bzw. durch Nachrüstung auf der anderen Seite korrigiert werden, ehe wechselseitig gleichmäßige Verringerungen erfolgen können (wie es die NATO für notwendig hält)?

Die NATO-Staaten können — angesichts ihrer sorgenvollen Einschätzung der Lage — nicht davon abgehen, daß sie sich die Option des Nachrüstens schaffen müssen. Sie haben sich daher auf ein Modernisierungs- und Ausbauprogramm im Mittelstreckenbereich festgelegt. Da dessen Verwirklichung jedoch viele Jahre in Anspruch nehmen wird, steht einer gleichzeitigen Aufnahme von Verhandlungen mit der östlichen Seite nichts entgegen. In dem Maße, wie die diplomatischen Ost-West-Gespräche dann zu einem befriedigenden Ergebnis führen, könnte dabei von vornherein ein Verzicht auf beschlossene Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen vorgesehen werden. Dieses Verfahren würde erfordern, daß die sowjetische Seite das von ihr angestrebte Resultat, den Verzicht der NATO auf eine Ausweitung ihrer militärischen Kapazitäten, nicht vor Beginn, sondern erst bei Abschluß der Verhandlungen zu erreichen sucht.

Der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979, der eine euro-strategische Nachrüstung vor-

sieht, aber zugleich für die bis zu dessen Verwirklichung verbleibende Drei- bis Vierjahresfrist Verhandlungen mit der UdSSR über eine ausgewogene wechselseitige Reduzierung der eurostrategischen Systeme anbietet, wurde bislang in Moskau mit Ablehnung quittiert. Das liegt teilweise in objektiven Schwierigkeiten, zum Teil aber auch in Einseitigkeiten des sowjetischen Standpunktes begründet.

Ungeachtet Carters moralisch-politischem Engagement für die Sache der Rüstungskontrolle, zweifelt die sowjetische Führung an der grundsätzlichen amerikanischen Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Das ist zum Teil auf die Person des Präsidenten selbst zurückzuführen, der in der Vergangenheit durch ein konfrontativ wirkendes Hochspielen der Menschenrechtsproblematik im Osten, durch inkonsistentes Vorgehen in Fragen einer zu vereinbarenden oder nicht zu vereinbarenden Rüstungsbeschränkung und schließlich durch sein Eingehen auf massiv geltend gemachte Forderungen der politischen Öffentlichkeit seines Landes nach vermehrten global-strategischen Rüstungsmaßnahmen Argwohn in Moskau erregt hat. Unbehagen bereitet der sowjetischen Seite zugleich ein zunehmender Trend in den USA, das seit Nixon und Kissinger verfolgte Konzept einer wechselseitigen amerikanisch-sowjetischen Zurückhaltung in politischen und militärischen Angelegenheiten für endgültig gescheitert zu erklären und dafür das Gewicht immer stärker auf den Gesichtspunkt der Verteidigung, also auf eine Sicherheitsgewährleistung durch Stärkung der eigenen Militärkapazitäten, zu legen. Dabei rückt augenscheinlich nicht ins sowjetische Blickfeld, daß diese Tendenzen durch eine vielfach einseitige Hochrüstungspolitik der UdSSR, durch die Etablierung sowjetischer Militärpräsenzen in vielen Ländern Afrikas und Asiens, durch die Unterstützung der gewaltsamen Expansion Vietnams und durch sowjetisches Vorgehen im Mittleren Osten entscheidend gefördert — wenn nicht gar teilweise überhaupt erst hervorgerufen — worden sind. Die sowjetischen Zweifel hinsichtlich der amerikanischen Absichten haben unter anderem Pate gestanden bei dem sowjetischen Wunsch, bei den Verhandlungen über die eurostrategischen Systeme nicht allein den Amerikanern gegenüberzusitzen, sondern zugleich auch die — für Verständigungsfreundlicher gehaltenen — Westeuropäer unmittelbar am Tisch zu sehen. In dieser Hinsicht hat der NATO-Beschluß in Moskau enttäuscht: Die Westeuropäer sollen danach nur mittelbar — über einen Mechanis-

mus der ständigen Vorkonsultation mit den Amerikanern — an den Verhandlungen beteiligt werden.

Den sowjetischen Wünschen widerspricht auch die Einordnung der Verhandlungen in den SALT-Rahmen. Moskau kann hierfür plausible Gründe geltend machen. Die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages, die einer weiteren SALT-Runde vorausgehen muß, ist in Washington fraglich geworden — woran negative weltpolitische Entwicklungen, insbesondere im Mittleren Osten (Iran und Afghanistan), einen entscheidenden Anteil haben. Im günstigsten Falle kann der Vertrag nach einer langen Verzögerung ratifiziert werden, wie es der amerikanische Präsident nach wie vor erhofft, nachdem er die Prozedur, um eine sicher erscheinende Ablehnung des Vertrages zu vermeiden, auf unbestimmte Zeit verschoben hat. Vor Frühjahr bis Sommer 1981 wird mit Sicherheit nichts passieren.

Das aber kann fatal werden für Verhandlungen, die unter einem doppelten Zeitdruck stehen: dem Druck durch die laufende Vermehrung der SS-20 (laut Weißbuch 1979 ca. 100 im Frühjahr 1979 bei Installierung eines weiteren Systems in jeder Woche) und des „Backfire“ (nach der gleichen Quelle 80 im Frühjahr 1979 bei einer jährlichen Produktionsrate von 30) gegenüber Westeuropa auf sowjetischer Seite und dem Druck der etwa ab 1983 zur Dislozierung gelangenden „Pershing II“ und Marschflugkörper auf seiten der NATO. Daher hat die sowjetische Diplomatie schon vor dem NATO-Beschluß auf eine Entkopplung von SALT-Prozeß und Mittelstrecken-Verhandlungen gedrungen. Wenn sich die westliche Seite trotzdem auf eine Erörterung bei SALT III festgelegt hat, dann liegt dies an den außerordentlichen Komplikationen, die ein ausgedehnter Entscheidungsvorgang von zugleich inner- und zwischenstaatlichem Charakter notwendigerweise mit sich bringt: Eine einmal getroffene Entscheidung hat die Tendenz, einfach deswegen unumstößlich zu werden, weil der geleistete Aufwand an Willen, Mühe und Zeit in seiner Gesamtheit vom Anfang an bis zum Ende kaum *nochmals aufzubringen* wäre oder aber doch zumindest zu einem für unannehmbar erachteten zeitlichen Verlust an Handlungsfähigkeit führen würde.

Der sowjetische Widerstand gegen eine Abnähmung von Verhandlungen auf der Basis des NATO-Beschlusses ist zugleich in Überlegungen begründet, die einen einseitigen Vorteil für die UdSSR postulieren und die daher für die westlichen Staaten grundsätzlich nicht ak-

zeptabel sind. Die sowjetische Führung hat sich bislang in einer begünstigten Verhandlungsposition befunden: Ihre potentiellen Verhandlungspartner standen im Gegensatz zu ihr unter dem Druck, rasch zu Ergebnissen zu gelangen. Denn die westliche Seite hat ein dringliches Interesse daran, der fortlaufend erfolgenden Vermehrung der gegen Westeuropa gerichteten SS-20-Raketen und „Backfire“-Bomber ein Ende zu setzen und muß daher der Sowjetunion in der Rolle des Bittstellers gegenüber treten. Der politische Sinn des NATO-Beschlusses besteht darin, diese Asymmetrie der Verhandlungssituation durch eine symmetrische Lage zu ersetzen: Demnach entstehen künftig aufgrund eines gefaßten Beschlusses westliche Gegensysteme, die, soweit die Notwendigkeit nicht durch sowjetische SS-20- und „Backfire“-Verzichte entfällt, ab ungefähr 1983 in einer bereits feststehenden Weise installiert werden.

Dies heißt, daß nicht nur die westliche, sondern auch die östliche Seite ein spezifisches Verlangen hat, das sie beim Verhandlungspartner befriedigen möchte. Damit wird ein wechselseitiges Geben und Nehmen möglich. Wenn sich die sowjetische Seite gegenüber dem westlichen Ansinnen taub stellt, muß sie nunmehr selbst Konsequenzen in Form nicht befriedigter eigener Wünsche tragen (was vor dem NATO-Beschluß nicht der Fall gewesen wäre). Es mag verständlich sein, daß die sowjetische Führung über diese Schwächung ihrer Verhandlungstrümpfe nicht begeistert ist. Für die NATO jedoch liegt hier eine unerläßliche Gewähr dafür, daß sie sich nicht von vornherein in einer politisch unterlegenen Position befindet.

Das ist objektiv und notwendig, wenn eine ausgewogene, die Sicherheit beider Seiten gleichermaßen gewährleistende Regelung zustande kommen soll. Die sowjetische Führung hätte die Möglichkeit gehabt, die westlichen Staaten von dem Zwang zu einem Nachrüstungsbeschluß vor dem Beginn von Verhandlungen zu befreien — indem sie nämlich die Dislozierung ihrer neuartigen euro-strategischen Systeme, insbesondere der SS-20, gestoppt hätte. Dann wären die NATO-Länder nicht mehr mit der Aussicht konfrontiert gewesen, unter dem Druck eines einseitig zunehmenden militärischen Gewichts der UdSSR zu verhandeln. Bundeskanzler Schmidt hat am 17. November 1979 in einem Brief an Generalsekretär Breshnev darauf hingewiesen. Die Männer im Kreml vermochten sich jedoch zu diesem Schritt nicht zu entschließen.

An diesem Punkt kommt die Unterschiedlichkeit ins Spiel, mit der beide Seiten offiziell die euro-strategische Kräfteverhältnis einschätzen. Nach sowjetischer Darstellung hat die UdSSR bislang allenfalls mit Mühe durch ihre laufenden Anstrengungen ein Gleichgewicht herstellen können. Westliches Rüsten würde diesen Zustand zugunsten einer durch welche Überlegenheit bestimmten Relation heben. Dagegen stehen die NATO-Staaten an dem Standpunkt, daß sie bereits seit einiger Zeit durch die Stagnation ihrer Bemühungen gegenüber der sowjetischen Dynamik ins Hintertreffen geraten seien und daß die bestehende Überlegenheit der UdSSR allmählich ein drohendes Ausmaß anzunehmen beginne und führen detaillierte Zahlen und Qualitätsmerkmale an, die diese These stützen. Sowjetische Angaben gemacht worden sind, bieten sie keine plausible Basis für die östliche Version, auch wenn die in ihnen zum Ausdruck kommende Andersartigkeit der Beurteilungskriterien zugrunde gelegt wird.

Es gibt im übrigen Hinweise darauf, daß die sowjetische Führung die offizielle Paritätstheorie im euro-strategischen Bereich nicht uneingeschränkt aufrechterhält. Sie hat, als sie Verhandlungen über eine Rüstungsbegrenzung bei den Mittelstreckensystemen in Europa angeboten, ausdrücklich eine *Verringerung* ihrer entsprechenden Träger in Aussicht gestellt. Genauso sicher aber war sie nicht willens, dabei weniger als Parität zu akzeptieren! Die sowjetische Argumentation, daß es für die NATO nur um das *global-strategische* Gleichgewicht ankommen brauche und daß sich die westeuropäischen Länder daher keine unnötigen Sorgen um die Wahrung eines besonderen euro-strategischen Gleichgewichts machen sollten, erlaubt den Rückschluß auf das Wissen über Momente des strategischen Übergewichts in Europa: Die europäische Relation soll demnach nicht auf ihre Ausgewogenheit untersucht, sondern als unwichtig abgetan werden. Würde man so argumentieren, wenn sich ein Beweis führen ließe, daß in euro-strategischer Hinsicht eher die UdSSR als die NATO im Rückstand sei und daß demzufolge die westliche Seite keinerlei Anlaß zu Nachrüstungen habe?

Die zunehmende propagandistische Ausrichtung des sowjetischen „Kampfes um die Abrüstung“ in Europa (der mehr und mehr an die Stelle des Versuchs zur praktischen Anknüpfung von Verhandlungen mit den westlichen Regierungen zu treten scheint) hat in d

westlichen Ländern ebenso Zweifel geweckt an der Ernsthaftigkeit der sowjetischen Absichten wie die lautstarke Polemik, die gelegentlich gegen verantwortliche westliche Staatsmänner — insbesondere gegen die nachdrücklich für einen sicherheitspolitischen Dialog plädierenden Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland wie Außenminister Genscher und Bundeskanzler Schmidt — entfacht worden ist. Es ist der Verdacht entstanden, die sowjetische Führung wolle ausschließlich zu ihren eigenen Bedingungen mit dem Westen kontrahieren und daher durch Pressionen eine disparitatische Regelung durchsetzen. Für eine derartige Politik fehlen alle Voraussetzungen, und die sowjetischen Führer mit ihrem gut entwickelten Realitätssinn werden sich keinen derartigen Träumereien hingeben. Es schadet freilich der Sache eines einvernehmlich auszuhandelnden Sicherheitsarrangements, wenn bestimmte Phänomene einen solchen Eindruck hervorrufen.

Wichtig erscheint, daß die diplomatischen Erörterungen sich nicht auf die differierenden Einzelstandpunkte beschränken. Es ist vielmehr dringend erforderlich, daß bei den Verhandlungen die übergeordneten Leitgesichtspunkte gegenwärtig bleiben. Da es das beiderseitige Ziel ist, die Zuverlässigkeit der Kriegsverhütung in Europa zu verbessern, bietet sich der Stabilitätsgesichtspunkt als oberste Leitlinie an. Was dient, so wäre demnach immer wieder zu fragen, der Realisierung eines stabilen Ost-West-Verhältnisses? In diesem Zusammenhang kommt der Diskussion eines Vertrages über den Nicht-Ersteinsatz von nuklearen und konventionellen Kampfmitteln, den Generalsekretär Breshnev am 2. März 1979 erstmals vorgeschlagen hat, eine wesentliche Rolle zu: Der Nicht-Gebrauch von militärischer Gewalt wird am besten unter den Bedingungen der Stabilität gewährleistet. Diese kann freilich nicht einfach deklamatorisch in einem Vertrag über bloßen Gewaltverzicht festgelegt werden. Vielmehr muß sie zugleich auch in den konkreten Einzelheiten des militärischen Kräfteverhältnisses auf den verschiedenen Ebenen zum Ausdruck kommen. Dabei führt an der Klärung der Datenfragen kein Weg vorbei.

Der Abzug von 20 000 Mann und 1 000 Panzern aus der DDR, den Breshnev am 6. Oktober 1979 angekündigt hat und der seither begonnen worden ist, kann als richtiger Schritt in die richtige Richtung gelten. Erstmals und grundsätzlich hat die sowjetische Seite eine einsei-

tige militärische Reduzierung ins Auge gefaßt. Das ist von der Bundesregierung unwidersprochen als ein Beitrag zur Herstellung eines ausgewogeneren militärischen Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa gewertet worden, die bei MBFR zur Diskussion steht. Um den politischen Signalcharakter des Schrittes deutlich zu würdigen, haben sich die NATO-Staaten am 12. Dezember 1979 dazu entschlossen, einseitig 1 000 amerikanische Kernsprengköpfe aus Mitteleuropa herauszunehmen und damit den sowjetischen Wünschen nach einer Verringerung der „vorne stationierten Systeme“ entgegenzukommen. Die Sprengköpfe für die ab 1983 zu dislozierenden euro-strategischen Systeme sollen aus dem danach noch verbleibenden Zahlenbestand kommen.

Am 19. Dezember 1979 haben die westlichen Delegationen darüber hinaus bei den MBFR-Verhandlungen einen neuen Vorschlag vorgelegt, der im Vorgriff auf eine spätere umfassende Paritätsregelung ein amerikanisch-sowjetisches Interimsabkommen und eine Übereinkunft über reduzierungsbegleitende Maßnahmen der Verifikation und der Zurückhaltung vorsieht. Diese Maßnahmen sollen nicht nur im Ost-West-Verhältnis Hemmungen für einen eventuellen Entschluß zum Gewaltgebrauch schaffen, sondern auch unbeteiligten europäischen Drittstaaten eine Gewähr gegen plötzliche und unvorhergesehene militärische Aktionen bieten. In ähnlichem Sinne sollen nach den Vorstellungen der westlichen Länder auch auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa, die auf dem Ende 1980 beginnenden Madrider KSZE-Folgetreffen beschlossen und mit einem präzisierten Auftrag versehen werden soll, umfangreiche vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich zur Erörterung stehen. Die Warschauer-Pakt-Staaten haben am 6. Dezember 1979 ihre grundsätzliche Bereitschaft bekundet, über Fragen dieser Art mit sich reden lassen.

Es wäre wünschenswert, wenn in diesem Zusammenhang auch über „vertrauensbildende Maßnahmen“ allgemein-politischer Art gesprochen würde. Einem wechselseitigen Kennen und Verstehen der sicherheitspolitischen Vorstellungen, Sorgen und Überlegungen könnte es dienen, wenn Ost und West sich konzeptionell über Möglichkeiten und Erfordernisse gemeinsamer Kriegsverhütung und Stabilitätswahrung unterhielten und, soweit es dabei zu Einvernehmen käme, die Verpflichtung zu entsprechenden praktischen Konsequenzen übernähmen. Eine Vereinbarung über die vorherige Ankündigung von Rü-

stungsvorhaben in einem festzulegenden Stadium könnte dazu beitragen, die jeweils andere Seite über den Sinn der eigenen militärischen Vorhaben zu informieren und vielleicht über die dann erfolgende Rückmeldung unerkannte Friedens- und Stabilitätsrisiken transparent machen. Schließlich würde eine Übereinkunft über den Abbau von Feindbildern den immer wieder zu beobachtenden Versuchen entgegenwirken, nationale oder ideologische Feindbilder künftig aufrechtzuerhalten und wiederzubeleben.

Die Maßnahmen, die Breshnev am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin angekündigt bzw. in Aussicht gestellt hat, können als richtige Schritte in die richtige Richtung gelten. Damit ist erstmalig von sowjetischer Seite eine einseitige militärische Reduzierung auf der Gefechtsfeld-Ebene ins Auge gefaßt worden; zugleich scheint sich die Möglichkeit zu eröffnen, daß ein ausgewogeneres Verhältnis auf der eurostrategischen Ebene durch den Abbau sowje-

tischer Überkapazitäten (statt durch westliches Nachrüsten) erreicht wird. Sceptiker können zu Recht einwenden, daß sich derartige Vermutungen keineswegs zwingend aufdrängen, weil die Ausführungen des sowjetischen Generalsekretärs im Blick auf die konkreten Einzelheiten keine Klarheit böten und daher einer restriktiven Auslegung bis in die Nähe des Nullwertes offenstünden. Dieser Einwand verkennt freilich den politischen Signalcharakter der Breshnev-Rede und läßt es um so dringender erscheinen, daß das Ausmaß an sowjetischer Kompromißbereitschaft, das ihr zugrunde liegen könnte, durch Verhandlungen geklärt wird. Aller gegenteiligen östlichen Pressepropaganda zum Trotz, wird dabei die sowjetische Führung realistischerweise kaum davon ausgehen, daß ihr das hauptsächlich angestrebte Ergebnis, der westliche Verzicht auf die Modernisierung und den Ausbau im Mittelstreckenbereich, als Geschenk vor Beginn der diplomatischen Erörterungen präsentiert werden wird.

Militärische Bündnisbeziehungen in Osteuropa und die Entspannung

Im Vergleich zu der hohen publizistischen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit, mit der man von Osteuropa aus die militärpolitischen Beziehungen in der NATO verfolgt, fallen die westlichen Analysen der militärpolitischen Beziehungen in Osteuropa äußerst bescheiden aus. Dieses westliche Desinteresse an der militärischen Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) kann vor allem mit der traditionellen politischen Einschätzung des osteuropäischen Staaten- und Militärsystems als eines monolithischen Blocks erklärt werden, in dem die sowjetische Führung sich mit ihren Interessen prinzipiell durchsetze. In dieser Sichtweise existiert so gut wie keine für das Ost-West-Verhältnis relevante militärische Zusammenarbeit¹⁾; es gibt nur eine sowjetische Militärpolitik, der sich die Bündnispartner unterzuordnen haben.

Wird diese Betrachtungsweise, für die auf den ersten Blick eine Reihe realer politischer und militärpolitischer Faktoren spricht (Standardisierung der osteuropäischen Armeen nach sowjetischen Mustern, Besetzung der wichtigsten Positionen des Bündnisses durch sowjetische Offiziere, hoher Anteil der sowjetischen Stationierungstruppen an den Bündnistruppen in Osteuropa), den militärpolitischen Gegebenheiten in Osteuropa gerecht, oder ist sie ein Relikt der Blockkonfrontation im Kalten Krieg, als auf beiden Seiten Differenzierungen einzelstaatlicher Interessen, aber auch der Gesellschaftsstrukturen im Gegensystem nicht wahrgenommen wurden? Unser existentielles Interesse, das eine militärische Entspannung in Europa fordert, erlaubt auf diese Frage keine oberflächlichen Antworten, auch wenn der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan für viele eine Verlockung ist, zu den einfachen und damit bequemen Freund-Feind-Schemata des Kalten Krieges zurückzukehren.

Fehleinschätzungen der militär- und sicherheitspolitischen Beziehungen in der WVO, wie sie etwa den westlichen und insbesondere westdeutschen Bemühungen um eine Isolierung der DDR in Osteuropa zugrunde lagen, führen zu unrealistischen Entspannungsversuchen und gefährden die militärische Entspannung, die Europa so dringend benötigt. Ebenso wie Mitte der sechziger Jahre das westliche Interesse an einer wirtschaftlichen Kooperation mit Osteuropa differenzierte Analysen der nationalen Volkswirtschaften und des Warenaustauschs im Geltungsbereich des RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) notwendig machte, sollten auch die Interessen an einer militärischen Entspannung in Europa mit sachlichen Analysen der militärischen Zusammenarbeit innerhalb der WVO fundiert werden.

Jedoch stößt ein solches Vorhaben auf eine wesentlich ungünstigere Quellenlage als im Bereich der osteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Bürokratien Osteuropas tragen ihre militärpolitischen Kontroversen nicht öffentlich aus und informieren möglichst wenig detailliert über die Modalitäten ihrer militärischen Zusammenarbeit. Lediglich in Ausnahmefällen lassen die Quellen etwas von Konflikten zwischen den Warschauer Vertragsstaaten verlauten, ohne daß aber auch dann der Schleier des Geheimnisses wesentlich gelüftet wird. Rumänien, das sich seit 1964 mit wechselnder Intensität, aber dennoch kontinuierlich den Zwängen der militärischen Zusammenarbeit zu entziehen sucht, stützt sich zwar bei seinen Selbständigkeitsbestrebungen auf die internationale Öffentlichkeit, hütet sich aber, gegen den gemeinsamen Grundsatz zu verstoßen, möglichst wenig über die strittigen Fragen der militärischen, militärpolitischen und rüstungsindustriellen Kooperation zu informieren²⁾. Diese restriktive Informa-

¹⁾ Das Fehlen von detaillierten Untersuchungen zur Militärpolitik der kleineren WVO-Staaten — mit Ausnahme der DDR — dokumentiert dieses Desinteresse.

²⁾ Dem tschechoslowakischen General V. Prchlík wurden 1971 wegen seiner relativ informationsreichen Kritik an der militärischen Zusammenarbeit im Bündnis, die er im Juli 1968 im Rahmen einer Pressekonferenz vorgebracht hatte, der Prozeß ge-

tionsbereitschaft der osteuropäischen Bürokratien erfordert, will man die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen der Militärpolitik des osteuropäischen Bündnisses erkennen, eine historische Analyse der militärischen Kooperation der Warschauer Vertragsstaaten. Erst die Sicht auf die Entwicklung der WVO seit ihrer Gründung läßt die Grundströmungen deutlich hervortreten, die die Zusammenarbeit strukturieren und an denen die westliche Rüstungskontrollpolitik nicht vorbeigehen kann. Dies bestätigen auch die osteuropäischen Wissenschaftler, die offensichtlich erhebliche Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Militärgeschichte haben: Eine historisch ausführliche Darstellung der militärischen Kooperation in Osteuropa liegt nicht vor, ebenso-

wenig eine Geschichte der Nationalen Volksarmee (NVA), die zu schreiben die ostdeutschen Historiker sich bislang vergeblich bemüht³⁾.

Da die osteuropäischen Darstellungen die militärische Kooperation und das sicherheitspolitische Selbstverständnis ihrer Akteure verschleiern als erhellen, steht der westliche Beobachter vor der Aufgabe, diese Lücke zu füllen. Denn die Forderung nach einer realistischen Analyse der militärischen Kooperation verlangt vor allem, sich über das militärpolitische Selbstverständnis der Bürokratien und über die internen und externen Rahmenbedingungen ihrer Bündnispolitik Klarheit zu verschaffen.

Die militärstrategischen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Kooperation

Die im Vergleich zur NATO zweifellos größere Homogenität in den Militärapparaten und militärpolitischen Vorstellungen Osteuropas (höherer Standardisierungsgrad, einheitlichere Logistik und Ausbildungspraktiken u. a.) wird im Westen vorrangig als Resultat der sowjetischen Dominanz im Bündnis begriffen. Sicherlich erklärt der sowjetische Druck in vieler Hinsicht die militärpolitische Konformität des Bündnisses, aber diese ist auch Ergebnis einer militärstrategischen Interessenkohäsion, die anders bedingt ist als in der NATO, und sie ist weiterhin ein Ergebnis der spezifischen Gesellschaftsstrukturen Osteuropas⁴⁾.

Die Bündnisbeziehungen der NATO werden durch das Interesse der Vereinigten Staaten

belastet, bei einem militärischen Konflikt in Europa ihr Territorium nicht gefährden zu wollen. Entsprechend diesem Interesse neben anderen wurde in der NATO die Strategie der massiven Vergeltung durch die der „flexiblen response“ ersetzt, von der die Westeuropäer befürchten, sie gefährde die Glaubwürdigkeit der amerikanischen nuklearen Schutzgarantie. Im Unterschied zur NATO halten die Sowjetunion und ihre Verbündeten bis heute an einer Strategie der massiven Vergeltung fest. Historische, militärgeographische, abschreckungspolitische Gründe lassen diese Strategie ebenso begründet erscheinen⁵⁾ wie bündnispolitische. Den kleineren Warschauer Vertragsstaaten signalisiert die gegenwärtige sowjetische Strategie, die gleichzeitig WVO-Strategie ist, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit der sowjetischen nuklearen Schutzgarantie. Die sowjetische militärische Planung für den Kriegsfall in Europa, die vorsieht, nachdem angenommenen Angriff durch die NATO das Kriegsgeschehen möglichst schnell auf gegnerisches Territorium zu tragen und die im Unterschied zur NATO eine begrenzte ato-

macht; siehe dazu die Anklageschrift gegen General Prchlík, in: R. Crusius et al. (Hrsg.), ČSSR. Fünf Jahre „Normalisierung“ (Dokumentation), Hamburg 1973, S. 235 ff.

³⁾ Lediglich das in der Zeitschrift „Militärgeschichte“ viel diskutierte Thesenpapier von G. Glaser et al., Zur Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR — Thesen (Beilage zu: Militärgeschichte 4/1973), versucht erstmalig, die verschiedenen Entwicklungsphasen der NVA systematisch zu erfassen.

⁴⁾ An anderer Stelle habe ich verschiedene Rahmenbedingungen der sowjetischen Militärstrategie ausführlich dargestellt; s. St. Tiedtke, Rüstungskontrolle aus sowjetischer Sicht. Die Rahmenbedingungen der sowjetischen MBFR-Politik, Frankfurt 1980, S. 20—26.

⁵⁾ Die Kritik, die in der ČSSR 1968 an der sowjetischen Bündnispolitik geübt wurde, warnte vor einer Änderung der sowjetischen Strategie der massiven Vergeltung; s. die Wiedergabe eines tschechisch-slowakischen Radiokommentars bei Th. W. Wolf, Soviet Power and Europe. 1945—1970, Baltimore 1970, S. 489.

mare Kriegführung in Europa für unmöglich hält, geht davon aus, daß sowjetisches Territorium bei einem mitteleuropäischen Konflikt nicht verschont bleiben wird. Da diese Strategie keine Ansätze erkennen läßt, daß die Sowjetunion beabsichtigt, sich vom potentiellen Kriegsschauplatz Mitteleuropa abzukoppeln, sind die kleineren Warschauer Vertragsstaaten (vor allem die nördlichen Staaten Polen, DDR und ČSSR) vehemente Verfechter dieser Strategie⁶⁾.

Hinzu kommt, daß das sowjetische *bündnispolitische* Interesse an der Militärstrategie stark gesellschaftspolitisch ausgerichtet ist. Zumindest Analysen für den denkbar ungünstigsten Fall („worst case“) müssen westliche Drohungen ernst nehmen, im Falle eines militärischen Konflikts die gesellschaftspolitischen und nationalstaatlichen Widersprüche in den osteuropäischen Gesellschaftssystemen ausnutzen zu wollen. Der Ausbruch gewaltsamer Konflikte in Osteuropa zwischen Beherrschten und herrschenden Bürokratien (Ungarn 1956, ČSSR 1968, Polen 1956 und 1970) konfrontierte die Sowjetunion immer wieder mit den innenpolitischen Instabilitäten der Verbündeten, vor allem gerade jener, die militärisch für sie eine wichtige Rolle in Europa spielen. Ein kurzer, zudem auf dem Territorium des Gegners ausgetragener Krieg soll dazu beitragen, daß diese Instabilitäten nicht zu einem gravierenden Problem für die sowjetische Kriegführung werden.

Auch wenn in den „Worst-case“-Analysen der militärischen Planungsstäbe derartige Überlegungen eine Rolle spielen, auf die unmittelbare Praxis der militärischen Kooperation haben sie kaum Einfluß. Auf der staatlichen Interaktionsebene besteht ein hohes Maß von Einheitlichkeit. Die einheitliche gesellschaftspolitische Organisation der Staatsapparate und die gleichen sozioökonomischen Grundlagen, die nicht durch das kapitalistische Konkurrenzprinzip bestimmt sind, ermöglichen einen sehr weitgehenden Interessenausgleich zwischen den staatstragenden Bürokratien, der historisch auf der administrativen und gewaltsamen Verordnung des sowjetischen Modells für die osteuropäischen Staaten beim Beginn des Kalten Krieges beruht. Erschwert und immer wieder in Frage gestellt wird freilich der Interessenausgleich dadurch, daß die nationalen Bürokratien bei der Formulierung ihrer Bündnispolitik die Widersprüche in ihren Gesellschaftssystemen und nationalen Interessen berücksichtigen müssen. Dabei haben sie auch die Interessen anderer Bürokratien in Rechnung zu stellen. Die bündnispolitischen Grenzen innergesellschaftlicher Konfliktregulierung sind dann erreicht, wenn die gesellschaftspolitischen Änderungen im nationalen Bereich die Herrschaft der anderen Bürokratien bedrohen oder für diese bedrohlich erscheinen (die ČSSR-Krise von 1968 machte dies deutlich).

Die Entwicklung der WVO bis zum Beginn der Entspannung

In der westlichen Fachliteratur wird der Gründung der WVO im Mai 1955 keine ernsthafte militärische Bedeutung, weder im Kontext des Rüstungswettlaufs noch für die Zusammenarbeit der osteuropäischen Staaten, zugeschrieben. Belegt wird das auch damit, daß die WVO in den ersten Jahren ihres Bestehens keine wesentliche militärische Rolle gespielt habe. Diese Einschätzung der Frühgeschichte der WVO hat die westliche Haltung gegenüber der militärischen Bedeutung der osteuropäi-

schen Kooperation bis heute geprägt. Auffassungen, die davon ausgehen, die Sowjetunion habe die WVO gegründet, um ein politisches Tauschobjekt gegenüber der NATO in der Hand zu haben, die Verbündeten zu disziplinieren und zu kontrollieren, oder sie benutze die WVO als Transmissionsriemen sowjetischer Außenpolitik⁶⁾, haben gemeinsam, daß sie die Gründung der WVO außerhalb der damals zugespitzten militärischen Ost-West-Konfrontation stellen. Als hätte die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO und der Aufbau der Bundeswehr bei der osteuropäischen Entscheidung, ein Militärbündnis zu gründen, kein Gewicht gehabt. Dasselbe gilt auch für die Gründung der Nationalen Volks-

⁶⁾ Näheres zu der Stichhaltigkeit dieser Interpretation bei St. Tiedtke, Die Warschauer Vertragsorganisation. Zum Verhältnis von Militär- und Entspannungspolitik in Osteuropa, München, Wien 1978, S. 15—19.

armee (NVA) 1956, die in der Bundesrepublik meist als bloße Umbenennung der Kasernierten Volkspolizei (KVP) rezipiert wird.

Die Auffassung von der geringen militärischen Bedeutung der WVO wurde und wird oft mit der These begründet, die Sowjetunion könne auf eine multilaterale Organisation verzichten, da sie militärisch mit den osteuropäischen Staaten durch das System der bilateralen Verträge über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ verbunden sei. Zur Zeit der Gründung der WVO war jedoch das bilaterale Vertragssystem nicht lückenlos; u. a. war aus ihm die DDR bis 1964 vollständig ausgeschlossen. Ein Fortfall der WVO ohne gleichzeitige Einbindung der DDR in dieses Vertragssystem mußte somit zumindest von der DDR-Führung als eine Minderung ihres Sicherheitsstatus begriffen werden. Da der DDR wegen ihrer militärgeographischen und besonderen deutschlandpolitischen Lage der sicherheitspolitisch höchste Stellenwert unter den kleineren Vertragsstaaten zukommt, liegt die Vermutung nahe, daß diese Sonderrolle der DDR für die Entscheidung, eine multilaterale Militärorganisation zu gründen, von nicht geringer Bedeutung war.

Verfolgten die osteuropäischen Staaten tatsächlich eine Bündnispolitik, die eine Ersetzbarkeit der WVO durch das bilaterale Vertragssystem offenhält, dann sollte erwartet werden, daß in den Neuabschlüssen der bilateralen Verträge nach 1964 die Verträge in diese Richtung gestaltet wurden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Das Wegfallen der regionalen Beschränkung (die alten Verträge galten explizit ebenso wie der Warschauer Vertrag nur für den Konflikt in Europa) zeigt, daß die bilateralen Verträge eher den Warschauer Vertrag ergänzen sollen, als daß sie ihn ersetzen können⁷⁾. Darüber hinaus dürfte das in den sechziger Jahren erreichte militärische Integrationsniveau kaum auf der Basis bilateralen Verträge aufrechterhalten werden können, zumindest würde dies erhebliche Organisationsprobleme verursachen.

Doch worin liegen die Gründe, daß die WVO in den ersten Jahren militärisch so wenig in Erscheinung trat? Nicht das Desinteresse der

⁷⁾ Vgl. P. H. Lange, Der Warschauer Pakt im Prozeß der europäischen Entspannungspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1974, S. 70.

Bündnisvormacht, sondern militärische und militärpolitische Faktoren erschwerten den Aufbau eines effizienten militärischen Bündnisses. Vor allem sind hier die damaligen Umrüstungsmaßnahmen in den Landstreitkräften als Folge einer sowjetischen Neueinschätzung über den Kriegsverlauf unter atomaren Bedingungen zu nennen. Die Neubewertung der Anfangsphase eines Weltkrieges und die Ansicht, daß der strategische Schlagabtausch der beiden Großmächte möglicherweise nicht vernichten würde, sondern daß danach militärische Operationen noch fort dauern könnten, hatten eine weitgehende Reorganisation der Landstreitkräfte zur Folge, deren sichtbarster Ausdruck drei drastische Reduzierungen im Personalbestand der Sowjetarmee in den Jahren 1955—1959 waren. Auch in den Armeen der Verbündeten wurden die Streitkräfte reorganisiert, was freilich nirgends problemlos vonstatten ging. Die Forderung nach Umstellung der Landstreitkräfte auf zwei weitgehend einheitliche Grundarten taktischer Verbände warf beispielsweise für die militärische Führung der DDR „nicht unbedeutende personelle organisatorische Probleme“⁸⁾ auf. Bei derartig umfassenden Reorganisationsmaßnahmen war freilich kaum an eine multilaterale und zudem intensive militärische Zusammenarbeit in Osteuropa zu denken, vielmehr war jeder Vertragsstaat mehr oder weniger isoliert — allenfalls mit sowjetischer Hilfe — damit beschäftigt, die Reorganisation durchzuführen.

Die multilaterale Zusammenarbeit wurde aber auch durch die politischen Folgeerscheinungen des ungarischen Aufstandes von 1956 erschwert und verzögert. In drei Bereichen zeigte der Aufstand militärpolitische Folgen für das gesamte Bündnis:

— Infolge einschneidender Veränderungen im Militärapparat und im Ausrüstungsstand unterschied in den folgenden Jahren die ungarische Armee als relevante Bündnisarmee aus und entsprechend stagnierte die militärische Zusammenarbeit im südlichen Bereich des WVO.

⁸⁾ K. Greese, G. Glaser, Über die Politik der SED zum Aufbau des militärischen Schutzes der DDR innerhalb der Verteidigungsgemeinschaft sozialistischer Staaten Europas (1955/56—1961), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1971, Sonderheft zum 25. Jahrestag der SED, S. 128.

— Das „Versagen“ der ungarischen Armee während des Aufstandes konfrontierte die herrschenden Bürokratien mit der Aufgabe, sich verstärkt um die ideologische Arbeit in ihren Armeen zu bemühen, was auf Kosten der technologischen Ausbildung und damit der militärischen Zusammenarbeit der Bündnisarmeen geschah⁹⁾.

— Bestand in der Tat, wie geflohene ungarische Offiziere berichteten, 1955 das Vorhaben, eine multilaterale Bündnisarmee aufzubauen, so wurde dieses Unternehmen nach dem Aufstand zu den Akten gelegt¹⁰⁾.

Für die These, daß die Gründung der WVO eine neue Phase in der Militärpolitik Osteuropas einleitete, spricht die Aufrüstung der DDR. Waffentechnische Ausrüstung und personelle Auffüllung der NVA in den Jahren von 1956 bis 1958 — verglichen mit dem Stand der Kasernierten Volkspolizei vor 1956 — signalisieren, daß nach 1955 auch im ostdeutschen Militärapparat eine wichtige Veränderung vorgenommen wurde, deren Ziel es war, eine schlagkräftige Bündnisarmee zu schaffen. Von einer schlichten Umbenennung kann nicht die Rede sein. Die Schwierigkeiten der ostdeutschen Bürokratie bei der personellen Auffüllung der NVA schränkten aber ebenso wie der noch niedrige Ausbildungsstand die militärische Effizienz der NVA erheblich ein und setzten der Kooperationsfähigkeit der NVA in jener Zeit enge Grenzen.

Die Stagnationsphase der WVO wurde in den Jahren 1960/61 überwunden. Verschiedene Indikatoren zeigen die neue Qualität der militärischen Zusammenarbeit an:

— größere gemeinsame Manöver (1961 findet das erste Manöver statt, an dem mehr als zwei Bündnisarmeen beteiligt sind);

— verstärkter Erfahrungsaustausch (ab 1960 tagt der Politische Beratende Ausschuß [PBA], das höchste Organ der WVO, relativ regelmäßig; 1961 findet die erste gemeinsame Tagung der Verteidigungsminister statt);

— verstärkte Ausrüstung der WVO-Armeen mit einheitlicher moderner Bewaffnung;

— klarere Kompetenzteilung zwischen RGW und WVO.

Der Eintritt in die nächsthöhere Phase der Kooperation wurde beschleunigt von militärstrategischen, aber auch ökonomischen Überlegungen in der Sowjetunion. Anfang 1960 formulierte Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet die sowjetische Militärstrategie neu, indem er noch stärker als bisher die strategischen Waffen in den Mittelpunkt der Strategie rückte und gleichzeitig die Relevanz der konventionellen Streitkräfte für den Kriegsausgang einschränkte. Hinter diesen Neuerungen standen auch wirtschaftliche Interessen: Die Reduzierung der Sowjetarmee um ein Drittel ihres gesamten Mannschaftsbestandes sollte den prekären Arbeitskräftemangel beheben helfen; außerdem hoffte man, mit den eingesparten Mitteln die Konsumgüterindustrie fördern zu können¹¹⁾.

Die zentraleuropäische Konfliktregion war jedoch von den sowjetischen Reduzierungen nicht unmittelbar betroffen; das sowjetische Engagement blieb dort — sicherlich auch auf Druck des Militärs, das den Reformen Chruschtschows teilweise sehr reserviert gegenüber stand — unangetastet. Insgesamt nahm die konventionelle Stärke der WVO in Zentraleuropa sogar zu. Im Gegensatz zum sowjetischen Rüstungshaushalt, der 1960 offiziell um 0,7 Prozent abnahm und 1961 um 17,6 Prozent abnehmen sollte (die Truppenreduzierung, die diese Einsparung erbringen sollte, wurde Mitte 1961 gestoppt), stiegen in dieser Zeit die Rüstungsaufwendungen der kleineren Vertragsstaaten um durchschnittlich 5,7 bzw. 11 Prozent. Dies läßt das Interesse der Sowjetunion Anfang der sechziger Jahre an einer ausgeglicheneren Belastung der nationalen Wirtschaften durch die Rüstungsausgaben erkennen.

Zuvor mußte jedoch eine wichtige Voraussetzung für eine stabile militärische Kooperation erfüllt werden: Damit die DDR einen relevanten und kontinuierlichen militärischen Bei-

⁹⁾ D. R. Herspring, *East German Civil-Military Relations, The Impact of Technology 1949—1972*, New York, Washington, London 1973, weist dies am Beispiel der DDR nach.

¹⁰⁾ J. Halmaj, *Die ungarische Volksarmee seit 1956*, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau* 10/1958, S. 584f.

¹¹⁾ Vgl. J. Tiedtke, S. Tiedtke, *Auswirkungen innenpolitischer Probleme der Sowjetunion auf die Entwicklung der Warschauer Vertragsorganisation*, in: E. Jahn, *Sozioökonomische Bedingungen der sowjetischen Außenpolitik*, Frankfurt 1975, S. 166ff.

trag leisten konnte, mußte sie gesellschaftspolitisch konsolidiert werden. Denn ohne die Integration der DDR in die militärische Kooperation und ohne ihre gesellschaftspolitische, freilich repressive Konsolidierung blieb die militärische Kooperation zwangsläufig an der Nahtstelle des Ost-West-Konfliktes gefährdet. Der Bau der Mauer in Berlin im August 1961 leistete zur Konsolidierung den entscheidenden Beitrag; die DDR konnte danach eine Angleichung ihrer militärgesellschaftlichen Bedingungen an die der Bündnispartner vornehmen, ohne länger von empfindlichen Bevölkerungsverlusten durch die Flucht vieler ihrer Bürger in den Westen behindert zu werden. Sichtbarster Ausdruck dafür war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, eine Notwendigkeit im Verständnis „sozialistischer“ Militärpolitik.

Sowohl bei der Gründung der WVO — ursprünglich war offensichtlich nur ein regionales Bündnis zwischen der DDR, Polen, der ČSSR und der Sowjetunion geplant¹²⁾ — als auch beim Übergang zur intensivierten militärischen Kooperation nahm die DDR eine Schlüsselstellung unter den kleineren Vertragsstaaten ein. Der Führung der DDR kam dies nicht ungelegen, bot sich doch auf dem Wege der militärischen Integration die Möglichkeit, die politische Integration der DDR in das osteuropäische Staatensystem voranzutreiben und die staatliche Gleichstellung mit den Bündnispartnern zu erreichen. Die DDR verfolgte somit ähnliche Ziele mit ihrer Militärpolitik wie die Bundesrepublik Deutschland: Im außenpolitischen Kalkül Adenauers galt die Aufrüstung der Bundesrepublik weniger der militärischen Bedrohung aus Osteuropa, auch wenn sie damals als recht hoch perzipiert wurde, als vielmehr der Erlangung staatlicher Souveränität, Gleichberechtigung und Integration der Bundesrepublik in das westliche Staatensystem. Die strikte Unterordnung des militärischen Beitrages der DDR unter die Bündnisbelange und ihre Anstrengungen, eine effiziente Armee in möglichst kurzer

Frist aufzubauen, wurden der DDR zwar von der Sowjetunion aberverlangt, sie entsprache aber auch den außenpolitischen Interessen der DDR-Führung — Interessen, die sich nicht so leicht auf dem Wege der ökonomischen Kooperation, die damals noch sehr im argen zu verwirklichen ließen. Die westliche Wahrnehmung der ostdeutschen Militärpolitik, die besonders militaristisch und bedrohlich aggressiv erschien, hat diesen bündnisinternen Aspekt übersehen.

Die militärische Bedeutung der ostdeutschen Armee läßt sich empirisch am konkretesten am Ausrüstungsstand der NVA und ihrer Beteiligung an den Manövern des Bündnisses erfassen: Mitte der sechziger Jahre hatte die NVA einen Ausrüstungsstand erreicht, das dem Niveau der polnischen und tschechoslowakischen Armee gleichwertig, den südlichen WVO-Armeen aber eindeutig überlegen war¹³⁾. In bezug auf die Beteiligung der NVA an Bündnismanövern nahm und nimmt die DDR einen bevorzugten Platz unter den WVO-Staaten ein: Bei insgesamt 21 multilateralen Manövern im nördlichen Bereich des WVO im Zeitraum von 1955 bis 1970 nahm die NVA 20 mal teil und war 14 mal Gastgeber. Berücksichtigt man die häufigen gemeinsamen Übungen der NVA mit den 20 Divisionen der GSSD (Gruppe sowjetischer Streitkräfte Deutschland), die als Elite-Divisionen der Sowjetarmee eingestuft werden, dann wird die militärische Bedeutung der NVA noch deutlicher.

Militärisch hatte freilich nicht nur die Armee der DDR an Bedeutung gewonnen, auch die Streitkräfte der anderen kleineren Vertragsstaaten, vor allem die des nördlichen Dreiecks, hatten ihren Beitrag zur militärischen Kooperation gesteigert. Den amerikanischen Militärwissenschaftler Th. W. Wolfe veranlaßte dies zur Feststellung, daß entsprechend der wachsenden militärischen Integration die militärische Abhängigkeit der Sowjetunion von ihren Bündnispartnern tendenziell zunehme¹⁴⁾.

¹²⁾ Vgl. die Rede O. Grotewohls auf der „Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ im Dezember 1954, in: Dokumente zum Warschauer Vertrag (1954—1961), Berlin (Ost) 1962³, S. 14f.

¹³⁾ Näheres zum Vergleich des Ausrüstungsstandes der kleineren Bündnispartner bei S. Tiedemann (Anm. 6), S. 72f.

¹⁴⁾ Zum Definitionsproblem multilateraler Manöver, ebenda, S. 68ff.

¹⁵⁾ Th. W. Wolfe (Anm. 5), S. 492.

Auch in Osteuropa wird im Einklang mit der westlichen Zwei-Pfeiler-Doktrin (Verteidigung plus Entspannung gleich Sicherheit) militärische Stärke zur Durchsetzung und Absicherung der politischen Entspannung gefordert. Auf die osteuropäische multilaterale Entspannungsinitiative von 1964/65, die eine neue Phase in der osteuropäischen Westpolitik einleitete, bezogen heißt dies: Erst nachdem ein funktionierendes Militärbündnis auf der Basis relativ stabiler sozioökonomischer und politischer Verhältnisse geschaffen war, konnte das Risiko konkreter Entspannungsschritte gewagt werden. Dahinter stand die Überlegung, daß ein integriertes militärisches Zusammenwirken koordiniertes außenpolitisches Handeln der Vertragsstaaten gegenüber dem Westen, bei dem auch sicherheitspoliti-

sche Interessen zur Debatte stehen, erleichtern werde. Dieser Erwartung stand aber entgegen, daß in einer west-östlichen Entspannung das gesteigerte militärische Selbstbewußtsein der kleineren Vertragsstaaten nationale Eigeninteressen stärken und desintegrierende Tendenzen fördern könne. Es ist bezeichnend, daß erst in der Entspannungsära Kontroversen über militärpolitische Fragen zwischen den Vertragsstaaten bekannt wurden, wobei Rumänien und die ČSSR (während des Jahres 1968) in ihrer Kritik an der Militärpolitik des Bündnisses am weitesten vortraten. Im Verlauf der Entspannung mußte die Sowjetunion die Erfahrung machen, daß autonome Bestrebungen der Verbündeten in einem multilateralen System schwieriger zu steuern sind als in einem bilateralen.

Militärpolitische Kontroversen während des „Prager Frühlings“

In den Darstellungen des „Prager Frühlings“ wird militärpolitischen Fragen als Gegenstand der Kontroverse zwischen den Vertragsstaaten wenig Beachtung geschenkt. Dennoch gab es sie, und es kann sogar vermutet werden, daß sie die Entscheidung zum Einmarsch von WVO-Truppen in die ČSSR *auch* beeinflussten. Kritik am militärpolitischen Zustand der WVO wurde freilich in der ČSSR nicht erst 1968, sondern bereits 1966 geübt¹⁶⁾. Aber während des „Prager Frühlings“ wurde sie vertieft und verschärft. Die eigenständigen militärpolitischen Vorstellungen, die von unterschiedlichen Ebenen (vom Radiokommentator bis zum Verteidigungsminister) vorgebracht wurden, konzentrierten sich auf folgende Punkte:

- größeres Mitspracherecht der kleineren Vertragsstaaten an der militärischen und militärstrategischen Planung;
- gleichberechtigte Teilnahme am Entscheidungsprozeß im Kommandosystem der WVO;
- intensivere Tätigkeit des Politischen Beratenden Ausschusses.

Zusätzliche Brisanz erhielt diese Kritik, die aus tschechoslowakischer Sicht eine Verbes-

serung der militärischen Zusammenarbeit anstrebte, durch personelle Veränderungen in der tschechoslowakischen Armee, die die informellen Kanäle der sowjetischen Sicherheitsorgane zur tschechoslowakischen Armee unterbrachen, und durch Forderungen, die ČSSR müsse stärker eine Verteidigung mit eigenen Mitteln planen¹⁷⁾.

Derartige militärpolitische Vorstellungen nährten bei den Verbündeten Zweifel an der tschechoslowakischen Bereitschaft, die Militärpolitik des Bündnisses auch weiterhin voll zu unterstützen. Sie interpretierten die tschechoslowakische Kritik als eine Gefährdung der militärischen Zusammenarbeit und der Integrationsvorhaben, wie man sie im März 1968 auf der Tagung des PBA grundsätzlich beschlossen hatte.

Die militärpolitischen Bedenken der Bündnispartner gegenüber der neuen ČSSR-Bürokratie wurden auch durch deren Weigerung verstärkt, die Stationierung zumindest einer sowjetischen Division auf ihrem Territorium zu gestatten. Diese Forderung, die bereits vor 1968 erhoben worden war, hatte offensichtlich zum Ziel, die nukleare „Lücke“ (da es in der ČSSR keine sowjetischen Truppen gab, waren entsprechend auch keine taktischen Nuklear-

¹⁶⁾ Siehe St. Tiedtke (Anm. 6), S. 83.

¹⁷⁾ Einzelheiten zu den Kritikpunkten, ebenda, S. 83 ff.

waffen in dieser Region disloziert) im Verteidigungsgürtel der WVO entlang der Systemgrenze zu schließen¹⁸⁾. Von der Führung des „Prager Frühlings“ mußte diese Forderung aber als ein Versuch bewertet werden, militärischen Druck auf die Reformen auszuüben. Diese bestanden demgegenüber auf Beibehaltung der massiven Abschreckungsstrategie, um die geringe militärstrategische Notwendigkeit dieser Truppen zu unterstreichen. Auch wenn der Einmarsch der WVO-Truppen in die ČSSR dann vorrangig die Aufgabe hatte, einen gesellschaftspolitischen „Infektionsherd“ zu beseitigen, dürfen die militärpolitischen Hintergründe des Einmarsches nicht unterschätzt werden.

Der Einmarsch in die ČSSR hat den Fortgang der Entspannung in Europa nicht verhindert. Diese Auffassung vieler westlicher Kritiker muß jedoch ergänzt bzw. korrigiert werden: Da für die osteuropäischen Bürokratien die Integration eine wichtige Bedingung ihrer Entspannungspolitik ist, da Entspannung die Stabilität des Gesellschafts- und Bündnissystems voraussetzt¹⁹⁾, war für sie der Einmarsch auch entspannungspolitisch notwendig geworden; der Einmarsch ermöglichte die militärische Integration weiter auszubauen. In der Auseinandersetzung um die Entwicklung der ČSSR während des Jahres 1968 hatte sich die Integrationsforderung, wie sie besonders die ostdeutsche Bürokratie vertrat, durchgesetzt. Die DDR verfolgte, nachdem sie weitgehende nationale Gleichstellung mit den Bündnispartnern erreicht hatte, nach 1964 verstärkt das Ziel der internationalen Anerkennung. Dazu mußte sie sich die Unterstützung der auf der internationalen Ebene etablierten Verbände-

ten sichern. Diese Unterstützung war aber bereits im beginnenden Entspannungsprozess wie die vorbehaltlose Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland zeigte, offensichtlich nicht mehr selbstverständlich. Die Bündnispolitischen Bemühungen der DDR waren deshalb darauf gerichtet, Alleingänge Bündnispartnern auf Kosten der internationalen Anerkennung und der Sicherheit der DDR zu verhindern. Ein entscheidendes Mittel dazu war die Forcierung der politischen und militärischen Integration der osteuropäischen Staaten.

Einen vorläufigen Abschluß der Diskussion über die militärpolitischen Beziehungen innerhalb des Bündnisses markieren die Reformen der Bündnisorganisation (die erste seit Gründung der WVO), die der PBA im März 1969 in Budapest beschloß. Die Ergebnisse der PBA-Tagung zeigen einen vielfältigen Kompromißcharakter, der es nicht erlaubt, ungeschränkt von der einseitigen Durchsetzung sowjetischer Interessen zu sprechen. Der Abschluß, drei neue Institutionen zu gründen — das Komitee zur Koordinierung der Militärtechnologie, den Militärerrat des Vereinten Kommandos und das Komitee der Verteidigungsminister —, eröffnete den kleineren Vertragsstaaten die Möglichkeit größerer Mitsprache in der militärischen Planung. Gleichzeitig bedeuteten die Reformen aber auch eine Intensivierung der militärischen Integration. An dem Bemühen, die tschechoslowakische Armee nach dem Einmarsch möglichst schnell wieder in den laufenden Prozess der militärischen Integration einzuordnen, wird dies sichtbar.

Differenzen zwischen Nord und Süd — die rumänische Militärpolitik

Anders als es die Vorstellung eines monolithischen Militärblocks in Osteuropa will, gelang es der rumänischen Führung, sich weitgehend der Blockkohäsion zu entziehen. Die in ihrer Tendenz gaullistische Außen- und Militärpolitik Rumäniens verfolgt im Bündnis eindeutig desintegrierende Ziele — im Unterschied zur

tschechoslowakischen Bündnispolitik vor 1968, die aus ihrer Sicht eine Verbesserung der Zusammenarbeit anstrebte. Der integrationsfeindliche, auf nationale Selbständigkeit bedachte Charakter der rumänischen Bündnispolitik kommt in den kontinuierlichen Initiativen zur Auflösung der Militärblocke zum Ausdruck, ferner in den Forderungen nach Abzug fremder Truppen von ausländischen Territorien, nach Öffnung des Bündnisses auch für andere Staaten, nach Verbot von Militärmanövern auf dem Gebiet fremder Staaten und in dem Anspruch, jeder WVO-Staat sei „für die Organisation, die Ausbil-

¹⁸⁾ Diesen Aspekt beleuchtet intensiv L. L. Whetten, *Military Aspects of the Soviet Occupation of Czechoslovakia*, in: *The World Today* 2/1969, S. 60—68.

¹⁹⁾ Vgl. E. Jahn, *Zur Ambivalenz von Entspannungspolitik nach der KSZE*, in: J. Delbrück, N. Ropers, G. Zellentin (Hrsg.), *Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE*, Köln 1977, S. 57 ff.

und Ausrüstung seiner Armee" selbst zuständig und müsse sich vor allem auf seine eigenen Streitkräfte verlassen. Außerdem lehnt die rumänische Bürokratie es strikt ab, einen auch noch so kleinen Teil der Kommandogewalt und der Leitung der Streitkräfte abzutreten. Widerstand gegen die Dominanz der Sowjetunion im Entscheidungsprozeß des Bündnisses zeigt auch die Forderung nach Mitsprache beim Einsatz von Atomwaffen und die Forderung, der Posten des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte solle nach dem Rotationsprinzip besetzt werden²⁰).

Wie ist zu erklären, daß diese stattliche Summe militärpolitischer Eigenständigkeiten, die ja teilweise auch reale militärische Folgen haben, bislang toleriert wurden? Eine Rolle spielt sicherlich, daß Rumänien es geschickt verstand, für seine Außenpolitik sich der Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit (China, die Blockfreien, die westlichen Industrienationen) zu versichern; zur Erklärung reicht dies aber nicht aus. Immanente Faktoren der militärischen Kooperation, vor allem die militärische Zweiteilung der WVO in eine Nord- und eine Südgruppe, scheinen für die Zurückhaltung der Verbündeten ausschlaggebender zu sein.

Die südlichen Vertragsstaaten stellen sich die Frage, ob es angesichts ihrer militärgeographischen Lage notwendig ist, ebenso hoch gerüstet zu sein wie ihre nördlichen Partner, und ob sie die Integrationsmaßnahmen der WVO, die vor allem auf einen Konflikt in Mitteleuropa hin konzipiert sind, mitvollziehen müssen. Sie müssen sich auch fragen, ob die Militärstrategie der WVO ihre Sicherheitsinteressen optimal befriedigt. Welches Interesse kann ein Land wie Rumänien an einer Strategie haben, die wohl für Mitteleuropa die Abschreckung glaubwürdig macht, aber bei deren Versagen das rumänische Territorium nahezu automatisch in den Konflikt hineinzöge? Im Unterschied zu seinen nördlichen Verbündeten dürfte Rumänien eher an einer Strategie interessiert sein, die ähnlich der Flexible-response-Strategie der NATO die Begrenzbarkeit eines mitteleuropäischen Konfliktes als strategische Möglichkeit offen läßt.

Diese sicherheitspolitischen Interessendivergenzen sind ein generelles Problem zwischen

dem Norden und Süden der WVO. Sie haben wiederholt zu Diskussionen über regionale Zusammenschlüsse, in denen die spezifischen militärischen Sicherheitsinteressen einzelner Vertragsstaaten stärker beachtet wurden, geführt. Für den Süden der WVO schlug Bulgarien 1971 ein „paktähnliches Sicherheitsabkommen“ vor, das über die Systemgrenze hinaus sechs Balkanstaaten erfassen sollte²¹). Rumänien verfolgt dieses Ziel seit 1957 mit dem Vorschlag, auf dem Balkan eine „Zone des Friedens“ zu schaffen²²). Bislang gab es jedoch keine konkreten Schritte zur Bildung einer südlichen Subregion, die sich mit dem Integrationsniveau des „nördlichen Dreiecks“ auch nur ungefähr vergleichen ließen. Sichtbares Zeichen dafür ist die geringe Bereitschaft der südlichen WVO-Staaten, gemeinsame Manöver durchzuführen.

Die rumänische Führung konnte jedoch ihren politischen Freiraum nur erkämpfen, weil er die militärischen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion nicht beeinträchtigt, weil er für die wichtigen nördlichen Vertragsstaaten bei deren Sicherheitsinteressen nicht nachahmenswert ist und weil die rumänische Armee entsprechend der geographischen Lage Rumäniens nicht in die Vereinten Streitkräfte, d. h. in die engere militärische Zusammenarbeit, integriert ist. Vor allem der letzte Aspekt besitzt besonderes Gewicht. Zu den *Vereinten Streitkräften* gehören die bestausgebildeten Einheiten der kleineren Vertragsstaaten und die sowjetischen Truppen, die für einen zentraleuropäischen Konflikt bestimmt sind, wobei eine hohe Einsatzbereitschaft vorausgesetzt wird²³). Durch die Zuordnung von Einheiten zu den Vereinten Streitkräften — die sechs Divisionen, über die die DDR verfügt, gehören beispielsweise alle den Vereinten Streitkräften an — wird der militärpolitische Freiraum der betroffenen Staaten erheblich eingeschränkt. Da die Ausrüstung der Vereinten Streitkräfte weitgehend standardisiert ist, die Organisationsstruktur der Einheiten einheitlich und die Ausbildungspraktiken aufeinander abgestimmt sind, können die Bürokratien, die die Masse ihrer Truppen dem

²¹) Frankfurter Rundschau, 23. 4. 1971.

²²) Vgl. F. Stephen Larrabee, Europäische Sicherheit und Sicherheitsprobleme auf dem Balkan, in: Osteuropa 3/1974, S. 172 ff.

²³) Vgl. Krasnaja Zvezda, 26. 3. 1971.

Vereinten Oberkommando unterstellen, nicht mehr beliebig über diese Truppen verfügen, sondern müssen sich an vereinbarte Richtlinien halten.

Bei der Formulierung dieser Richtlinien bilden der Ausrüstungs- und Ausbildungsstand der sowjetischen Divisionen in Zentraleuropa den entscheidenden Orientierungsrahmen²⁴). Aus verschiedenen Gründen kann jedoch nicht erwartet werden, daß sich das technische Niveau der kleineren Bündnisarmeen völlig an das der Sowjetarmee angleicht: Die Bündnispartner der Sowjetunion können ihren Haushalt nicht beliebig mit der Anschaffung teuren neuen Geräts belasten; auch sie müssen ein sozial einigermaßen vertretbares Maß der Belastung einhalten. Andererseits besteht auch bei der Sowjetunion kein Interesse, die Bündnispartner unbedingt mit ihren neuesten Waffensystemen auszurüsten. Die sowjetische Lieferbereitschaft wird dadurch eingeschränkt, daß die Produktion der modernsten Waffen hochwertige technische Fertigungsmethoden und entsprechend qualifizierte Kader absorbieren, die beide nicht ausreichend vorhanden sind²⁵). Zudem muß die Sowjetunion auch die Auswirkungen ihrer Waffenlieferungen auf die Rüstungsdynamik in Mitteleuropa berücksichtigen. Warum sonst lieferte sie modernste Waffen in den Nahen Osten und nicht an die europäischen Verbündeten?

Rumänien ist diesen Restriktionen der integrierten Rüstungsplanung nicht oder nur wenig ausgesetzt. Entsprechend konnte Rumänien eine Reorganisation des Heeres vornehmen, die im Sinne des Volkskrieges intendiert, sich ohne direkte Unterstützung durch die Verbündeten verteidigen zu können, und die mit der Militärstrategie der WVO kaum noch in Einklang zu bringen ist. Da die Standardisierungsnormen der Vereinten Streitkräfte nicht berücksichtigt werden mußten, war es Rumänien auch möglich, eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen — u. a. gemeinsame Entwicklung und Produktion eines Jagd-

²⁴) Beispielhaft kann hier die Zusammenarbeit von NVA und den sowjetischen Truppen in der DDR genannt werden; vgl. S. Tiedtke (Anm. 6), S. 44 ff.

²⁵) Vgl. Michail Čecinski, The Costs of Armament Production and the Profitability of Armament Export in Comecon Countries, in: Osteuropa-Wirtschaft 2/1975, S. 123.

flugzeuges mit dem Nicht-Bündnismitglied Jugoslawien. Volkswirtschaftliche Motive haben dabei gegenüber den militärpolitischen Selbstständigkeitsinteressen höchstwahrscheinlich nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Im Vergleich zum Import von Waffensystemen — schwere Waffensysteme können wenn nicht von außerhalb der WVO, mit wenigen Ausnahmen nur aus der Sowjetunion bezogen werden — sind Lizenzproduktionen und Eigenentwicklungen volkswirtschaftlich kaum vertretbar. Nur wenn es gelänge, erfolgreich mit den sowjetischen Erzeugnissen konkurrieren, bestände für die kleineren WVO-Staaten die Hoffnung auf die Produktion größerer Stückzahlen und damit auf Rentabilität. Zwei Faktoren schränken aber die Konkurrenzfähigkeit der Bündnispartner gegenüber der Sowjetunion erheblich ein: Der Unterschied zur Praxis in der NATO bleibt in der WVO anscheinend die Rüstungsplanung der Bündnisvormacht den Vertragspartnern völlig unbekannt, bis die neuen Waffensysteme in Dienst genommen werden. Dadurch ergibt sich für die kleineren WVO-Staaten das Risiko, daß ihre Waffensysteme in jedem Stadium der Forschung, Entwicklung und Produktion obsolet sind. Außerdem kann die sowjetische Bürokratie auf Grund der hohen Produktionsziffern relativ leicht den Kaufpreis der Produkte ihrer Bündnispartner unterbieten²⁶).

Diese ökonomischen Daten führten dazu, daß Polen und die ČSSR, die beide neben der Sowjetunion noch schwere Waffensysteme produzieren, sich zunehmend auf kleinere Waffensysteme sowie auf Waffen und Gerät konzentrieren, die von der zivilen Produktion nicht allzu weit entfernt sind. Dieser rüstungsindustrielle Bedeutungsverlust wird teilweise durch die Zulieferfunktion der Industrien der kleineren Vertragsstaaten für die sowjetische Rüstungsindustrie wieder ausgeglichen. Dies gilt nicht nur für Polen und die ČSSR, die traditionell eine starke Rüstungsindustrie besitzen, sondern auch für die DDR. Die wachsende Komplexität moderner Waffensysteme, die Verwischung der Grenze zwischen ziviler und rüstungsindustrieller Produktion in Teilbereichen und die fortschreitende Spezialisierung im RGW haben auch die Abhängigkeit der so-

²⁶) Näheres zur rüstungsindustriellen Kooperation bei S. Tiedtke (Anm. 6), S. 125—155.

wjetischen Rüstungsindustrie von den Bündnispartnern erhöht. Inwieweit nun Rumänien durch sein desintegratives Verhalten in der WVO sich auch von der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit — u. a. im Komitee zur Koor-

dinierung der Militärtechnologie — ausgeschlossen hat und damit gezwungen ist, rüstungsindustriell eigene Wege zu beschreiten, ist angesichts der Informationslage nicht zu beantworten.

Aktuelle Probleme der militärischen Kooperation

Die weitgehende Ausnutzung seiner militärischen Sonderstellung im Bündnis durch Rumänien — von den Verbündeten zumindest toleriert — belastet in Verbindung mit dem unabhängigen außenpolitischen Kurs zunehmend die militärpolitischen Beziehungen Rumäniens zu den Verbündeten. Im November 1978 wurde dies überaus deutlich. Fünf Tage nachdem der PBA in seiner Deklaration die Forderung nach einer Steigerung der Rüstungsanstrengungen mit „Beschlüssen“ und „Aktionen“ der NATO begründet hatte, die darauf gerichtet seien, „daß die NATO-Staaten die militärische Überlegenheit über die sozialistischen und andere Länder der Welt erringen“²⁷⁾, zeichnete Ceausescu ein völlig anderes Bild des militärischen Kräfteverhältnisses. Die Rüstung sowohl der NATO als auch der WVO gehe über das Notwendige weit hinaus und die Militärpakte gewährleisteten nicht Unabhängigkeit, Sicherheit und Frieden, sondern bewirkten vielmehr nichts anderes, als den Spannungszustand zu erhalten²⁸⁾. Daß Ceausescu sich dabei auf die sicherheitspolitische Lage Rumäniens beschränkt und sich wenig um die zentraleuropäische Konfliktregion kümmert, läßt die beiläufige Bemerkung erkennen, auch Länder wie Griechenland und die Türkei seien „nicht damit beschäftigt, die Aufrüstung zu intensivieren“²⁹⁾.

Ganz anders stellt sich dagegen den nördlichen Vertragsstaaten die sicherheitspolitische Lage dar. Sie stehen gegenwärtig vor dem Problem, die technologische Lücke, die sich seit Ende der sechziger Jahre von neuem zu den sowjetischen Streitkräften in Osteuropa aufgetan hat und die in den siebziger Jahren im-

mer spürbarer wurde, schließen zu müssen. Die Aufrüstung der sowjetischen Streitkräfte in Zentraleuropa während der letzten zehn Jahre diente der Steigerung der Beweglichkeit und Feuerkraft der Bodentruppen. Sie ist — gekoppelt mit einer Revision in der operativen Kriegführung — eine Antwort auf die technologische Entwicklung im „Rüstungswettlauf“, durch die defensive Kampfhandlungen im konventionellen Bereich eindeutig favorisiert werden³⁰⁾. Um die Verwundbarkeit ihrer Streitkräfte im Gefecht zu verringern, werden auch die kleineren Vertragsstaaten sich gezwungen sehen, die sowjetischen „Verbesserungen“ zumindest teilweise nachzuvollziehen. Ein Aufrüstungsschub im nördlichen Dreieck der WVO muß deshalb für die nächsten Jahre erwartet werden. Daß der moderne Panzer T-72 bei der Jubiläumsparade der DDR am 6. Oktober in Ost-Berlin auftauchte und daß der Verteidigungshaushalt der DDR für 1980 überdurchschnittlich aufgestockt wurde, könnte dafür eine erste Bestätigung sein.

Einen neuen Aufrüstungsschub will Rumänien nicht mitvollziehen und teilt deswegen nicht die alarmierenden Analysen von einer zunehmenden militärischen Bedrohung, die offensichtlich die geplanten Rüstungsmaßnahmen legitimieren sollen. Vielmehr ließ Rumänien Ende 1978 wissen, es beabsichtige, die Rüstungskosten zugunsten der Konsumgüterversorgung der Bevölkerung zu senken. Der Befürchtung, dadurch könne die Verteidigungskapazität Rumäniens leiden, wird mit dem Argument begegnet, die Kampf- und Verteidigungsbereitschaft werde um so mehr erhöht werden, je stärker die Produktivkräfte anwachsen und der Grad der Zivilisation und des Wohlstandes des Volkes sich erhöhe³¹⁾.

Die Weigerung Rumäniens, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, wird von den Verbündeten als eine Schwächung der gemeinsamen Verteidigung begriffen und entsprechend

²⁷⁾ Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, angenommen auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses am 22. November 1978 in Moskau, in: Europa-Archiv 1/1979, S. D 17.

²⁸⁾ Rede des Generalsekretärs der Rumänischen Kommunistischen Partei und Präsidenten der Sozialistischen Republik Rumänien, Nicole Ceausescu, vor dem Plenum des ZK der RKP am 19. November 1978, in: Europa Archiv 1/1979, S. D 30.

²⁹⁾ Ebenda, S. D 31.

³⁰⁾ Eine ausführliche Darstellung des technologischen Aspekts des konventionellen Rüstungswettlaufs findet sich bei S. Tiedtke (Anm. 4), S. 54—67.

³¹⁾ A. a. O. (Anm. 27), S. D 31.

kritisiert. Anders als bei vorangegangenen militärischen Alleingängen Rumäniens, war Ende 1978 die Kritik besonders heftig. Die Vermutung liegt nahe, daß die rumänische Entscheidung, die tendenziell der auch in der Sowjetunion immer wieder diskutierten Prioritätenverlagerung vom schwerindustriellen, d. h. insbesondere rüstungsindustriellen Sektor in die Konsumgüterindustrie entspricht,

von den verbündeten Bürokratien als eine sozialpolitische Herausforderung begriffen wird, die Instabilitäten in ihrem Gesellschaftssystem schaffen könnte³²⁾. Die Erinnerung an die Bestrebungen während des „Prager Frühling“ und den tschechoslowakischen Verteidigungshaushalt wegen der angespannten ökonomischen Situation zu kürzen, dürfte bei den Bündnispartnern noch lebendig sein³³⁾.

Konsequenzen für die Entspannung

Erste Anzeichen eines eigenständigen militär- und außenpolitischen Weges Rumäniens kündigten sich zu Beginn der Entspannungsära an, in deren Verlauf dann Rumänien seine außenpolitische Selbständigkeit eindrucksvoll ausweiten konnte. Die Entspannung mit dem Westen war somit eine wichtige Rahmenbedingung, um den nationalen militärpolitischen Spielraum innerhalb der WVO voll auszuschöpfen und zu erweitern. Die Entspannung wirkte sich freilich nicht nur auf den Spielraum der nationalen Akteure aus, sie beeinflusste auch die Bündnisbeziehungen innerhalb der WVO insgesamt. Die Organisationsreform der WVO von 1969 sollte die militärische Integration verstärken, gleichzeitig mußte sie aber auch, um das Ziel der Integration — ein koordiniertes Zusammengehen der Verbündeten im Entspannungsprozeß — nicht zu gefährden, den kleineren Verbündeten größere Möglichkeiten der Mitsprache einräumen. Jedoch ist die westöstliche Entspannung nicht so weit vorangeschritten, daß nicht bei einer Verschärfung der Blockkonfrontation dieser Trend wieder rückgängig gemacht und ein Land wie Rumänien den Blockzwängen wieder voll und ganz unterworfen werden könnte. Die internationale Krise im Verlauf der sowjetischen Besetzung in Afghanistan hat diese Möglichkeit eindrucklich vor Augen geführt.

Wenn westliche Militärpolitik dem Anspruch gerecht werden will, ein begleitendes und nicht hemmendes Element der politischen Entspannung zu sein, dann müssen ihre Rüstungsentscheidungen an ihrer Wirkung auf die militärische Konfrontation, und das heißt auch auf die Bündnisbeziehungen in Osteuropa, gemessen werden. Geben sie Anlaß zu einer Verhärtung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Bündnisbeziehungen in Osteu-

ropa, oder tragen sie dazu bei, militärische „Sachzwänge“ als Mittel der zwischenstaatlichen Repression entkräften zu helfen? Westliche Politiker sollten dies beispielsweise in ihrer militärpolitischen Antwort auf die sowjetische Besetzung Afghanistans bedenken. Eine massive Ausrüstung der türkischen Armee mit modernen Waffen, wie sie die USA und die Bundesrepublik beabsichtigen, könnte als Nebenwirkung einen Aufrüstungsschub auch in der griechischen Armee zur Folge haben, allein um das „Gleichgewicht“ in der Agonie zwischen den beiden NATO-Staaten, die im Sommer 1974 Krieg gegeneinander führte, aufrechtzuerhalten. Von der Sowjetunion wird eine derartige Entwicklung höchstwahrscheinlich als eine Schwächung der Südflügel der WVO interpretiert werden. Rumänien könnte dann gegenüber den Verbündeten seine Weigerung, die Rüstungsaufwendungen zu steigern, kaum noch legitimieren. Die jüngste rumänische Entscheidung, angesichts der Afghanistan-Krise den Verteidigungshaushalt aufzustocken, scheint in diese Richtung zu deuten, sie bleibt jedoch ambivalent, solange die Blöcke noch an der Entspannung festhalten: sie richtet sich potentiell ebenso gegen die Sowjetunion wie gegen die NATO: gegen die Sowjetunion, um von einem militärischen Eingreifen ähnlich wie in Afghanistan abzusprechen, gegen die NATO, da die Beistandspflichten des Warschauer Vertrags für Rumänien nach wie vor Gültigkeit besitzen. Bei einer Verschärfung des Rüstungswettlaufs und der politischen Beziehungen am dem Balkan muß jedoch befürchtet werden

³²⁾ D. Bender stützt diese Annahme mit dem Hinweis auf Äußerungen osteuropäischer Diplomaten in: Herald Tribune, 30. 11. 1978, S. 4.

³³⁾ Vgl. dazu a. a. O. (Anm. 6), S. 89.

daß Rumänien gewaltsam in den Block integriert wird.

Mit anderen Bündnisbeziehungen muß, wie die Entwicklungsgeschichte der WVO lehrt, die westliche Entspannungspolitik im nördlichen Bereich der WVO rechnen. Sie darf weder dem Fehler verfallen, eine „rumänische“ Außenpolitik als eine Möglichkeit für die kleineren Vertragsstaaten im Norden zu sehen, auch wenn die rumänische Führung den Eindruck erweckt, ihre Entspannungsvorschläge (Auflösung der Blöcke, Abzug fremder Truppen von ausländischen Territorien u. a.), die aus rumänischer Sicht ihre Berechtigung haben, seien eine realistische Alternative zu den bislang erfolglosen militärischen Entspannungsversuchen in Europa. Noch sollte sie die Bündnisbeziehungen im „nördlichen Dreieck“ als monolithisch begreifen. Die Führung der CSSR hatte 1968 einen Eindruck gegeben, wie weit auch im Norden der WVO die militärpolitischen Meinungsverschiedenheiten reichen können, denen freilich durch das militärisch bedingte Integrationsniveau, und das zeigte

sich 1968 auch, engere Grenzen als im Süden gesetzt sind. Ebenso wie die westlichen Staaten, vor allem die Bundesrepublik Deutschland, davon ausgehen, eine europäische Rüstungskontrollvereinbarung dürfe den Zusammenhalt der NATO nicht gefährden, gilt auch für die nördlichen WVO-Staaten, daß die militärische Entspannung ihre militärische Integration nicht beeinträchtigen dürfe. Die Hoffnung, auf dem Wege der Militärpolitik und der militärischen Entspannung eine Diversifikation der nationalen Interessen in der WVO erreichen zu können, ist genauso unrealistisch wie entsprechende Bemühungen der WVO-Staaten hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland. Vielmehr sollte für beide Seiten gelten, daß sie die bündnispolitischen Rahmenbedingungen, innerhalb deren die jeweilige Gegenseite ihre militärische Entspannungspolitik konzipiert, akzeptierten und sich lediglich darauf beschränken, deren Kompromißbreite, Flexibilität für ein Rüstungskontrollabkommen auszuloten und mit eigenem restriktivem Rüstungsverhalten helfen, dieses auszuweiten.

John H. Herz: Weltbild und Bewußtwerdung — vernachlässigte Faktoren beim Studium der Internationalen Beziehungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/80, S. 3—17

Der Autor macht es sich zur Aufgabe, einige Gebiete und einige Grundprobleme der internationalen Beziehungen (der Wissenschaft von der Außenpolitik) zu beleuchten, die beim Studium dieser Beziehungen bisher zu sehr in den Hintergrund getreten sind. Er geht davon aus, daß, wie in allen zwischenmenschlichen Beziehungen, in den zwischenstaatlichen (sowie den sonstigen transnationalen) Beziehungen die Art und Weise, wie Menschen, und insbesondere Entscheidungsträger, einander sehen und wie sie die Welt und die Weltverhältnisse interpretieren, von entscheidender Wichtigkeit für ihre Einstellungen und ihre Handlungen ist. Was im Geist der Menschen — und insbesondere der „Akteure“ auf der Weltbühne — an „Weltbildern“ und ähnlichen Vorstellungen vorhanden ist, gestaltet die Welt. Damit wird die Analyse der „Information“ und der Art und Weise, wie sie ins Bewußtsein dringt und wie sie „Bewußtwerdung“ von der Welt („awareness“) verursacht, zu einer vordringlichen Aufgabe. Drei verschiedene Dimensionen von Information über internationale Beziehungen werden hier unterschieden und eine Skala sonstiger Faktoren, die für die Entstehung von Weltbildern und Weltanschauungen von Belang sind und die von frühen Kindheitserfahrungen über historisch-kulturell tradierte Einstellungen bis zu Ideologien reicht, wird aufgestellt. Entsprechend werden diejenigen Zweige sozialwissenschaftlicher Forschung, die diesen Faktoren zugeordnet sind, in ihrer Bedeutung für die wissenschaftliche Erforschung der Außenpolitik hervorgehoben; sie reichen von Jugendpsychologie und Studium der Sozialisation bis zur Ideologiekritik.

Folgerungen aus diesem Ansatz betreffen u. a. die Begriffsbildung auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen: Grundbegriffe wie „System“ (Mächtegleichgewicht, Hegemonie etc.), „Macht“, „Staatsinteresse“ sind nicht, wie zumeist angenommen, „objektive“ Gegebenheiten, sondern variieren je nach den Perspektiven der Handelnden; je nachdem, ob und wie sich die Akteure dieser Tatsache bewußt sind, kann sich eine Politik des Ausgleichs und der Mäßigung oder aber, durch Fehlrezeptionen, eine Politik der Konfrontationen und des Krieges ergeben. Im Zeitalter nuklearer Allvernichtbarkeit ist deshalb ein Weltbild, das dem Globalinteresse an Vermeidung nuklearer Konfrontationen gegenüber den herkömmlich ausgelegten „Sicherheitsinteressen“ Vorrang gibt, von eminenter Bedeutung. Wie sich im Zusammenhang mit den andern großen Überlebensproblemen (Planung der Weltbevölkerung und der Rohstoff- und Energieressourcen, Vermeidung von Umweltzerstörung etc.) im Gegensatz zu den überkommenen „provinziellen“ Weltbildern ein universelles Weltbild entwickeln könnte, wird am Schlußteil des Artikels dargelegt.

Gerhard Wettig: Entspannung und Sicherheit. Konzeptionelle Überlegungen an einer kritischen Wegemarke

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/80, S. 18—32

Die Zuspitzungen im Ost-West-Verhältnis nach dem westlichen Nachrüstungsbeschluß und der sowjetischen Afghanistan-Intervention haben der Öffentlichkeit deutlich vor Augen geführt, daß Sicherheit, Entspannung und Frieden, aller bislang erreichten Fortschritte ungeachtet, nicht völlig und dauerhaft gewährleistet sind. Daher erscheinen Überlegungen darüber angebracht, wie die Länder in Ost und West die bisherigen Verbesserungen in den wechselseitigen Beziehungen sichern können und die noch nicht gelösten Probleme anpakken sollten. Dabei erweist sich, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die Fragen der wechselseitigen Sicherheit und der gemeinsamen Rüstungsdämpfung zu lösen, eine entscheidende Rolle spielen. Der Autor sucht hierfür einige grundsätzliche Lösungsoptionen zu skizzieren.

Als oberstes Postulat bei der Gewährleistung von Sicherheit und Frieden für beide Seiten wird eine militärische Stabilität herausgestellt: Der bisherige Entspannungsprozeß hat zwar die krisen- und kriegsträchtigen Konflikte in Europa entschärft, aber weder die Möglichkeit der Krisenentstehung überhaupt beseitigt noch für den Krisenfall einen zuverlässigen wechselseitigen Anreiz zu militärischer Zurückhaltung geschaffen. Dementsprechend betrachtet es der Verfasser als notwendig, durch einvernehmliche Regelungen hinsichtlich der beiderseitigen Militärpotentiale eine Anreizstruktur zu etablieren, die den Staaten von NATO und Warschauer Pakt bei Ausbruch einer Krise gleichermaßen Zuwartens und Ausgleich statt eskalationsträchtiger militärischer Maßnahmen nahelegt. Die theoretische Logik und die praktischen Verwirklichungsmöglichkeiten eines solchen Konzepts werden erörtert und in den Zusammenhang der gegenwärtigen Ost-West-Beziehungen eingeordnet.

Stephan Tiedtke: Militärische Bündnisbeziehungen in Osteuropa und die Entspannung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/80, S. 33—45

Die westlichen Einschätzungen der Motive, die 1955 zur Gründung der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) führten — die Gründung sei für die militärische Ost-West-Konfrontation weitgehend bedeutungslos und habe vor allem symbolisch politische Aufgaben, zu erfüllen gehabt —, haben bis heute die westliche Haltung zur militärischen Kooperation in Osteuropa geprägt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten (Reorganisation der osteuropäischen Armeen nach 1955, Folgeerscheinungen des ungarischen Aufstandes), die die militärische Ineffizienz der WVO während der ersten Jahre erklären, trat 1960/61 das Bündnis in eine Phase verstärkter multilateraler Zusammenarbeit. Sie bot der DDR Gelegenheit, staatliche Gleichstellung im osteuropäischen Staatensystem zu erlangen. Nachdem Mitte der sechziger Jahre die militärische Zusammenarbeit vor allem im Norden der WVO ein relativ stabiles und hohes Niveau erreicht hatte, begannen auch die osteuropäischen Staaten konkrete Entspannungsziele anzusteuern. Die militärische Integration sollte dabei ein abgestimmtes Zusammenwirken der Warschauer Vertragsstaaten in der Entspannung mit garantieren helfen. Gleichzeitig eröffnete die Entspannung den kleineren Vertragsstaaten aber auch die Möglichkeit, aufgrund ihrer gestiegenen militärischen Bedeutung Veränderungen in den Bündnisstrukturen zu fordern (erste Reform des Bündnisses 1969). Die tschechoslowakische Kritik am Bündnis 1968, die ein größeres Mitspracherecht verlangte, und die rumänische desintegrative Militärpolitik sind dafür ein Beleg. Rumänien kann diese Politik u. a. deshalb nicht verfolgen, weil die rumänische Armee nicht in die militärische Integration (Vereinte Streitkräfte) eingeschlossen ist, die auf den potentiellen mitteleuropäischen Kriegsschauplatz ausgerichtet ist. Eine Änderung des militärischen „Gleichgewichts“ in Südosteuropa (massive Aufrüstung der Türkei und Griechenland) kann jedoch das Ende des selbständigen militärpolitischen Kurses Rumäniens bedeuten. Westliche Militärpolitik, die ein begleitendes und nicht hemmendes Element der Entspannung sein will, muß ihre Rüstungsentscheidungen auch im Hinblick auf deren Wirkungen auf die Bündnisbeziehungen in Osteuropa fällen.